

Jeder will anders sein.
Aber sobald
man anders ist,
beginnt das Gerede.

Erfahrung
ist die Summe
all unserer
Irrtümer.

Wer den Kopf
in den Sand steckt,
darf sich nicht wundern,
wenn Zähne knirschen.

Manche Leute
würden lieber sterben
als nachzudenken.
Und sie tun es.

Kaum haben wir
Sprechen gelernt,
erklärt man uns,
was wir alles
verschweigen müssen.

Die meisten
Christen
sind auch nur
Menschen.

PROTEST

... damit wir klüger werden!

Clemens Binninger
CDU-MdB:
Zum
NSU-Komplex

Uli Röhm:
Gott wird Rot:
Kirchentage
1968/69

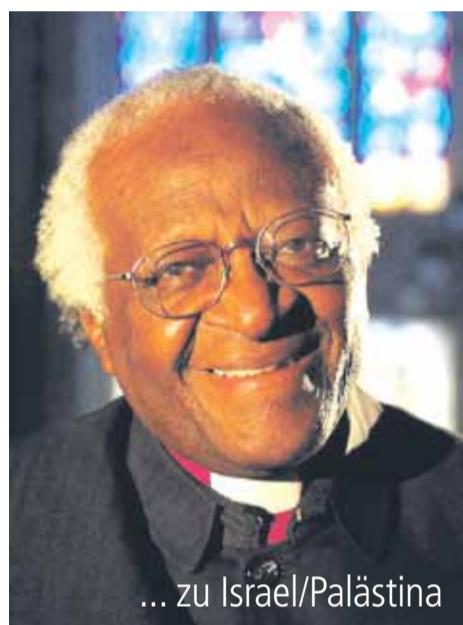
Willkommen in
Stuttgart:
Friedensstadt und
Kriegszentrale

Annette
Ohme-Reinicke:
Das Kreuz mit der
Demokratie

Joe Bauer:
Das war kein Mord!
Das war Fortschritt.

Papst Franziskus
2015:
Kapitalismus
ist unerträglich.

Obulus 1,- EURO



... zu Israel/Palästina

Bischof Desmond Tutu: Brecht das Schweigen!

In einem Offenen Brief an den Kirchentag bittet Desmond Mpilo Tutu, Friedensnobelpreisträger, sich der KAIROS-Bewegung anzuschließen. „Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Synoden-erklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen“, schreibt er. „Sie erwarten von uns alle erdenkliche Hilfe, ihre kollektive Freiheit zurückzugewinnen, „damit auch Israel frei sein kann“. Neutralität darf keine Option sein. „Liebe Schwestern und Brüder in Christus. Ich sende euch allen herzliche Grüße aus Kapstadt. Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist eine besondere Organisation, die einen speziellen Platz in meinem alten Herzen einnimmt. Er hat eine beispielhafte und prophetische Rolle gespielt, indem er das moderne Deutschland mit seiner kraftvollen Wirtschaft immer wieder freundlich angestoßen hat, seine Macht aktiv und mitfühlend für Gerechtigkeit einzusetzen....“ (weiter Seite 3)

»Unsere Volkswirtschaft profitiert von der Gewalt und den Kriegen, die wir beklagen.«



Foto: Steffen Roth

Giusi Nicolini: Lampedusa hat keine Gräber mehr

„Ich bin die neue Bürgermeisterin von Lampedusa. Ich wurde im Mai 2012 gewählt, und bis zum 3. November wurden mir bereits 21 Leichen von Menschen übergeben, die ertrunken sind, weil sie versuchten, Lampedusa zu erreichen.“

Das ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz. Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint. Mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat - und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.

Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist. Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidtelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.“ Gezeichnet: **Giusi Nicolini**.

Giusi Nicolini wird am 6. Dezember 2015 bei der FriedensGala im Stuttgarter Theaterhaus mit dem Friedenspreis der AnStifter ausgezeichnet. (www.die-anstifter.de)



Leidartikel

Hören wir weg, wenn Papst Franziskus sagt: Kapitalismus ist unerträglich? Ignorieren wir's, amüsieren wir uns oder sagen wir's auf schwäbisch: Es wird viel geschwätz, wenn der Tag lang ist? Geschwätz und geschrieben, sag' ich Ihnen, gerufen, gemahnt, in Hinterzimmern, laut, aber unerhört auf der Straße. PROTEST, die andere Kirchentagszeitung, mit einem Rundumschlag der Klügeren? Im PROTEST versammeln sich nicht jene, die schon klüger sind, klüger als die anderen, sondern alle, die klüger werden wollen: Herausgebende und Unterstützende, ein Kessel Buntes mit Zutaten, wie sie unterschiedlicher nicht sein können. Einig sind wir uns vor allem darin, dass es im Lande zu wenig PROTEST gibt, dass der Ruf „Empört Euch!“ weit stärker und lauter werden muss. Bei den Kirchentagen der Sechziger Jahre schwang vieles von den

Theorien Herbert Marcuses mit, der die in der Neuzeit entwickelte Idee der Toleranz als parteiliches Ziel, als subversiven, befreien Begriff und ebensolche Praxis beschreibt. Aber gegenwärtig gäbe es keine Macht, Autorität oder Regierung, die eine befreende Toleranz umsetzen würde. Marcuse formuliert dagegen eine utopische Gesellschaftsvorstellung, in der das Individuum frei in Harmonie mit anderen lebt und öffentliche und private Wohlfahrt für alle gewährleistet ist. Die gegenwärtig herrschende Toleranz, auch in demokratischen Staaten, akzeptiere eine aggressive Politik, Aufrüstung, Chauvinismus und Diskriminierung aus rassistischen und religiösen Gründen. Die Möglichkeiten des PROTESTs auf dem Kirchentag sind vergleichsweise bescheiden: Zuhören, Widerspruch üben, lernen. Mischen Sie sich ein - überall.

Peter Grohmann

Damit wir klüger werden

In einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen gerät, bietet der Kirchentag eine großartige Chance. Er ist der einzige Ort in Deutschland, an dem mehr als 100 000 Menschen zusammenkommen, um über existenzielle und politische Fragen zu diskutieren. Als unabhängige Initiative können wir frei von allen Sachzwängen einer großen Institution und frei von den Einflüssen kirchlich-politischer Gremien oder reicher Sponsoren diskutieren, heißt es bei Publikum. Dem schließt sich unser PROTEST an. Damit wir nicht nur klug werden, sondern klüger. Zu reden ist ohne Tabus über die Zukunft des Pazifismus in einer Zeit der Kriege, über fanatische Religionen und verbohrte Theologen, über Alternativen zu einer ständig weiteren Entfesselung des Kapitalismus reden. Scharfe Debatten reichen nicht mehr. Besorgen Sie sich PROTEST für Ihre Arbeit zu Hause und für Ihre Gastgeber hier.

Der verkauft PROTEST

Ein Obolus – altgriechisch ὄβολος, Plural ὄβολοι – obolos, Pl. oboloi – war im antiken Griechenland eine Silbermünze mit dem Wert einer Sechstel Drachme. Ein Obolus für PROTEST (1,- EU) deckt die Kosten nicht, macht aber die Mühen der Ebene erträglicher. Wenn's etwas mehr sein soll, finden Sie im Impressum unsere gemeinnützige IBAN. PROTEST ist ein nichtkommerzielles Projekt.

Ihre Sache? Unsere Sache?

Machen Sie PROTEST zu Ihrer Sache. Friedensgruppen, Initiativen und Info-Stände sowie Verkäufer erhalten 50% der Einnahmen für Ihre Arbeit. Falls Sie sich am Verkauf von PROTEST bzw. der Abgabe gegen eine Spende beim Kirchentag beteiligen wollen, sprechen Sie uns an. PROTEST gibt's beim Markt der Möglichkeiten (ESG, Offene Kirche, AnStifter), im Weltladen und im Buchhandel.



Außerdem in dieser PROTEST:

Die Grenzen des Wachstums	Seite 2
No Tav - David gegen Goliath	7
Weltrekord an der Mahnwache	7
Barmer Erklärung und Stuttgarter Schuldbekenntnis	7
Potsdamer Garnisonkirche? Unten bleiben!	8
Das Geld der Griechen	11
Der Regenwald - die Schöpfung leidet	12
Menschenkette	19
Hartz IV: Wir verkaufen alles	22
Stuttgart: Friedensstadt + Kriegszentrale	22
Zentrum Frieden Publik, Kairos	23/23
Demonstrationen am 6. Juni	23
Offene Kirche und ESG	23
Sex in der Schule	24

Die Grenzen des Wachstums

Ein Kurswechsel ist überfällig



Wirtschaftswachstum soll Geld in die Staatskassen spülen, Schuldenabbau ermöglichen und Arbeitsplätze schaffen. Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht – besorgt oder erfreut – über das Thema berichten. Die Politik sieht die Förderung des Wachstums als erste Pflicht und beschließt Gesetze zu dessen Beschleunigung. Doch die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums sind längst Überschritten.

Die Kritik ist alt. Bereits in der Bibel finden sich in der Sabat-Tradition und der Begrenzung privaten Eigentums Anregungen für eine Ökonomie des Genug. Doch unserer Gegenwartsgesellschaft sind diese Ideen ziemlich fremd. Im Nachkriegsdeutschland wurde stetiges Wirtschaftswachstum zur Selbstverständlichkeit. Als die Ölrisiken in den Siebzigern dies ins Wanken brachten, wurden ‚Grenzen des Wachstums‘ (die Studie im Jahr 1972) zwar diskutiert, aber nur am Rande der Gesellschaft.

Kollektive Schizophrenie

Hungerkatastrophe, Klimawandel, Ressourcenübernutzung und Naturverschleiß werden nun wahrgenommen. Doch obwohl das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung steigt, steht ein Kurswechsel noch aus. Mit trügerischer Hoffnung setzt man auf eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, ohne das Dogma des Wirtschaftswachstums und die kulturelle Verengung auf materiellen Reichtum kritisch zu hinterfragen. Dieser Weg führt in die Sackgasse und geht auf Kosten der berechtigten Entwicklungsansprüche der armen Länder.

Zukunftsfähig werden

Die in der Evangelischen Kirche viel diskutierte Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt‘ beschreibt die Problematik des fortwährenden Wachstums genau und zeigt, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch unrealistisch ist. Selbst eine jährliche Wachstumsrate von nur 1,5% entspräche einer Verdopplung des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahre 2050. Im gleichen Zeitraum muss der fossile Ressourcenverbrauch mindestens um den Faktor 10 verringert werden. Also selbst ein schwaches Wachstum ist ökologisch nur vertretbar, wenn sich das Verhältnis von Produkten zu dafür benötigten Rohstoffen und Energie bis 2050 verzweifigfachen würde. Doch schon von dem in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierten Ziel, die Ressourcenproduktivität bis 2020 lediglich zu verdoppeln, sind wir noch weit entfernt.

Wachstum um jeden Preis?

Wir produzieren zwar immer sparsamer, aber immer mehr. Deshalb bleibt die Umweltzerstörung dieselbe. Das in Geldwerten gemessene Wachstum wäre sofort niedriger, wenn wir die ökologischen und sozialen Kosten berücksichtigen. Doch die werden auf die Gesellschaft abgewälzt. Die UnternehmerInnen und VerbraucherInnen kommen für die Umweltschäden, die sie verursachen, nicht auf. Auch wenn eine Firma Beschäftigte ‚freisetzt‘, um ihre Rendite zu erhöhen, werden die Sozialkosten von der Allgemeinheit getragen. Die sozialen und ökologischen Kosten, die wir in Kauf nehmen, sind schon lange so hoch, dass wir nicht von Wachstum sprechen können, denn der Schaden ist höher als der Nutzen.

Weiter, schneller, mehr?

Die meisten unserer PolitikerInnen behaupten: ‚Wachstum schafft Arbeit‘. Doch um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, müsste das Wirtschaftswachstum über längere Zeit deutlich höher sein als die Steigerung der Arbeitsproduktivität je Arbeitskraft. Weil das aber in den letzten

40 Jahren nicht der Fall war, ist dies eine höchst fragwürdige Zukunftsstrategie.

Ein zweiter gesellschaftlicher Irrtum ist die Annahme, dass uns die steile Steigerung materiellen Wohlstandes glücklicher macht. Nachweislich hat sie aber ab einem bestimmten Niveau keine Auswirkungen mehr auf die Lebenszufriedenheit der Menschen.

Kurswechsel

Die Hauptaufgabe besteht darin, unsere Gesellschaft so umzubauen, dass ein gutes Leben für alle möglich wird, ohne dass Sozialsysteme und Schuldenabbau vom Wachstum unserer Wirtschaft abhängen. Die Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ benennt Möglichkeiten: Eine neue Verteilung der Erwerbsarbeit, die Besteuerung von Ressourcen anstatt von Arbeit und die Entwicklung ökologischer Wohlstandsmodelle können den Drang zum Wachstum überflüssig machen. Dann können endlich Klimaschutz und Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen sowie im Welthandel umgesetzt werden, ohne gegen den Imperativ des Wirtschaftswachstums ausgespielt zu werden. Dafür braucht die Politik aber andere Maßzahlen als das Bruttoinlandsprodukt. Die Enquete-Kommission des Bundestags ‚Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität‘ hat den Auftrag, alternative Wohlstandssindikatoren, wie bspw. den Nationalen Wohlfahrtsindex vorzuschlagen.

Leben in Fülle

Die Notwendigkeit, Maß zu halten, führt nicht zu Lebensfeindlichkeit oder zu Freudlosigkeit. Jesus sagt: Ich bin gekommen, damit sie das Leben in Fülle haben. (Joh 10,10). Was aber bedeutet Leben in Fülle? Ein möglichst großes Haus zu haben, eine schicke Limousine zu fahren, jeden Tag ein Schnitzel zu essen, jedes Jahr in den Urlaub zu fliegen und regelmäßig einen neuen Fernseher zu kaufen?

‘Alles ist mir erlaubt, aber es soll mich nichts gefangen nehmen‘, heißt es bei Paulus. ‚Maß halten‘ bietet die Chance, sich von Dingen oder Gewohnheiten zu befreien, die gefangen nehmen. Gemeinschaft, Essen, Trinken, Zärtlichkeit, Natur, Musik, Licht, Bewegung – das alles dankbar zu genießen und als Geschenk Gottes zu begreifen, ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Leben in Fülle.

Das Private ist politisch

Zukunftsfähige Lebensstile sind die kulturelle Voraussetzung für die Abkehr vom Wachstumswahn. Die Veränderung der Gesellschaft gelingt jedoch nicht durch einige umweltfreundlichere Haushalte. Sie muss politisch gewollt und gelehrt werden. Die kreative Verringerung des persönlichen ökologischen Fußabdrucks muss deshalb einhergehen mit politischer Einmischung. Wir müssen eine zukunftsfähige Gesellschaft einfordern.

Johannes Küstner ist Erziehungswissenschaftler und Psychologe und arbeitet als Bildungsreferent bei ‚Brot für die Welt‘, der Hilfsaktion der evangelischen Kirchen und Freikirchen in Deutschland.

Zum Weiterlesen:

BUND, Brot für die Welt, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt a.M. (14,95 Euro im Buchhandel oder bei ‚Brot für die Welt‘: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 117302010)

Brot für die Welt, EED (2011): Darf’s ein bisschen mehr sein? – Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung. (kostenlos unter [www.brot-für-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de) unter „Brot für die Welt“: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 119104040)

Brot für die Welt, EED (2009): Den Kurs wechseln – neue Wege gehen – Zukunft fair teilen. Eine Arbeitshilfe zur Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt‘. (kostenlos bei ‚Brot für die Welt‘: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 117110050)

Gott wird rot

Von Uli Röhm

war damals in Stuttgart Bad-Cannstatt in der Mercedesstraße 2, direkt neben dem heutigen Kirchentagsgelände. Das Layout stammte von dem heute in Dresden wirkenden Grafiker Jochen Stankowski, der auch die neue PROTEST zum Kirchentag 2015 gestaltet.

Der Kirchentag 1969 war nicht nur durch den Protest der Studenten geprägt. Protest hat ihn auch von anderer Seite voll erfasst – innerkirchlich, im Vorfeld. Als die als modern abgestempelten Theologen, der Hamburger Pastor Heinz Zahrt und Professor Ernst Käsemann aus Tübingen, beim Kirchentag auftreten sollten, versuchte die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ das zu verhindern und nahm in den Vorbereitungsgremien so massiv Einfluss auf die Programmgestaltung.



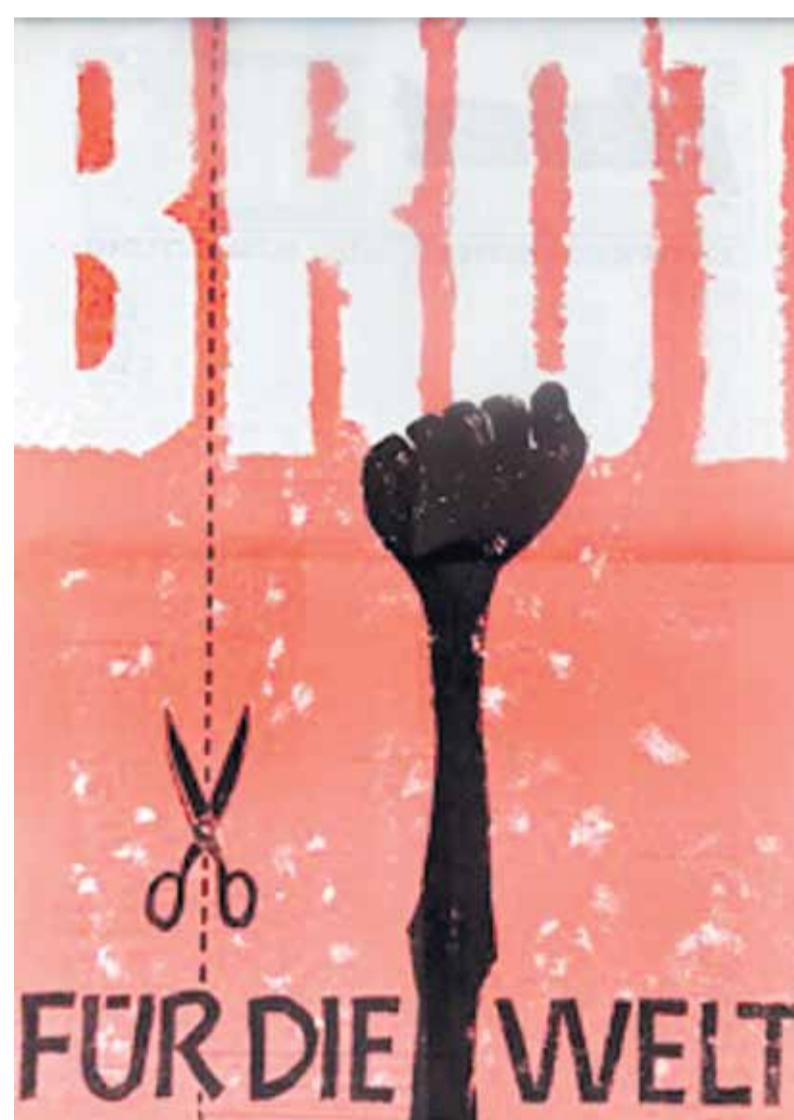
tung, dass der damalige württembergische Landes-Synodalpräsident Oskar Klumpp sein Amt niederlegte.

Diese Debatten störten das Harmoniebedürfnis der Kirchenleitung empfindlich, zumal konservative Kreise massiven Druck ausübten und Gegenveranstaltungen zum Kirchentag planten. Hilflos versuchte sie, an der politischen Front Ruhe zu erhalten, in dem sie ein Jahr vor der Bundestagswahl proporzgerechte Politiker wie Rainer Barzel (CDU), Helmut Schmidt (SPD) und Wolfgang Mischnik (FDP) eine Bühne bot. Damit erreichte sie bei der Außerparlamentarischen Opposition (APO) genau das Gegenteil.

Die Studenten kämpften für einen lebendigen, diskussionfreudigen Kirchentag. Es blieb nicht nur bei „Pro-Test“. Sie mischten sich mit Einfallsreichtum und Kreativität in das Kirchengeschehen ein. Jutta Oesterle-Schwerin, später eine von drei Fraktionssprechern der Grünen im Bundestag, gestaltete das damals bekannte kirchliche Plakat mit dem Motiv „Brot für die Welt“ um: Die ausgestreckte Hand eines Hungernden wurde zur Faust und die Trennlinie mit der Schere veränderte die Aussage provokativ in „Rot die Welt“. Das Plakat war zugleich auch Motiv für die Stuttgarter plakat-Gruppe.

Die Sache mit der Aktionszentrale auf vier Rädern hatte ein teures Vorspiel. Das Kommissariat 14, die politische Abteilung der Polizei, raunte, auf dem Lastwagen befände sich ein Störenfried, der die Lautsprecheranlagen in den Hallen lahmlegen und den Kirchentag sprengen könnte. Das nahm man bei der Kirchentagsleitung für bare Münze und verbreitete den Unsinn auch noch. Mit der Folge, dass die Assekuranz die Versicherungsprämien erhöhte. Sie sollen danach zehnmal so viel gekostet haben wie bei vorangegangenen Kirchentagen.

Unter den Kirchentagsbesuchern gibt es wenige, die schon so lange mitmachen, wie der frühere ZDF-Fernsehjournalist Uli Röhm, Autor dieses Beitrags. Er war 1969 beim Stuttgarter Kirchentag aktiv, die damaligen Aktionen beeinflussten das Kirchentagsgeschehen bis heute. Er war damals Mitglied des Arbeitsausschusses der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), einer der Akteure im Stuttgarter Club Voltaire und Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdiestverweigerer. Uli Röhm ist immer noch in der Evangelischen Kirche engagiert, Mitglied der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags und war Präsident eines Dekanats der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.



ger nach Gerechtigkeit“ mit dem Motto „Durst nach Revolution“. Fotografiert hat diese Aktion der Stuttgarter Fotograf Uli Krautmann. Noch während die „Nachrichten“ gedruckt wurden, überklebten die Akteure in der gleichen Nacht die anderen Plakate in der Stadt. Stuttgarter, die morgens ihre Zeitung aus dem Briefkasten geholt haben, fanden darin eine Abbildung des „umgestalteten“ Kirchentagsplakats.

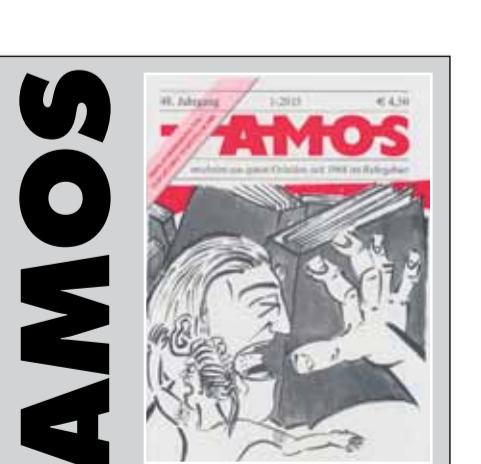
Diese phantasievollen Provokationen zum Stuttgarter 1969er Kirchentag waren Reaktionen auf die Weigerung der Kirche, gesellschaftspolitische Probleme zu thematisieren und zu diskutieren. Denn in welchem politischen Umfeld fanden Kirchentage damals statt? Die westdeutsche Gesellschaft war nicht nur bürgerlich konservativ, sondern zum großen Teil reaktionär und die politische Diskussion von Tabus geprägt. Die Rolle der Väter in der Nazizeit wurde nicht diskutiert, die Themen Bundeswehr, Rüstungsindustrie und Remilitarisierung oder Vietnamkrieg unterdrückt. Obwohl dies zentrale Themen waren, auf die eine junge Generation Antworten erwartete. Die Kirchen haben sich wie die Politik einem Disput verweigert.

Eine Diskussion über die in Südamerika entstandene Theologie der Befreiung war kaum möglich, strittige Themen wie Öku-

mene oder Friedenspolitik kamen höchstens am Rande vor.

Kirchentage waren Zusammenkünfte meist älterer Herren im dunklen Anzug mit Krawatte, oft Akademiker, häufig mit Professorentitel, zumindest was die Referenten betraf. Akademische Vorträge prägten die Veranstaltungen, kritische Fragen wurden als Provokation empfunden – und an Diskussionen war erst recht nicht zu denken.

Zu denen, die sich damit nicht zufrieden geben wollten, gehörten die evangelischen und katholischen Studentengemeinden. Der Wandel deutete sich bereits im Juni 1967 beim 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover an und beim Katholikentag in Essen im September 1968. Dort hatten sich Studenten zur „Katholischen außerparlamentarischen Opposition“, der „Kapo“ formiert und das Pillenverbot des Papstes kritisiert. Sie plakatierten: „Wir reden nicht über ‚die Pille‘ – wir nehmen sie.“ Als bekannt wurde, dass Papst Paul VI. für die Schlusskundgebung des Katholikentags „Zustimmung und Gehorsam“ fordert, erteilten ihm die Katholiken eine Abfahrt. 5.000 Teilnehmer eines Ehe-Forums bekundeten in einer Resolu-



Vierteljahrzeitschrift AMOS, benannt nach dem radikalen biblischen Propheten Amos. Herausgeber: „AMOS-Verein zur Förderung interkultureller, interreligiöser und sozialpolitischer Bildung e.V.“ Bestellen: dreier-marl@freenet.de

Margot Käßmann: Waffenhandel stoppen!

**Prof. Dr. Margot Käßmann ist
Schirmherrin der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!**

Frau Professor Käßmann, bitte ergänzen Sie die Aussage »Rüstungsexporte sind...«

Margot Käßmann: »Rüstungsexporte sind kontraproduktiv für das Bemühen, Konflikte zu deeskalieren. Sie stehen für mich im Widerspruch zum christlichen Auftrag, Frieden zu schaffen.«

Sie haben sich dankenswerter Weise bereit erklärt, die Schirmherrschaft für unsere Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel zu übernehmen. Was hat sie zu diesem Schritt bewogen?

»Gerechtigkeit und Frieden gehören unmittelbar zusammen. Ich bin seit den Aktionen der Friedensbewegung in den Achtziger Jahren und seit dem konziliaren Prozess in Vancouver 1983 gegen Rüstungsexporte eingetreten. Beim Waffenhandel zeigen sich immer wieder die ganzen Widersprüche: Wir beklagen die Kriege der Welt und wollen für Frieden eintreten, und gleichzeitig verdient unsere Volkswirtschaft daran. Das ist doch absurd!«

Obwohl Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur ist, spielt das Thema in der gesellschaftlichen Diskussion allenfalls sporadisch eine Rolle, wie beim geplanten Panzerdeal mit Saudi-Arabien. Das Thema Waffenhandel und unsere Mitverantwortung werden weitgehend totgeschwiegen. Was muss passieren, damit die Menschen – und mit ihnen die Kirchen – endlich laut aufschreien?

»Unsere Volkswirtschaft profitiert von der Gewalt und den Kriegen, die wir beklagen. Die Friedensbewegung und die Kirchen können angesichts dieser furchtbaren Situation nicht schweigen. Es geht darum, das Thema Waffenhandel bewusst zu machen. Genau deshalb ist die Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! so wichtig.«

Anfang Juli 2011 wurde publik, dass der Bundesicherheitsrat unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Export von 200 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien zugestimmt haben soll. Wie beurteilen Sie diesen Waffentransfer?

»Dieser Rüstungsexport wäre ein fatales Signal gegenüber den Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt. Gerade erst sind saudi-arabische Soldaten gegen Demonstrierende in Bahrain vorgegangen. Wir können die Bundesregierung nur auffordern, diesem Waffentransfer nicht zuzustimmen.«

Wie stehen Sie dazu, dass der Bundesicherheitsrat mit Frau Merkel und ihren Ministern in geheimer Sitzung über besonders brisante Rüstungsexporte entscheidet?

»Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, GKKE, hat immer wieder Transparenzdefizite beklagt. Es fehlt an Informationen und an Beteiligung. Meines Erachtens muss es beim Waffenhandel eine offene parlamentarische Kontrolle geben – wenn es schon Rüstungsexporte gibt. Alles andere schadet der Demokratie.«

Laut Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE ist die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien »sehr schlecht«, ebenso die in anderen Staaten wie Angola, Brasilien, Nigeria, Pakistan, Russland, der Türkei und vielen anderen mehr. All diese Staaten haben in den vergangenen Jahren ganz legal Waffen aus Deutschland erhalten (siehe Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE, Seite 62). Wie sehen Sie diese Waffenlieferungen?

»Mir ist unbegreiflich, dass Deutschland Waffen in solche Staaten liefert. Das widerspricht dem Eintreten für die Men-

schenrechte. Wie sollen wir das denjenigen vermitteln, die sich im eigenen Land für Freiheit und Menschenrechte engagieren?«

In Ihrem aktuellen Buch »Schnellsucht nach Leben« schreiben Sie: »Rüstungsausgaben, Waffenexporte, sie sind für mich schlicht ein Zeichen von Ver sagen. Wer versagt, wenn Geld für Rüstung ausgegeben wird und Waffen exportiert werden? (siehe »Schnellsucht nach Leben«, Seite 90.)

»Ich denke, das ist politisches, aber auch gesamtgesellschaftliches Versagen. Von Deutschland ging im letzten Jahrhundert zweimal ein grausamer Krieg aus mit entsetzlich zerstörerischen Folgen. Das verpflichtet uns, heute nicht wieder zu Kriegen in der Welt beizutragen.«

Jesus Christus hat in der Bergpredigt verkündet: »Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden. An anderer Stelle der Bergpredigt fordert er: »Liebt eure Feinde. Stehen diese Aussagen Jesu nicht dem Handel mit Waffen diametral entgegen?



»Ja, das tut sie. Die Feindseligkeit steht dem Waffenhandel diametral entgegen.«

Das fünfte Gebot lautet: »Du sollst nicht töten.« Deutschland führt Krieg in Afghanistan. Zugleich beliefern wir kriegführende Staaten – wie die NATO-Partner USA, Frankreich oder Großbritannien – mit Waffen. Wie verträgt sich das fünfte Gebot Ihrer Ansicht nach mit dem Export von Waffen an Staaten, die diese dann im Krieg einsetzen?

»Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung sagt in ihrem Rüstungsexportbericht 2010 zu Recht, dass – ich zitiere – „der Transfer von Mitteln der Gewalt prinzipiell nach den gleichen Kriterien zu beurteilen ist wie die Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ (siehe Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE, Seite 30)

Sind Rüstungsexporte aus friedensethischer Sicht demnach überhaupt verantwortbar?

»Aus friedensethischer Sicht muss es um Abrüstung gehen und nicht um Aufrüstung, um Mediation und nicht um Eskalation.«

Der größte Rüstungsproduzent und -exporteur Deutschlands ist die Daimler AG über ihre Anteile am europäischen Rüstungsriesen EADS. Die Kritischen AktionärInnen Daimler und zahlreiche Friedensorganisationen rufen dazu auf, so lange keinen Mercedes zu kaufen, bis Daimler aus dem Geschäft mit dem Tod ausgestiegen ist. Fahren Sie Mercedes?

»Mercedes geht gar nicht. Ich fahre ganz bewusst eine Ente. Ja, den Ansatz unterstütze ich, dass wir Autos kaufen und auch fahren sollten, deren Unternehmen nicht vom Waffenhandel profitieren.«

Was versprechen Sie sich davon, dass Deutschland aus dem Waffenhandel aussteigt? Vertreter der Rüstungsindustrie behaupten, andere Staaten würden Waffen und Rüstungsgüter liefern, wenn nicht wir.

»In anderen Fragen ist das ja auch nicht das entscheidende Argument. Nehmen wir die engen Grenzen bei der Präimplantationsdiagnostik, der PID, oder den Ausstieg aus der Kernenergie. Erst einmal geht es um unser Land und um unsere Haltung. Der Ausstieg könnte bei der Nummer 3 der Rüstungsexportrechte Signalwirkung haben.«

Ziel unserer Kampagne ist die Änderung von Artikel 26 (2) des Grundgesetzes. Dieser soll in seinem Kernsatz zukünftig lauten: »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.« Sehen Sie diese Ergänzung des Grundgesetzes im Sinne eines Rüstungsexportverbots als notwendig an?

»Genau so sehe ich das. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung dieses Ziels ist die Klarstellung in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes. Wenn wir die Geschichte anschauen, dann haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes an Rüstungsexporte in diesem Ausmaß überhaupt nicht gedacht und wollten dies auch nicht.«

Warum ist Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Ihrer Ansicht nach jetzt besonders wichtig?

»Angesichts der aktuellen bewaffneten Konflikte in Norden Afrikas und im Nahen und Mittleren Osten ist dies der richtige Zeitpunkt. Um unser Ziel des grundsätzlichen Verbots des Waffenhandels zu erreichen, brauchen wir das breite gesellschaftliche Bündnis dieser Kampagne. Ich kann nur jede Bürgerin und jeden Bürger bitten: Helfen Sie uns mit Ihrer Unterschrift und mit Ihren Ideen, den Waffenhandel zu stoppen! Das gelingt dann, wenn wir den notwendigen gesellschaftlichen Druck auf die Politik entwickeln.«

Vielen Dank, Frau Prof. Käßmann.

Das Interview führte Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Die Kampagne »Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!« ist das bislang breiteste Bündnis gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus Deutschland. Ziel ist die Ergänzung von Artikel 26 (2) des Grundgesetzes, wonach der Export von Waffen und Rüstungsgütern grundsätzlich verboten werden soll. Träger der Kampagne sind:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) • Aktion Hoffnung eV der Diözese Rottenburg –Stuttgart • Bischofliches Hilfswerk MISEREOR • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • Internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi - Deutsche Sektion • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit–Frieden – Bewahrung der Schönung • RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not

Im Aktionsbündnis arbeiten u.a. mit: Medico international, Diözesanrat des Bistums Aachen, Kooperation für den Frieden (mit 50 Mitgliedsorganisationen)

www.aufschrei-waffenhandel.de
info@aufschrei-waffenhandel.de

Bischof Desmond Tutu Offener Brief

(Fortsetzung von Seite 1)

... Ich erinnere mich, wie Ihr in den 80er Jahren mit Euren Gewissen gerungen habt, „eine klare Haltung“ gegen Apartheid einzunehmen und schließlich eurem Impuls gefolgt seid, das Richtige zu tun, nämlich die Konten bei der Deutschen Bank wegen ihrer Geschäfte mit Südafrika zu kündigen. Dafür danke ich euch.

Ihr hattet verstanden, wie stark wir als Menschen durch unsere Familienbande – hier auf Erden Schwestern und Brüder in Gottes Familie – gegenseitig verbunden sind.

Heute sind viele von uns besorgt über den Konflikt im Heiligen Land, dessen Wurzeln zurückzuverfolgen sind bis zum Zweiten Weltkrieg, der zu einer nie zuvor gekannten globalen Unsicherheit beitrug.

Natürlich verurteilen wir diejenigen, die von Palästina aus Raketen auf zivile Ziele in Israel abfeuern, aber Israels militärischer Angriff auf Gaza im letzten Jahr war nicht nur auf grausame Weise unverhältnismäßig, sondern auch eine brutale Demonstration der Verachtung, die Israel gegenüber dem palästinensischen Volk an den Tag legt.

Überzeugungen, ideologische Orientierungen und Befürchtungen, von führenden Stimmen auf beiden Seiten geäußert – sowohl der israelischen wie der palästinensischen – sind so extrem, dass sie nicht dazu beitragen können, die Situation durch ein angemessen weites Prisma zu betrachten, um den Kreislauf von Gewalt und Hass beenden zu können. Es gab einfach zu viele Verletzungen.

In der Konferenzerklärung *Fünf Jahre Kairos Palästina* Dezember 2014 wurde die tiefe Sorge über Israels anhaltende und wachsende Besetzung palästinensischen Gebietes zum Ausdruck gebracht. 2013 wurde der Bau von mehr Siedlungen auf palästinensischem Land genehmigt als in jedem anderen Jahr seit 1967. In der Erklärung wurde gewarnt, die repressive gesellschaftliche Dynamik, zusätzlich zur fortgesetzten Siedlungspolitik, „lässt fast keine Hoffnung zu, an einen unabhängigen Staat Palästina zu denken, der in Frieden neben dem Staat Israel existiert.“

Im Kairos Palästina-Dokument (Sektion 6 – Unser Wort an die Kirchen der Welt) werden die Kirchen gedrängt, „sich an die Seite der Unterdrückten zu stellen und das Wort Gottes als frohe Botschaft an alle zu bewahren, anstatt es in eine Waffe zu verwandeln, mit der die Unterdrückten getötet werden.“

Als Südafrikaner und als Deutsche wissen wir aus unserer eigenen Geschichte besser als die meisten anderen, welchen Schaden die Urheber von Ungerechtigkeit und Hass sich selbst zufügen. Diejenigen, die die Macht haben, unmenschliche Akte zu begehen, beschädigen zutiefst ihre eigene Menschlichkeit. Mit dieser ganz eigenen Erfahrung im Blick auf Menschenrechte und Gerechtigkeit – das ist meine Überzeugung – haben unsere Länder eine besondere Verantwortung, zu einem dauerhaften Frieden und zur Stabilität im Heiligen Land beizutragen. Sollten die Mitglieder einer Familie nicht so miteinander umgehen?

Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – IMMER. Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrückter. Immer.

Ergriff der Prophet Elia nicht Partei für Naboth gegen Ahab, den König Israels, als dieser sein Land stahl? Heißt es nicht in Psalm 99,4: „Dir, dem König gehört die Macht, und du kümmert dich um das Recht. Du hast die Regeln für unser Leben aufgestellt, in Israel Recht und Ordnung festgelegt.“

2007 veröffentlichte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) den „Amman Call“. Wir müssen nicht den Text in sei-

ner Gesamtheit wiederholen, es genügen einige Herausforderungen, mit denen der Aufruf schloss, nach Anhören der Stimmen aus den christlichen Kirchen in Palästina und Israel. Christen wurden aufgefordert: „Setzt euch mit uns dafür ein, alle Völker dieses Landes von der Logik des Hasses, der gegenseitigen Ablehnung und des Todes zu befreien, damit sie im anderen das Antlitz und die Würde Gottes erblicken können.“ – „Erhebt eure Stimmen mit uns, wenn wir die „Macht mit der Wahrheit konfrontieren“ und beherzt das Unrecht beim Namen nennen, das wir sehen und erfahren. Die rechtswidrige Besetzung hat zwei Generationen der an diesem gequälten Ort lebenden Menschen das Leben gestohlen und wird auf Dauer die nächste zu einem Leben in Hoffnungslosigkeit und Wut verurteilen.“

Der Zentralausschuss des ÖRK veröffentlichte im Juli letzten Jahres eine „Erklärung zu wirtschaftlichen Maßnahmen und christlicher Verantwortung gegenüber Israel und Palästina“, in der er feststellt: Es bedarf mutiger und kreativer Initiativen der Kirchen, „um bessere Anwälte der Gerechtigkeit zu werden im Blick auf wirtschaftliche Probleme, wie sie sich aus den andauernden Verletzungen internationalen Rechts in den besetzten Gebieten ergeben.“

In der Konferenzerklärung „Leben in Würde – Fünf Jahre Kairos Palästina“ (2014) heißt es: „Wir verpflichten uns, sowohl in unseren Kirchen wie auch in unseren Gesellschaften, den Kairos-Aufruf zu unterstützen, der die Forderungen der palästinensischen Zivilgesellschaft aufnimmt, Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen (BDS) als angemessene gewaltfreie Mittel kreativer Widerstands einzusetzen, bis die illegale israelische Besetzung überwunden ist.“ BDS hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Macht Geschäfte mit Juden, organisiert etwas mit ihnen, liebt sie. Aber unterstützt nicht die – militärische, wirtschaftliche oder politische – Maschinerie eines Apartheidstaates. Wir können keine normalen Geschäfte machen, denn die Bedingungen im Heiligen Land sind vollkommen anormal.

Bitte sagt eurer Regierung, dass besorgte Worte allein nicht genügen. Sie ändern überhaupt nichts. Die angemessene Antwort für die Bekämpfung der Ungerechtigkeit sind reale Schritte, um ihr zu begegnen und sie zu überwinden. Richard von Weizsäcker, ehemaliger deutscher Bundespräsident und Präsident des Kirchentages, schloss sich in einem Brief an die EU, der von vielen älteren Staatsmännern Europas unterschrieben wurde, diesen Forderungen an.

Hütet euch vor Antisemitismus und allen anderen Formen von Rassismus, aber hütet euch genauso davor, zum Schweigen gebracht zu werden von jenen, die euch wegen der Kritik an der unterdrückenden Politik Israels als Antisemiten abstempeln wollen.

Ich bitte euch inständig, aufmerksam auf das zu hören, was im Kairos-Palästina-Papier gesagt wird. Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Sy-nodenerklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen. Sie erwarten von uns alle erdenkliche Hilfe, ihre kollektive Freiheit zurückzugewinnen.

Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.

Danke und Gott segne Euch.
Herzliche Grüße
Erzbischof Emeritus Desmond Tutu
Kapstadt/Südafrika

(deutsche Übersetzung: Dorothea und Gerhard Dilschneider)

Das Herz der Demokratie

Bürgerbeteiligung: Provokation durch Politik?

Stuttgart erhielt gerade vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg einen Landespreis für gute Bürgerbeteiligung. Solche Auszeichnungen hängen natürlich auch mit den Protesten gegen das Projekt „Stuttgart 21“ zusammen. Hat doch Stuttgart „im Streit um das Projekt Stuttgart 21 neue Formen offener und öffentlicher Debatte erlebt“, weshalb ja auch „der Kirchentag die Einladung nach Stuttgart besonders gern angenommen“ hat, so das Präsidium des Evangelischen Kirchentags 2011.

Bei diesen öffentlichen Debatten und Versammlungen geht es auch um Be lange des Gemeinwesens. Darum, was das Beste für alle Einwohner ist. Früher nannte man ein solches Handeln, aus dem Griechischen stammend, Politik. Diese ursprüngliche Bedeutung von Politik ist ziemlich in Vergessenheit geraten. Politik erscheint heute vielen als etwas, das Berufspolitiker tun - und das stiftet allzu oft Verdruss. Dabei ist politisches Handeln nicht selten eine Provokation. Das



Allgemeine Preußische Landrecht von 1794 etwa gestand den Untertanen Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu, bei gleichzeitigem Verbot „jeder Beratung politischer Angelegenheiten in Vereinen“, ansonsten würden sie verboten. Gewerkschaften besitzen heute kein politisches Mandat, auch verfasste Schüler- oder Studierendenschaften dürften sich politisch nicht äußern. Manch einer erinnert sich aus seiner Schülerzeit an Mahnungen gut betuchter Elternvertreter, dass Politik an Bildungseinrichtungen nichts zu suchen habe. Während sich noch vor wenigen Jahren viele über derlei Sanktionen ärgerten, stören sie heute kaum noch. Dabei drückt gerade das Bedürfnis nach Beteiligung einen politischen Impuls aus. Und schließlich ist politische Partizipation das „Herz der Demokratie“.

Aber die Verfassung der Bundesrepublik basiert auf der Idee der Repräsentation. Gewählte Vertreter und nur sie repräsentieren die Bevölkerung, der Allgemeinwille wird durch Repräsentanten wieder gegeben. Dennoch sind einige Elemente direkter Demokratie gesetzlich verankert, nämlich Bürgerbegehren und Volksbegehren, Bürgerentscheid und Volksentscheid. Diese Begehren und Entscheide sind „verfasste“, also gesetzlich erlaubte Möglichkeiten der direkten Beteiligung oder Partizipation. Außerdem gibt es „nicht-verfasste Formen“ der Bürgerbeteiligung: Protestaktionen, Bürgerinitiativen, Gemeinwesenarbeit oder ziviler Ungehorsam. Die Aufstände der Bauern vor etwa 500 Jahren, die erheblichen Anteil an der Reformation der Kirche hatten, könnten als eine solche nicht-verfasste Formen der Beteiligung gesehen werden.

Hätte es derlei nicht-verfasste Beteiligungen nicht gegeben, dann hätten wir kein Wahlrecht, kein Frauenwahlrecht, keine Sozialgesetzgebung und vieles andere nicht. Ja, wir hätten nicht einmal den allgemeinen Anspruch, dass Entscheidungen von Mehrheiten getroffen werden sollten, denn auch dieser Grundsatz wurde von Minderheiten mit Hilfe nicht-verfasster Formen der Beteiligung durchgesetzt.

Das Thema Beteiligung oder Partizipation ist also keineswegs neu. Man kann im

Gegenteil davon ausgehen: Wenn Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt werden sollen, dann haben sie sich bereits beteiligt, indem sie durch nicht-verfasste Beteiligungsformen auf bestehende Probleme aufmerksam machen. Nun sollen die Bürgerinnen und Bürger in einer ganz bestimmten Weise beteiligt und ihre Beteiligung in verfasste Formen überführt werden.

Dazu ein paar Beispiele aus der jüngeren Geschichte: In den 60er Jahren war die Studentenbewegung aktiv, aus der heraus sich weitere Protestbewegungen entwickelten, etwa die Frauenbewegung oder die Hausbesetzerbewegung. Bereits Willy Brandt hatte auf die Studentenbewegung im Oktober 1969, kurz nach der Wiederwahl, reagiert mit „Mehr Demokratie wagen“. Wissenschaftler sprechen von einer „partizipatorischen Revolution“, die in den 1970er Jahren durch die Protestbewegungen ausgelöst wurde. So gründeten sich Bürgerinitiativen und 1976 waren dort mehr Menschen aktiv, als in etablierten Parteien. In einer Studie der „Studiengruppe Partizipationsforschung, Bonn“ heißt es 1978: „Bürgerinitiativen können als Kern und Ausgangspunkt der gegenwärtigen Partizipationsbestrebungen im politisch-administrativen Bereich angesehen werden.“ Seit etwa fünf Jahren tauchen rund um den Globus soziale Bewegungen und Protestbewegungen auf. Manche Forscher sprechen von einer „globalen epochalen Bewegung“ und vergleichen sie mit den Arbeiterkämpfen Mitte des 19. Jahrhunderts und den weltweiten Studentenprotesten in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Der Politologe Dario Azzellini, schätzt dies folgendermaßen ein: „Heute stehen wir wieder am Beginn einer bedeutenden historischen Epoche, die gekennzeichnet ist durch eine wachsende globale Ablehnung liberaler Demokratie und der mit ihr verbundenen Repräsentationslogik (...) Diese Ablehnung geht mit einer Selbstorganisierung von zuvor nicht organisierten Bevölkerung einher, die auf der Grundlage direkter demokratischer Vorgehensweisen neue kollektive Formen des Zusammenseins entwickelt.“

Zu diesem globalen Ereignissen gehört auch ein lokales hinzu, das ja selbst den Kirchentag lockte: Die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“. So spricht etwa der Stadtplaner Klaus Selle von einem „Nach-Stuttgart-Effekt“. „Der Konflikt um den Stuttgarter Hauptbahnhof (löste) Erschütterungen in fast allen Kommunen Deutschlands aus (...) und (führte) dort wie in der übergeordneten Politik zu tausend Schwüren (...), dass man fortan nur mehr ‚gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern‘ Stadtentwicklung betreiben wolle. (...) Es vergeht kaum ein Termin, wo nicht irgendwann ein Satz fällt wie: ‚So etwas wie in Stuttgart soll uns hier nicht passieren‘.“

Kurz: Wenn das Thema „Beteiligung“ Konjunktur hat, wenn also „beteiligt“ werden soll, dann ist davon auszugehen, dass dem zumindest eine Protestbewegung voraus gegangen ist. Dann ist es ein Bestreben etablierter Politiker, nicht-verfasste Formen der Beteiligung in verfasste umzuwandeln, damit „so etwas“ nicht noch einmal passiert.

Denn was die Proteste brisant macht: Sie sind eine hoch politische Angelegenheit. Proteste stellen vieles in Frage und vermitteln der herrschenden Ordnung einen „Wink mit der Drohung eines Schlimmeren“, wie der englische Historiker E.P. Thompson feststellte. Diese Proteste werden auch deshalb für etablierte Politiker unangenehm, weil sie daran erinnern, was Politik im klassischen Sinn ist. Nämlich etwas, das vom Tun der Bürger ausgeht, nicht von staatlichen Strukturen oder Parteien. Das ursprüngliche Ideal war, dass die Bürgerschaft der Polis und der römischen Republik eine Gemeinschaft freier Bürger sei. „Die aristotelischen Begriffe“

schreibt der Historiker Reinhard Koselleck, „konnten rezipiert und wirkungsmächtig werden, weil sie wiederholbare Möglichkeiten bürgerlicher Selbstdorganisation sprachlich gespeichert hatten. (...) Die alte, von Aristoteles auf den Begriff gebrachte Bedeutung, daß die koinonia politike (wörtlich: politische Gemeinschaft) eine sich selbst beherrschende Bürgergemeinde sei, ist (...) niemals verloren gegangen. Im Gegenteil.“

An diese Idee knüpft Hannah Arendt an. Sie entdeckt erneut das emanzipatorische Potential und die befreienden Möglichkeiten des Politischen, sieht es als „Raum der Freiheit“. Das „inhärente Versprechen“ der Politik sei, „dass die Menschen die Welt verändern können.“ Grundlegend ist die Erfahrung der Polis, dass „die Bürger in ihr Zusammenleben nicht den Begriff der Herrschaft eingeführt hatten, (...) es also eine Scheidung in Herrscher und Beherrschte nicht gab.“ Das Prinzip der Politik beinhaltet eine gleiche Berechtigung aller Handelnden. Von einer Begegnung „auf Augenhöhe“ braucht man da nicht zu sprechen, denn die ist ja gerade die Grundlage des Politischen. Alles kalter Kaffee, könnte man meinen, die alten Griechen sind längst gestorben, die Gegenwart ist viel komplexer und außerdem idealisierte Arendt ein exklusiv aristokratisches Modell. Aber sie aktualisiert die Sache und meint, dass es diesen Raum des Politischen immer noch gibt und zwar „immer und überall, wo Menschen in Freiheit, ohne Herrschaft und Knechtschaft miteinander leben“ und er verschwindet sobald das Handeln aufhört und von einem „Sichverhalten und Verwalten“ abgelöst wird oder auch einfach „die Initiative erlahmt, neue Anfänge in die Prozesse zu werfen, die durch das Handeln entstanden sind.“

Dieses Handeln meint „Beteiligung“, nämlich am besten aller, aber wenigstens möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner. Auf der Suche nach solchen Zusammenschlüssen, die ein Höchstmaß an Beteiligung vieler Personen ermöglicht, entdeckt Arendt die Räte und fällt nebenbei ein hartes Urteil über Parteien. Denn Parteien können zwar repräsentieren, aber weder kann Handeln delegiert werden, noch Meinungsbildung. „Im Grunde haben die Parteien von rechts bis links sehr viel mehr miteinander gemein, als auch die revolutionärste von ihnen je mit den Räten gemein hatte“, meint Arendt. Zur Illustration dieser Aussage ein Beispiel aus den letzten Jahren: „In Griechenland besuchten KP-Angehörige Nachbarschaftsversammlungen in Bezirken, in denen sie eine institutionelle Vertretung haben, und teilten den Versammlungen mit, sie bräuchten sich nun nicht mehr zu treffen, da die KP-Angehörigen ihre Interessen vertreten würden“, berichtet der Politologe Dario Azzellini.

Grundlegend für gelingende Bürgerbeteiligung sind ein gemeinsames Handeln der Bürgerinnen und Bürger sowie die Selbstverständlichkeit der gleichen Berechtigung aller. Das schließt die Möglichkeit der Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger ein. Diese wird aber - wie gerade das Beispiel „Stuttgart 21“ zeigt - oftmals verwehrt oder in Beteiligungsverfahren „kleingearbeitet“, wie Nielas Luhmann derlei „Legitimation durch Verfahren“ nannte. Werden nicht-verfasste Formen der Beteiligung in verfasste transformiert, etwa durch „Schlichtungs-“ oder Mediationsverfahren, dann werden den Bürgerinnen und Bürgern oft die eigenen politischen Instrumente aus der Hand genommen.

Gelingende politische Partizipation braucht also öffentliche Debatten, in denen sich Bürger und Einwohner über gemeinsame Interessen einigen. Ganz im Sinne einer politischen Bürgerschaft. Eine Kunst der Bürgerinnen und Bürger ist es, herauszufinden, was ihre wirklichen Probleme und Bedürfnisse sind, sich nicht von vermeintlichen „Experten“ beeindrucken zu lassen und ihnen etwa die Problemdefinition der Streitfragen zu überlassen. Es kommt darauf an, eigene, Gemeinwesen orientierte Kriterien dessen zu entwickeln, was ein gutes Leben in einer Stadt und anderswo ausmacht und woran es sich bemisst. Das dies mitunter zur Provokation wird, liegt im Wesen der Politik.

Dr. Annette Ohme-Reinicke

TTIP: Was soll's?

Staatsstreich der Großkonzerne

dukte aus den USA vor allem die heimische bäuerliche Landwirtschaft noch weiter ruiniert wird.

Freihandel zielt auf uneingeschränktes Wirtschaftswachstum; dies ist jedoch mit einem wachsenden Ressourcenverbrauch und einem erhöhten Schadstoffausstoß untrennbar verbunden und wird den Klimawandel, dessen Abwendung für die Menschheit überlebenswichtig ist, geradezu beschleunigen. Deshalb ist ein Umdenken erforderlich, um diesem Wachstumswahn Einhalt zu gebieten.

Bilaterale statt multilaterale Abkommen als Strategie

Da in den letzten Jahren die demokratischen Entscheidungsprozesse der Welthandelsorganisation (WTO) immer weniger im Sinne der EU und der USA verlaufen sind, versuchen diese jetzt, ihre Vorstellungen über bilaterale Handelsabkommen durchzusetzen. Auf diesem Weg ist es für sie einfacher, mit ihrer großen Wirtschaftsmacht einzelne Länder gefügig zu machen. Einige Erfolge gibt es bereits. So konnte z.B. die EU in einer langjährigen Auseinandersetzung und mit harten Erpressungsmethoden die Gruppe der wirtschaftlich schwachen AKP-Staaten (Länder in den Regionen Afrika, Karibik, Pazifik) zwingen, „Wirtschaftspartnertabkommen“ (EPA) zu unterzeichnen, die für sie sehr nachteilig sind. Darin wird die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungssektoren (u.a. Wasserversorgung, Gesundheitsvorsorge) genauso geregelt wie ein umfassender Investorenschutz mit privaten Schiedsgerichten (ISDS), der es Investoren ermöglicht, Staaten auf entgangene Gewinne zu verklagen.

Alternativen

Nach außen bedeuten die geplanten Freihandelsabkommen eine Kampfansage des von den USA angeführten westlichen Machtkonflikts gegen den „Rest der Welt“! Die UNCTAD (UN-Wirtschaftsorganisation) hat das Thema der sozialen und ökologischen Orientierung von Investitionsabkommen zu einem Schwerpunkt gemacht. Erste konkrete Vorschläge hat sie in ihrem „World Investment Report“ von 2012 formuliert - z.B. den Ausschluss von Schiedsgerichten oder die Aufnahme menschen- oder umweltrechtlicher Verpflichtungen.

In Europa haben mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen ein Alternatives Verhandlungsmandat (ATM) für die EU-Kommission formuliert. Sie wollen erreichen, dass sich Handels- und Investitionsverträge nicht an Freihandel und Investorenschutz orientieren, sondern an Zielen wie nachhaltiges Wirtschaften, Menschenrechts-, Verbraucherschutz und Ernährungssouveränität.. Gefordert wird unter anderem, öffentliche Dienstleistungen von Handelsverträgen generell auszuschließen und finanzielle Stabilität zum öffentlichen Gut zu erklären.

Attaché-stuttgart.de; www.attac.de
http://www.alternativetrademandate.org/wp-content/uploads/2012/08/ATM-Vision-Paper-Deutsch.pdf



PROTEST - Lexikon

Torten

Als Torten beziehungsweise Tortung bezeichnet man den Wurf oder das Drücken einer Torte ins Gesicht eines Menschen, um denjenigen lächerlich zu machen. Handelt es sich um eine Person des öffentlichen Lebens, versteht man das Torten als einen Akt handgreiflichen politischen Protests.

Das war kein Mord. Das war Fortschritt

Stadt-Ansichten eines Stuttgarter Heimat-Erkunders

Von Joe Bauer

Schönen guten Tag, Protestierende und Protestantinnen, Glückliche und Ungläubige, ich versuche mich an einer Annäherung an die Stadt. Bin eine Art Heimaterkunder, gebe durch zielloses Herumgehen – das wahre Flanieren – und durch gezielte Touren meiner Neugier nach. Habe Gefallen gefunden am Müßiggang, einer christlichen Tugend, die lange vergessen war und neuerdings in läppischen „Flanier“-Kursen vermarktet wird.

Flanieren ist eine intime Sache, hat nichts mit Nostalgie zu tun. Spazieren ist Selbstschutz auf Erden. Sören Kierkegaards hat 1847 in einem Brief an seine Schwägerin geschrieben: „Ich laufe mir jeden Tag das tägliche Wohlbefinden an und entlasse so jeder Krankheit; ich habe mir meine besten Gedanken angelaufen, und ich kenne keinen Gedanken, der so schwer wäre, dass man ihn nicht beim Gehen los würde ... Bleibt man am Gehen, so geht es schon.“ Jeder vernünftige Arzt würde diese Sätze auch heute unterschreiben.

Im Herbst 2014 durfte ich als auswärtiger Guest das Vorwort für das Buch „Frankfurter Wegesewürdigkeiten“ schreiben, eine Textsammlung von Autoren, die in Frankfurt Rang und Namen haben. Dieses Vorwort dient mir als Grundlage für die folgenden Zeilen.

Ich habe lange nach einem Weg gesucht, dem Phänomen Meine Stadt näherzukommen, auch um die Frage zu beantworten: Wem gehört sie? Wohl war ich als geborenes Landei neugierig, aber es dauerte, bis ich erkannte, dass der Satz „Geschichten liegen auf der Straße“ keine Floskel ist. Das gilt nicht nur für Projekte wie die Stolpersteine zur Erinnerung an unsere ermordeten jüdischen Bürger. Manchmal hängen Geschichten an Hauswänden; eine unscheinbare Gedenktafel erinnert an einen Menschen, dessen Vergangenheit uns mehr über die Stadt erzählt als alle Marketingleute zusammen. Politiker, heute auch schon in den unteren Ligen von Marketing-Blendern gecoacht, sprechen von einer „Erzählung“, wenn sie Parteipropaganda meinen. Dass ihre Stadt durch wahre Erzählungen, nämlich durch Geschichte und Geschichten, interessanter würde als durch Stuttgarter Einkaufsnächte mit dem peinlich holprigen Slogan „S-City leuchtet“, kommt ihnen nicht in den Sinn.

Seit Mitte der siebziger Jahre lebe ich in Stuttgart. Der Schriftsteller Helmut Heißebüttel hat diese Stadt einmal mit einer Wanne verglichen: „Diese Wanne ist rundherum abgeschlossen, sie hat zwei offene Seiten, einmal zum Neckartal und in einem schmalen Durchgang nach Heslach und Kaltental. Ein Spaßvogel hat einmal gesagt, wenn man diese beiden Ausgänge zustopft und die Wanne voll Wasser laufen ließe, würde aus Stuttgart ein schöner See.“

Das ist eine reizvolle Idee angesichts der Tatsache, dass man für Stuttgart 21 mehrere Parks umflügt, sechzig Kilometer Tunnel bohrt und damit Europas zweitgrößtes Mineralwasser aufkommen gefährdet. Offiziell heißt es, die Deutsche Bahn bau eine neuen „Tiefbahnhof“: ein „Verkehrsprojekt“. Als ob irgendein Trottel Milliarden investierte, damit der ohnehin ungeliebte Eisenbahndienst fünf Minuten schneller von Stuttgart nach Bratislava fährt. Die Wahrheit ist: Die Gleise auf Gottes Erdboden müssen in den Untergrund, damit das milliardenschwere Immobilien- und Bodenspekulationsgeschäft frei Fahrt hat.

In aller Regel geht es ums Geschäft, wenn Städte verschandelt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen die Rathauspolitiker Stuttgart mit Stadtautobahnen tranchieren. Es waren nicht nur die Bomber der Alliierten, die den Charakter von Stuttgart zerstörten. Es gilt der Satz, Stuttgart habe nach 1945 einen weiteren Krieg erlebt, nämlich die Vernichtung einzigartiger Architektur zugunsten der

Autostadt. So glaubte jeder Fremde, Stuttgart mit seinen Fabriken von Mercedes, Porsche und Bosch sei so etwas wie die Industrielöcher im Kohlenpott. Dabei liegt die Stadt, wie von Dichtern und Malern eingebettet, in einem Talkessel mit Weinbergen, die man aus dem einfahrenden Zug über dem Bahnhof sehen kann. Allerdings nicht mehr lange, weil das von Paul Bonatz entworfene, für S 21 zerstörte Gebäude durch eine U-Bahnstation ersetzt wird.

Warum ich durch die Stadt spaziere? Nach gut zwanzig Jahren als Redakteur, die meiste Zeit im Kulturredaktions der Stuttgarter Nachrichten, gab man mir eher zufällig eine Kolumne mit dem Titel „In der Stadt“. Womit ich die Kolumne füllen könnte, sagte keiner. Wasser haben wir ja leider nur in der Vorstadt. Der von Hölderlin besungene Neckar fließt nicht durch Stuttgarts Zentrum, wird deshalb von der Politik ignoriert und seit jeher als industrielle Wasserstraße missbraucht. Es gilt das alte Dichterwort: Den Charakter einer Stadt erkennen man am Umgang mit ihrem Fluss. Da liebe ich fast das nicht entscheidend größere Frankfurt, wenn mich ein Einheimischer in ein Café am Mainufer führt, eine lustige Songzeile der Stranglers auf den Lippen: Walkin on the beaches looking at the peaches.

Als Zeitungsschreiber hatte ich schon früh den Eindruck, eine Zeitung spiegelt nur dürfte die Menschen und das Leben in der Stadt. Das ging mir nicht nur in Stuttgart so, auch in Berlin oder Hamburg wunderte ich mich, wie die Tagesblätter das Leben in ihrer Stadt wegbündeln. Mit den Menschen hatte die Feuerwehr- und Rathaus-Berichterstattung in den Lokalteilen nicht viel zu tun. Also begann ich vor siebzehn Jahren versuchsweise mit dem Herumgehen und Schnüffeln. In meiner ersten Herumgeherzeit nannte ich mich selbstironisch „Stadtstrolch“, ohne zu ahnen, dass diese Bezeichnung etwas mit dem wahren Image des Flaneurs zu tun hatte. Vom schlechten Ruf des Flaneurs hörte ich erst später bei der Lektüre des großen literarischen Spaziergängers Franz Hessel: „Ich bekomme immer misstrauische Blicke ab, wenn ich versuche, zwischen den Geschäftigen zu flanieren. Ich glaube, man hält mich für einen Taschendieb.“ Mich hält man oft wohl für einen Tagedieb, weil ich mir die Zeit nehme, die Augen aufzumachen.

Eines Tages kaufte ich mir ein kleines, gummiertes Fernglas. Mit dessen Hilfe gewöhnte ich mir an, die Häuser in den Straßen nicht länger nur bis zur Gürte linie, also bis zum oberen Ende der Eingangstüren oder der Schaufenster, zu betrachten. Obenrum, das ist wie bei Menschen, wirkt alles anders als beim Blick bis zum Bauchnabel.

Das ziellose Herumgehen kam mir gelegen, weil ich an einer angeborenen Orientierungslosigkeit leide. Da fehlen irgendwelche Synapsen. Ich finde in einer fremden Stadt nie eine Straße oder eine Kneipe wieder, in der ich tags zuvor gesessen bin. Am besten, ich suche nichts, gehe einfach der Nase nach. Zum Glück las ich in Paul Austers Winterjournal, wie sich der große New Yorker Autor und Spaziergänger in seiner Heimatstadt trotz nummerierter Straßen schwer tut, beim Aussteigen aus der U-Bahn zu begreifen, wo Süden und wo Norden ist. „Immer auf dem Holzweg, immer in der falschen Richtung, immer im Kreis herum“, schreibt er. Damit war geklärt, dass die Krankheit des hilflosen Herumirrens in der Stadt jeden befallen kann. Heute mache ich mir Mut mit meiner Lösung: Lieber zu weit gehen als gar nicht.

Fast jedes Jahr reise ich für eine Woche pflichtschuldig nach New York auf der Suche nach dem Gefühl von Stadt: in der Nacht mit der U-Bahn raus aus dem Gewühl von Manhattan, runter nach Brooklyn, wo es entspannt sein kann wie auf einem Dorf und aufregend wie nur in

New York. An einem Ort, wo die Mel dung umgeht, man wolle die Pferdekutschen in der Straßen nicht etwa aus Tierliebe abschaffen. Die Droschken sollen weg, weil ihre Stallungen im Trendviertel Hell's Kitchen den Immobilienhainen im Wege stehen.

Der Flaneur ist nicht rastlos. Wichtig beim Müßiggang ist die Pause. Die Pause an sich ist im Fluss des Lebens völlig unterschätzt, und die beste Erholung auf der Flucht vor den Wegesewürdigkeiten einer Stadt findet der Spaziergänger im Park. Der Park, sagen Stadtplaner, hat im kakofonischen Gebilde einer Großstadt (und was sich dafür hält) eine ähnlich bedeutende Rolle wie die Pause in einem sinfonischen Orchesterwerk. Deshalb ist es nur vernünftig, wenn die Bürger ihre Parks gegen die Bulldozer der Investoren und deren Lobbyisten verteidigen.

Der Hinwendung zur Stadt, auch zur eigenen, folgt meist eine gewisse Liebe oder Hassliebe, je nachdem, und die Liebe macht nicht blind, sie schärft den Blick und das Gehör. Der Streuner beginnt, sich über die Würdelosigkeit im Umgang mit der Stadt zu ärgern, er spürt den Zorn auf die Verschandler mit ihrem Ge rede von „Moderinität“. Sie sprechen von „Moderne“, wo der Ramsch der Vergangenheit in neuer Verpackung zum Himmel stinkt. Es sind die Wegesewürdigkeiten, die uns zu Hinschen machen. Es sind die ästhetischen Verbrechen, die uns den Blick auch politisch öffnen. Kaum war 2011 in Stuttgart Baden-Württembergs die grün-rote Landesregierung angetreten, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmiedel: „Wo der Bagger steht, geht es uns gut.“

Welch gestriger Geist die Bagger-Faktion prägt, erklärt der amerikanische Konzeptkünstler Joseph Kosuth in einem Interview über Städtebau: „Selbst wenn etwas nicht vollständig abgerissen wird, so lässt man in der Regel nur die Fassade stehen und baut dahinter praktische Gebäude. Das ist ein rücksichtliches Architekturverständnis. Architektur hat die Psychologie eines Ortes zu konservieren, dadurch ist es uns Menschen möglich, eine Verbindung herzustellen zu den Menschen, die vor uns dagewesen sind. Durchbricht man diese Logik, indem man nur die Fassade stehen lässt, verändert man die Städte, in denen wir leben, in eine Art Euro-Disneyland.“

Euro-Disneyland macht sich in Deutschlands Städten unaufhaltsam breit, und die Kriminalpolizei meldet: Es gibt keine deutsche Großbaustelle mehr ohne den extremen Einfluss der internationalen Mafia, keine ohne Schwarzarbeiter.

Die Architekturkritikerin der Stuttgarter Zeitung, Amber Sayah, schreibt in ihrem 2012 erschienenen Buch Architekturstadt Stuttgart: „Auf dem Vormarsch ist die kalte Beliebigkeit schnell hochgezogener Büro- und Geschäftshäuser, dazu schreitet im Zentrum die Ausweitung der Konsumzone mit immer mehr immer gleichen Shopping-Malls fort, an den Rändern das gesichtslose Nebeneinander von Gewerbegebäuden, Discount-Märkten, Tankstellen und Fertighäusern wie überall.“

Man denke an Konfektionskästen wie das Das Gerber (wegen der Marienkirche und den Obdachlosen in der Nachbarschaft nenne ich es St. Berber) oder das Milaneo (Müllaneo). Das Müllaneo steht im sogenannten Europaviertel, eine jener Glas- und Beton-Wüsten, wie man sie unter demselben Namen auch in Frankfurt findet.

chen können. Aus ihrer einzigartigen Topografie, aus dem sympathischen Zusammenspiel von Ländlichkeit und Urbanität. Im Umgang mit den eigenen Ressourcen aber vermisst man in Stuttgart, in diesem originellen Gebilde zwischen Hängen und Würgen, die Liebe zur Heimat. Es fehlt jeder Respekt vor der Frage: Wem gehört die Stadt?

Das erleben wir bei der Ignoranz des Neckars und der fehlenden Wertschätzung des Mineralwassers. Wir merken es, weil die Stadt keine in sich lebenden Viertel hervorbringt. Stattdessen lässt sie historische Bausubstanz wie in ihrer Altstadt, sprich im Leonhardsviertel, verkommen und schielt andauernd nach anderen Städten, um mit peinlichem Image-Getue mithalten zu wollen. Erinnert sei an die großkotzige Trump-Tower-Idee (als sich der Investor als Gangster entpuppte), an einen ernsthaften Auge gefassten Tivoli-Park im Schlossgarten – oder gar an den Plan der achtziger Jahre, die Zahnradbahn zum Vorteil der Autos ins Unterirdische zu verbannen. Heute baut man, der Himmel sei uns gnädig, in der Europaviertel-Gegend ein Luxus-Hochhaus mit Namen „Cloud Number Seven“, auch wenn es im Englischen gar keine Wolke sieben, sondern nur die cloud number nine gibt (George Harrison hat es uns gesungen: Cloud Nine).

Unter der Überschrift „Teufelsspiralen“ schrieb der Architekturkritiker Dieter Bartetzko 2013 in der FAS einen denkwürdigen Beitrag über den Bauwahn und den Mietwahnsinn. „Immobilienentwickler“ versprechen „Neues Wohnen in der Stadt“, in Wahrheit aber „wachsen in den Innenbezirken von München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Lübeck, Leipzig, Hannover oder Berlin Wohnquartiere wie die sprichwörtlichen Pilze aus dem Boden. Doch mit dem Wohnungsbedarf und den fehlenden Sozialwohnungen haben diese so viel zu tun wie ein Flamingo mit einem Huhn – was entsteht, sind Luxusquartiere, deren Mieten und Kaufpreise das Monatseinkommen oder die Rücklagen der sogenannten Mittelschicht um ein Vielfaches übertreffen.“ Die Luxusarchitektur, so Bartetzko, neige ästhetisch „zur Armeseligkeit“, die Einheitlichkeit der Bauten erinnere „erschütternd an Praktiken der späten DDR“: an austauschbare Dekor-Serien in so unterschiedlichen Städten wie Rostock, Erfurt, Dresden.

Wo das dämliche Adjektiv „modern“ auftaucht, folgen die Totzschlag-Aргументe aus den Marketing-Büros: Jeder Schwachsinn gilt heute als „Zukunft“ und „Fortschritt“. Aus der Psychologie weiß man, dass die menschlichen Hirnspeicher nicht etwa mehrheitlich mit Sammelstücken aus der Vergangenheit oder der Gegenwart gefüllt sind. Was den Kopf am meisten belastet, ist die Existenzangst. Schon deshalb steht heute jeder verkäufliche Scheiß für Zukunft und Fortschritt.

In Ruben Fleischers düsterem Hollywood-Film „Gangster Squad“ spielt Sean Penn den Mobster Mickey Cohen im Los Angeles der 1940er Jahre. Der Verbrecher will die ganze Stadt. Als er, großwahnsinnig und gierig nach „mehr“, ein weiteres menschliches Hindernis auf seinem Weg nach oben beseitigt hat, sagt er: „Das war kein Mord. Das war Fortschritt. Ich bin Fortschritt.“

Joe Bauer, Jahrgang 1945, arbeitet als Kolumnist bei den Stuttgarter Nachrichten. Begleitet von Musikern und Komikern, tourt er regelmäßig mit seiner Lieder- und Geschichtenshow Joe Bauers Flaneursalon durch die Stadt. Er hat mehrere Bücher veröffentlicht.



Aktion INKLUSIV Veranstaltung: Joe Bauers Flaneursalon beim 3. Stuttgarter Hafenpicknick : 4. Juli ab 16 h, Show ab 18.45 h, Neckarhafen, Mittelkai 12-14 mit Ginger Redcliff, The Tremollettes, Wiglauf Droste, Ekkehard-Rössle-Duo, Rahmenlos & frei

»NSU-Komplex«

und die parlamentarische Aufklärung und was Clemens Binninger, CDU-MdB dazu sagt

Als der Polizei in Eisenach am 04. November 2011 ein maskierter Raubüberfall auf eine Sparkassenfiliale gemeldet wird, ahnt noch niemand, was nur kurz darauf die Republik in Aufruhr versetzen, sie schockieren und noch Jahre später beschäftigen wird.

Mit einer beispiellosen Verbrechensserie hat sich das neonazistische Trio, das sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichnete, ins kollektive Gedächtnis eingebannt. Es soll nach seinem Abtauchen 1998 innerhalb von 13 Jahren zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und 15 Banküberfälle verübt haben. Unter den Mordopfern waren neun türkisch- und griechischstämmige Kleinunternehmer und eine deutsche Polizistin. Nahezu die gesamte Bundesrepublik wurde zum Schauplatz des NSU-Terrors. Von den mutmaßlichen Haupttätern steht Beate Zschäpe derzeit vor Gericht in München. Die beiden anderen, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, wurden am 04. November 2011 nur wenige Stunden nach dem Banküberfall tot in ihrem Wohnmobil aufgefunden.

Die NSU-Terrorserie erschütterte Gesellschaft, Medien und Politik gleichermaßen. Geeint in der Forderung nach vollständiger, lückenloser und gründlicher Aufklärung beschloss deshalb der Deutsche Bundestag nur wenige Wochen nach dem Auffliegen des Trios fraktionsübergreifend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Warum wurde das Trio von den Sicherheitsbehörden nicht

entdeckt, obwohl man es intensiv gesucht hat und es in den Jahren nach seinem Abtauchen das Land kaum verlassen hatte? Wieso kam niemand auf die Idee, dass Rechtsterroristen für die Anschlagsserie verantwortlich sein könnten? Das waren die Ausgangsfragen für die Arbeit im Bundestagsuntersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“.

Der Ausschuss arbeitete von Januar 2012 bis August 2013, sichtete in dieser Zeit mehr als 8.000 Aktenordner und hörte über 100 Zeugen. Kennzeichnend für seine Arbeit war die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Trotz unterschiedlicher politischer Couleur stand stets das gemeinsame Interesse der Aufklärung im Vordergrund.

Bei der Bewertung des Behördenvertrags gab es nicht „den einen großen Fehler“, den man den Sicherheitsbehörden oder der Justiz anlasten könnte. Vielmehr handelt es sich um eine Reihe von Verfehlungen, Fehleinschätzungen und Versäumnissen, die dazu beigetragen haben, dass die schrecklichen Verbrechen nicht aufgeklärt werden konnten. Darüber hinaus hat diese Verbrechensserie die föderale Sicherheitsstruktur sehr schnell und sehr deutlich an ihre Grenzen gebracht. Nun aber zu den wesentlichen Fehlern im Einzelnen:

Man hatte sich früh auf den Ermittlungsschwerpunkt „Organisierte Kriminalität“ festgelegt und hielt auch noch daran fest, selbst als die Ansätze längst ausermitt



telt waren. Die Art und Weise der in diesem Zusammenhang geführten Ermittlungen machte die Opfer und ihre Familien ein zweites Mal zu Opfern.

In der Wahrnehmung der rechtsextremen Szene durch die Sicherheitsbehörden gab es über viele Jahre Probleme. Die Behörden haben zwar sehr engagiert die rechte Musikszene verfolgt und den Vertrieb entsprechender Tonträger aufgeklärt, in ihrer Gesamtheit jedoch die Gefährlichkeit des gewaltbereiten Rechtsextremismus unterschätzt.

In Deutschland sind in Bund und Ländern 36 Sicherheitsbehörden für die Aufklärung rechtsextremer Strukturen und Straftaten zuständig. Diese Organisationsform hat dazu geführt, dass die Informationen bei den Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern und der Polizei zerstreut waren und nur unzureichend oder gar nicht zusammengeführt wurden – ein fatales Problem!

Immer wieder gab es zwischen Bundes- und Landespolizeidienststellen Auseinandersetzungen über die Frage der Federführung der Ermittlungen. Das behinderte die Aufklärung der komplexen, mehrere Bundesländer betreffenden Ermittlungen. Ein ernüchterndes Urteil mussten wir Ver-

fassungsschutzbehörden in Bund und Ländern ausstellen. Sie haben aufgrund von mangelnder Analysefähigkeit die Gefahr, die von der militanten neonazistischen Szene ausging, immer wieder unterschätzt, bagatellisiert oder gar nicht gesehen.

Die Sicherheitsbehörden operierten im Phänomenbereich Rechtsextremismus mit dem Einsatz von V-Personen. Das Resultat war frustrierend, denn weder wurden die V-Leute gezielt zur Informationsbeschaffung über das Trio genutzt, noch haben sie insgesamt wesentlich zur Aufklärung einer vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahr beigetragen.

Als Konsequenz der Fehler und Versäumnisse haben wir in unserem über 1.300 Seiten starken Abschlussbericht auch 47 Empfehlungen ausgesprochen, die sowohl die Sicherheitsbehörden als

„In der Diskussion um eine effektivere Nachrichtendienstkontrolle äußerte sich der Böblinger Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger gestern in der Tagesschau: „Wenn wir wirklich eine wirkungsvolle Kontrolle wollen, brauchen wir eine Institution oder eine Person oder eine Kontrollgruppe, die sich ganzjährig dieser Kontrolle widmen kann, also so etwas wie einen parlamentarischen Nachrichtendienstbeauftragten. Nur das wird der Dimension dieser Aufgabe gerecht.“
Clemens Binninger am 18.5.2015

auch die Justiz und die Politik betreffen, und künftige Fehlentwicklungen verhindern sollen.

Unter anderem hat der Deutsche Bundestag daher die Einführung einer Rechtsextremismusdatei beschlossen. Die Sicherheitsbehörden sind verpflichtet, darin relevante Informationen zu gewaltbezogenen Rechtsextremisten zu speichern, damit jede betroffene Behörde auf bestimmte Angaben sofort zugreifen kann.

Im Umgang mit V-Leuten schafft das Parlament über die Verfassungsschutzreform Kriterien, die genau regeln, wer angeworben werden darf und wer nicht. Es darf nicht sein, dass Personen angeworben werden, die etwa schwere Straftaten begangen haben.

In der künftigen Ermittlungsarbeit müssen insbesondere auch rassistische Motive berücksichtigt werden, wenn dies im Hinblick auf die Taten und die Opfer naheliegt. Außerdem hat der Bundestag dem Generalbundesanwalt mehr Kompetenzen zugesprochen, damit dieser frühzeitig in laufende Ermittlungen einbezogen werden kann.

Die Bundesregierung unterstützt auch konsequent Maßnahmen zur Demokratieförderung. Dabei sind die Förderung zivilen Engagements und demokratischen Verhaltens zentrale Anliegen.

Dies sind nur einige Beispiele für bereits umgesetzte Empfehlungen. Der Reformprozess ist noch nicht abgeschlossen. Wir begleiten diesen Prozess auch weiterhin, ebenso sind wir uns bewusst, dass es noch immer viele offene Fragen zum „NSU-Komplex“ gibt. Die Verantwortung um die Aufklärung nehmen wir nach wie vor ernst und arbeiten daran, Antworten zu finden. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig – aber auch unser demokratischen Rechtsstaat.

Clemens Binninger
(*1962), CDU-MdB, Innenausschuss, Parlamentarisches Kontrollgremium für die Nachrichtendienste, 2012 / 2013 Obmann der CDU/CSU-Fraktion im 2. Untersuchungsausschuss („NSU“)

Stumpfe Waffe, scharfe Waffe?

Die Initiative NSU-Aufklärung (INA) ist eine Gruppe Bürgerinnen und Bürger, die den NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg „aufmerksam und kritisch begleiten“. In einem offenen Brief an Regierung, Landtag und die Mitglieder des Ausschusses wird begrüßt, die bislang nicht aufgeklärten Beziehungen zwischen dem NSU-Netzwerk und der extrem rechten Szene Baden-Württembergs, die mögliche Beteiligung des NSU-Netzwerkes am Heilbronner Mordanschlag und die Rolle der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden, vor allem des Verfassungsschutzes, umfassend zu untersuchen. Eine parlamentarische Kontrolle der Exekutive im Untersuchungsausschuss, der „scharfen Waffe des Parlaments“, finde nur sehr eingeschränkt statt.

Wegen der früheren Verantwortung der Beteiligten an politischen Entscheidungen ergaben sich „... Bremsen, wie z.B. eine große Zurückhaltung beim Nach- und Hinterfragen und eine Vorsicht beim Umgang untereinander. Es zeigten sich spezielle Koalitionen z.B. zwischen CDU und SPD, sowie FDP, die bei Kritik an Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden eine reflexartige Verteidigungshaltung an den Tag legen.“ Die bisherige Regelung der Akteureinsicht ist außerordentlich restriktiv. Sie wird von der Behörde, deren Tätigkeit untersucht werden soll, bestimmt. Das betrifft die Entscheidungen über die Auswahl der Akten und deren Teil-Schwärzung sowie die Einschränkungen für die Abgeordneten, sich Notizen zu machen und zu zitieren.

Der Offene Brief kann über www.die-anstifter.de heruntergeladen werden.
Infos: INA Initiative NSU-Aufklärung, c/o Die Anstifter, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Big Data will den »gläsernen Menschen«

Überwachung, Kontrolle, Manipulation – diese Worte sind uns bekannt. Und sie verdienen immer mehr Aufmerksamkeit. Die Versuche, Menschen auszuforschen, nehmen zu – nicht zuletzt am Arbeitsplatz. „Big Data wird das Personalwesen in den kommenden Jahren gravierend verändern“, kündigen in einer Studie das Business-Netzwerk LinkedIn und die Bitkom Research an. Und man geht gleich in die Vollen. Nicht nur die Erfassung aller Daten, die ein Beschäftigter in der Firma erzeugt, sondern auch alle irgendwie außerhalb erfassbaren Daten sollen ausgewertet und den Personalern die Einsatzplanung für das Personal erleichtern. Schade nur, so die Studie, dass man wegen datenschutzrechtlicher Bestimmungen oder Sicherheitsbedenken nicht so schnell voran kommt, wie man das möchte.

Allerdings wird man bestimmt noch die Wege finden, die das Absaugen der gewünschten Daten möglich machen. Deshalb muss man die Ankündigung ernst nehmen: „Wir arbeiten daran, unsere Daten auch für den ganzen Arbeitsmarkt besser nutzbar zu machen. Unsere Vision eines globalen ‚Economic Graph‘, der Transparenz in Bezug auf die Nachfrage- und Angebotslage auf Arbeitsmärkten weltweit schafft, ist Teil der Analysen, auf die Entscheider in Zukunft zurückgreifen können“, erläutert Alexandra Kollenth.

Was hier in so einer verwaltungstechnischen Sprache serviert wird, ist nichts anderes als die Totalüberwachung aller Beschäftigten mit dem Ziel einer optimalen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Stellt sich die Frage: Wollen wir so von Big Data unser Leben gestalten lassen?
Hermann Zoller

NSU im Staat Ein Ruf an Staat und Bürgerschaft

Drei Jahre nach dem Auffliegen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) stellen wir fest: Rechtsextremes Denken und Handeln ist tief im Staat und in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Uns allen fehlt es über Jahre an der notwendigen Empathie, um den rassistischen Hintergrund bei den Taten des NSU wahrzunehmen. Wir können alle Opfer unserer eigenen Vorurteile werden.

Die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und einiger Landtage haben die Vorurteile in Polizei, Justiz und Geheimdiensten und ihre Untätigkeit gegen Rechts bis hin zu deren Unterstützung offen gelegt. Dennoch reagieren Parlemente und Regierungen auch drei Jahre nach der Entdeckung des NSU kaum oder unangemessen auf diese Tatbestände.

Der in politischen Sonntagsreden von der Zivilgesellschaft abverlangte Widerstand gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit wird häufig durch staatliche Sanktionen behindert. Einzelne und Gruppen, die sich Neonazis entgegenstellen, werden kriminalisiert. Das Grundgesetz wird also missachtet. Der Gleichheits- und der Antidiskriminierungsgrundsatz und das Grundrecht der Versammlungsfreiheit sind akut bedroht.

Deshalb nehmen wir als Teil der Zivilgesellschaft unsere Verantwortung für den Schutz der Verfassung wahr und fordern:

Stärkung der Zivilgesellschaft

- Die Stärkung zivilgesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger und Initiativen gegen Rechtsextremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit
- Die Einrichtung und Förderung unabhängiger Beratungs- und Anlaufstellen für die Opfer rechter Gewalt
- Eine fundierte Aufklärung über die Gefahren von Rechtsextremismus für alle Altersgruppen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders
- die Aufklärung über Rechtsextremismus an allen Bildungseinrichtungen durch Fachleute der Zivilgesellschaft: Der Verfassungsschutz muss draußen bleiben!
- Integration der Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der pädagogischen Ausbildung

Aufklärung im Bund und in Baden-Württemberg

- Einrichtung einer außerparlamentarischen Untersuchungskommission mit Ermittlungsbefugnissen auf Bundes- eben nach britischem Vorbild
- Erstellung einer aktuellen Studie über Rechtsextremismus sowie über rechtsextreme Einstellungen und Tendenzen bei allen Sicherheitsbehörden
- Untersuchung der neonazistischen Netzwerke sowie der braunen Traditionen und Haltungen in allen staatlichen und Sicherheitsbehörden
- Zivilgesellschaftliche Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg nach dem Vorbild von NSU-Watch mit freiem Zugang zu allen Informationen und Akten für die Herstellung von Transparenz
- Aufklärung der festgestellten Blockade des Innen- und Justizministeriums bei den bisherigen Versuchen der Aufklärung durch den NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg

Kontrolle von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten

- Abschaffung des Verfassungsschutzes und aller V-Leute, auch der von der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden geführten
- Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern – insbesondere aus den Reihen der Sicherheitsbehörden
- Ungehinderetes Demonstrationsrecht
- Kennzeichnungspflicht aller Polizistinnen und Polizisten

Verabschiedet von den Teilnehmenden der „Bürgerschaftlichen Konferenz NSU im Staat“ am 8.11.2014 in Stuttgart. Veranstalter der Konferenz waren

Die Anstifter - Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen - die Internationale Liga für Menschenrechte und die Neue Richtervereinigung
www.die-anstifter.de // www.neuerichter.de // www.ilmr.de

Die Anstifter

Werastraße 10, D 70182 Stuttgart

0711 248 69 621, kontakt@die-anstifter.de

Anstifter-Konto: 7000582701, GLS-Bank, BLZ: 430 609 67
Wir danken für Ihre Unterstützung (Kennwort: Ruf)
IBAN: DE31430609677000582701 - BIC GENODEM1GLS



... damit wir klüger werden

No Tav David gegen Goliath

Eugen David lebt in Roșia Montană in Rumänien. Er bewirtschaftet einen Bauernhof wie schon seine Vorfahren und kämpft seit 15 Jahren gegen den geplanten Goldtagebau. Roșia Montană ist ein kleines Dorf mit rund 2500 Einwohner im Westen Rumäniens.

Die kanadische Firma Gabriel Resources plant dort für den größten Goldtagebau Europas vier Berge komplett abzutragen. Vor Ort soll das Gold aus dem abgetragenen Gestein mit Zyanid herausgespült werden. Pro Tonne Gestein wird mit einem Goldgewinn von 1,5 Gramm gerechnet. Wohin aber mit der Zyanid-Giftbrühe nach der Goldauswaschung? Ein benachbartes Tal von Roșia Montană soll durch einen 185 Meter hohen Staudamm zum Stausee umfunktioniert werden. In diesem Tal müssten dafür Familien und Bauernhöfe umgesiedelt werden, um diesen Giftsee zu realisieren.

Mit Eugen David kämpfen 350 Familien vor Ort und Tausende in ganz Rumänien gegen diesen Raubbau an der Natur und gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in und um Roșia Montană.

Im Herbst 2013 gingen über 100.000 Menschen in Rumänien auf die Straßen, besetzten Plätze und forderten „Salvati Roșia Montană“ (Rettet Roșia Montană). Weltweit fanden Solidaritätsaktionen statt.

Die kanadische Firma Gabriel Resources hat bereits um die 40% des benötigten Landes aufgekauft, inklusive Höfe, Häuser und Agrarflächen. Sie verspricht 15 Mio € Investitionen, Arbeitsplätze und ein Bergbaumuseum, wirtschaftlichen Aufschwung und florierenden Tourismus.

Die Drohung der Zwangseignung ist ständiger Begleiter von Eugen David: „Ich kämpfe hier für mein Leben.“

Im Mai 2014 fand in Roșia Montană das vierte Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte statt. AktivistInnen und dort lebende Menschen luden auf den Hof von Eugen David ein. Rund 400 Menschen aus über 25 Protestbewegungen und Initiativen kamen der Einladungen nach.

Dieses Forum wie auch die vorangegangenen Foren bieten Raum und Zeit, sich aus erster Hand über andere Bewegungen zu informieren; von einander zu lernen und Erfahrungen auszutauschen; gemeinsam über Hintergründe und Perspektiven zu diskutieren; und die Vernetzung international aufzubauen und zu festigen, bis hin zu gemeinsamen Aktionen.

Gemeinsame Ziele sind die Rettung der Lebensgrundlagen in Natur und Gesellschaft; die Diskussion der Ursachen, Hintergründe und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Großprojekte und der gesellschaftlichen Perspektiven und Alternativen; die gegenseitige Unterstützung und die Koordinierung von Protest und Widerstand gegen unnütze Großprojekte in Europa und anderswo, um den außerparlamentarischen politischen Druck zu erhöhen.

Das erste Forum gegen unnütze Großprojekte fand 2011 im Val di Susa in Italien statt.

Im Val di Susa kämpft ein ganzes Tal seit über 20 Jahren gegen den geplanten Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke von Turin nach Lyon. Für diese Strecke müssen 57 km Tunnel durch uran- und asbesthaltiges Gestein gebaut werden. Die Zerstörung eines intakten Ökosystems und die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen werden von den Betreibern billigend in Kauf genommen. Zwischen Turin und Lyon gibt es bereits eine nicht ausgelastete Bahnstrecke. Profiteur ist ein undurchsichtiges Baukonsortium mit mafiosen Strukturen. Menschen aus dem Tal und aus ganz Italien schlossen sich zu NO TAV (No Treno Alto Velocita) zusammen. Die freie Republik della Maddalena wurde an der künftigen Baustelle gegründet.

Vor vier Jahren erklärte Berlusconi das Gelände zur Nationalbaustelle, diesberechtigt auch den Einsatz von Militär gegen die DemonstrantInnen. Kurz darauf wird die Mahnwache und das



Im Jahr 2008 gründete sich die ZAD (Zone A Défendre) auf dem Gelände des künftigen Großflughafens. Schon enteignete Höfe und Felder wurden wieder besetzt, es wird Getreide und Gemüse wieder angebaut. 2012 wurde die ZAD mit einem hohen Polizeiaufgebot geräumt. Mittlerweile gibt es in Frankreich über 30 ZADs, sowie in Südwestfrankreich gegen die geplanten Sivens-Staudamm.

Regelmäßig gehen tausende Menschen in Notre-Dame-des-Landes auf die Straßen und Wiesen, um gegen den Großflughafen zu demonstrieren. Jeden Sommer findet ein dreitägiges Pique-Nique mit Diskussionen und Workshops zur politischen Situation statt, mit viel Kultur und Musik.

Im Juli 2013 fand das dritte Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte in Stuttgart statt. Insgesamt nahmen rund 2000 Menschen an dem vier Tage dauernden Forum teil, mit rund 50 Podiumsdiskussionen und Workshops zu



Protestcamp della Maddalena geräumt.

Das zweite Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte fand 2012 in Notre-Dame-des-Landes in Frankreich statt. Notre-Dame-des-Landes liegt rund 20 km von Nantes in der Bocage, eine alte Kulturlandschaft aus kleinen Feldern von Hecken, Bäumen und Bächen durchzogen.

Schon 1965 wurde mit der Planung eines Flughafens begonnen, dem neuen Rotterdam von Europa. Damals für die Concorde, heute soll der Flughafen für den Airbus A380 gebaut werden, doch dieser wird dort nie starten und landen können, da die geplanten Start- und Landebahnen zu kurz sind.

Für den Großflughafen sollen rund 2000 Hektar Fläche versiegelt werden, 2800 Fußballfelder. Den Bau des Flughafens soll der Konzern Vinci durchführen, börsennotierter Weltmarktführer für Bau und bauverwandte Dienstleistungen. Nach der Fertigstellung wird Vinci für 55 Jahre auch der Betreiber des Flughafens sein. Vinci bewirtschaftet u.a. auch über die Hälfte der französischen Autobahnen, betreibt über 20 Flughäfen in Frankreich, Portugal und Kambodscha.

Seit den frühen siebziger Jahren wehrt sich die Bevölkerung gegen den Bau des Großflughafens. Bauern haben sich zusammengeschlossen, über 200 Initiativen in ganz Frankreich unterstützen den Protest. Im Jahr 2000 gründet sich ACIPA (Association Intercommunale des Populations concernées par le projet d'Aéroport). Der Zusammenschluss dient der Kommunikation, zur Koordination von Aktionen, juristischen Mitteln und finanzieller Unterstützung. ACIPA ist unabhängig von politischen Parteien, von Konfessionen und Gewerkschaften. Es ist eine Plattform für den Widerstand, für Informationen für die Bevölkerung, zum Schutz der Interessen der BewohnerInnen und zur Erhaltung der Lebensgrundlagen.

Das Prinzip 21 ist eine Methode.

Durch die Großprojekte werden Milliarden an öffentlichen Geldern in wenige private Taschen umverteilt. Die Großprojekte werden als Geschenk angepriesen, versprechen Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Profiteure sind global agierende Konzerne, Banken, Immobilienpekulanten, Baufirmen und PolitikerInnen, die meinen, so ihre Macht zementieren zu können. Sie agieren gegen das Gemeinwohl, gegen Menschenrechte, Natur- und Denkmalschutz.

Die Bevölkerung hat keinerlei Mitspracherecht. Wenn es zu Protest und Widerstand kommt, werden Round Tables, Schlichtungen, Mediationen als Machtinstrument gegen die Bevölkerung eingesetzt. Menschen, die sich wehren, politisch aktiv sind, werden mit Polizeigewalt konfrontiert. Politische Aktionen werden kriminalisiert, AktivistInnen werden juristisch verfolgt.

Im Januar 2015 wurden in Italien 47 AktivistInnen zu insgesamt über 140 Jahren Haft verurteilt. Der Vorwurf des Terrorismus konnte vor Gericht nicht standhalten. Diese Menschen haben sich lediglich mit ihrem Körper gegen das menschen- und naturverachtende Projekt gewehrt.

In Frankreich fand die Repression und Polizeigewalt ihren traurigen Höhepunkt im Oktober 2014. Der Umweltschützer Rémi Fraisse wurde durch eine Tränengasgranate der Polizei getötet. Er hat mit über 5000 anderen gegen die Waldrodung für das geplante Staudamm-Projekt in Südwestfrankreich demonstriert.

Allein in Stuttgart sind über 2.000 gerichtliche Verfahren schon gelaufen oder noch anhängig. Am schwarzen Donnerstag, 30.09.2010, gab es zwischen 400 bis 800 verletzte DemonstrantInnen, DemonstrantInnen, die sich den Räumkommandos und Baufahrzeugen in den Weg Ihr Aktionskonsens: „Stuttgart 21 steht dem Willen und Interesse der Bevölkerung entgegen. Deshalb sehen wir uns in der Pflicht, alle gewaltfreien Mittel zu nutzen, um dieses Projekt zu stoppen.“

Wer sich gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte wehrt, dem geht es nicht ums Dagegen-Sein, sondern um Alternativen, um das Leben, die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft. Gefordert wird eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, ein Recht auf Stadt, die Mitgestaltung aller Lebensbereiche, transparente und direkte demokratische Entscheidungsprozesse.

Noch keines dieser unnützen Großprojekte ist gestoppt, aber sie sind ins Stocken geraten. Es ist ein Kampf David gegen Goliath. Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Vom 17. bis 19. Juli 2015 findet das fünfte Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte in Bagnaria Arsa in Friuli / Italien statt. **Andrea Schmid**

weitere Infos: www.rosiamontana.org
www.acipa-ndl.fr
www.zad.nadir.org, www.notav.info
www.drittse-europaeisches-forum.de

Mahnwache gegen Stuttgart21

5 Jahre, 107 000 Stunden, Tag + Nacht:
Ein Fels in der Brandung

Seit 1994 gibt es Protest und Widerstand gegen das Projekt. Er erlangte 2010 bundesweite Aufmerksamkeit, als Aktionen des zivilen Ungehorsams das Interesse der Medien auf Stuttgart lenkten.

Im Zuge dieser Proteste wurde die Mahnwache am 17. Juli 2010 von den „Aktiven Parkschützern“ ins Leben gerufen. Damals verbreitete sich die Information, dass in den kommenden Wochen der Nordflügel des denkmalgeschützten Bonatzbaus im Zuge der Baurbeiten zu Stuttgart 21 abgerissen werden soll.

Vor dem bedrohten Nordflügel waren mit dem Banner „Bei Abriss Aufstand“, einem Informationstisch sowie einem Gartenpavillon als Schutz gegen Regen einige Tage des Protestes gegen den bevorstehenden Abriss angedacht. Daraus wurden, ohne dass ein Ende derzeit absehbar wäre, inzwischen rund fünf Jahre. Das ist die mit Abstand längste Mahnwache Deutschlands - und wahrscheinlich auch Europas.

Aufgrund des Baubeginns des Technikgebäudes wurde der Standort des Mahnwachenzeltes im April 2012 vom Nordausgang des Bahnhofs zum jetzigen Standort gegenüber dem Haupteingang verlegt.

Die Mahnwache ist Fels in der Brandung und ständige Mahnung gegen die enormen steuergeldfinanzierten und unnützen Zerstörungen im Herzen unserer Stadt und Zeichen für städtebaulich und bauologisch zukunftsfähigere Projektalternativen (z.B. die Modernisierung des bestehenden Kopfbahnhofes), aber auch die alternative Informationsquelle gegenüber der als propagandistisch wahrgenommenen Werbung der S21-Betreiber.

Und sie ist Begegnungsort für den Austausch zwischen Befürwortern des Kopfbahnhofes und seinen Gegnern.

Die Mahnwache erfüllt vielfältige Aufgaben, die von den unterschiedlichen Teilen der Bewegung an sie herangetragen werden. Sie ist rund um die Uhr ehrenamtlich besetzt. Für diese beiden Herausforderungen bedarf es neben internen gut strukturierten Organisationsformen in erster Linie der Verantwortungsbereitschaft und Zuverlässigkeit von sehr vielen Menschen. Gleichzeitig wurde ein Raum der Toleranz und Wertschätzung in einem kleinen Zelt durch das Team geschaffen, in dem inzwischen im Laufe der letzten Jahre über 600 Menschen ihren Dienst geleistet haben. Derzeit wird der Belegungsplan mit ca. 180 aktiven Mitarbeitern abgedeckt.

Dieser enorme bürgerschaftliche Einsatz, der an der Mahnwache sowie in den vielfältigsten Gruppen und Netzwerken der Bewegung gegen Stuttgart21 geleistet wird, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die Mahnwache ist vielen Projektbefürwortern in Stadt und Land ein Dorn im Auge, legen wir doch den Finger in die „Wunden“ (wie den Rückbau der Leistungskapazität oder die Kostenexplosion). Viele unserer (jahrlang mahnend vorgebrachten) Kritikpunkte und Befürchtungen sind längst eingetreten, teilweise gar übertroffen worden.

Ein ganz besonderer Dank gilt den zahlreichen Menschen, die durch ihren unermüdlichen Einsatz an der Mahnwache Kraft, Mut, Ausdauer und einen starken Willen zeigen. Damit verleihen sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass durch bürgerschaftliches Engagement Alternativen möglich sind zu Größenwahn, kurzfristiger Profitgier und Zerstörung durch staatlich genehmigten Vandalismus auf Steuer geldkosten (auf Kosten der Steuerzahler) in unserer Stadt – denn das beinhaltet das Projekt Stuttgart21.

Johanna Almstedt, Klaus Behrendt, Susanne Engelen, Günther Mrowietz, Myriam Rapp, Barbara Rockenbach, Mechthild Scheinpflug, Tanja Schnäbele, Sabine Schmidt und Doris Zilger.
Das Orga-Team der Mahnwache



KONTEXT: WOCHEZEITUNG

ENTSCHEIDEND SIND
DIE, DIE WISSEN,
DASS EINE DEMOKRATIE
OHNE FREIE PRESSE
NICHT LEBT.

SIE SIND DAS HERZ VON
KONTEXT.

www.kontextwochenzeitung.de

Barmer Erklärung und Stuttgarter Schuldbekenntnis

Heute stehen beide Erklärungen als „Glaubenszeugnisse aus dem 20. Jahrhundert“ im Evangelischen Gesangbuch wie selbstverständlich nebeneinander. Doch es führt kein direkter Weg von der Barmer Erklärung vom Mai 1934 zum Stuttgarter Schuldbekenntnis vom 18./19. Oktober 1945. Dazu war die Geschichte der Bekennenden Kirche, deren Basisdokument die von Karl Barth entworfene 6-Punkte-Erklärung von Barmen ist, zu verworren.

Theophil Wurms Zick-Zack-Kurs

Dies lässt sich am besten am Weg des württembergischen Landesbischof Theophil Wurm zeigen. Anfang 1933 hatte Wurm, der ehemalige Landtagsabgeordnete der Deutsch-Nationalen, das Dritte Reich freudig begrüßt, kurz danach die von Hitler gewünschte Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) für seine Landeskirche unterschrieben und den Deutschen Christen schon vor den von Hitler angeordneten Kirchenwahlen im Sommer 1933 in der Landesynode eine absolute Mehrheit verschafft. Im selben Jahr gab er auf der Nationalsynode in Wittenberg dem DC-Reichsbischof Ludwig Müller seine Stimme. Doch dies wurde ihm nicht gedankt. Müller versuchte, ihn im Frühjahr 1934 aus dem Amt zu vertreiben. Vergebens. So saß Bischof Wurm Ende Mai 1934 bei der Bekenntnissynode in Barmen unter den Synoden, sorgte allerdings dafür, dass die Barmer Erklärung mit ihrer Verurteilung der DC-Theologie nie offiziell den Gemeinden seiner Landeskirche bekanntgemacht wurde. Am 30.10.1934 ließ er sich zusammen mit den Landeskirchenbischofen Meiser und Marahrens von Hitler empfangen und distanzierte sich dort von der in Dahlem beschlossenen bruderrätlichen Leitung der DEK, indem er dort stattdessen eine Reichskirchenregierung unter Marahrens befürwortete. Er sabotierte im Februar 1935 durch den Luther-Pakt offen die bruderrätliche Leitung der Evangelischen Kirche und setzte im März 1936 der in Bad Oeynhausen gewählten vorläufigen bruderrätlichen Leitung der DEK den schismatischen „Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche“ entgegen. Wurm ordnete auch, als Hitlers Truppen Anfang März 1938 in Österreich einmarschierten, für den 20. März in seiner Landeskirche eine religiöse Dankfeier für Österreichs „Heimkehr ins Reich“ an und forderte durch den Lutherrat die Gemeinden dazu auf, bei dem Volksentscheid am 10.4.1938 für Hitler zu stimmen. Am 8. Mai 1938 einigte sich Wurm mit dem Lutherrat sogar darauf, von allen Pfarrern einen Treueid auf Hitler zu verlangen und



eventuelle Verweigerer mit Amtsenthebung zu bedrohen, um sich schließlich zusammen mit den Bischöfen Meiser und Marahrens am 29.10.1938 von den bruderrätlichen Verfassern der NS-kritischen „Gebetsliturgie für den Frieden“ aus „verständlichen Gründen“ zu distanzieren.

Wurm schließt sich endlich dem Bruderrat der BK an

Erst nach der berüchtigten antijudaistischen „Godesberger Erklärung“ des Reichskirchenministers Kerrl vom März 1939 rückte Landesbischof Wurm von seinem konfliktscheuen Kurs ab: Am 11.9.1940 erklärte er zusammen mit dem bayerischen Landesbischof Meiser, dass er sich nicht mehr an seine Erklärung vom 29.10.1938 gebunden wisse. Von da an suchte er engen Kontakt mit der bruderrätlichen Leitung der DEK und wurde selbst Mitglied des Bruderrats der BK. Zwar nicht öffentlich, wohl aber in an die Reichsregierung Briefen verwahrte sich Wurm sowohl gegen die Ermordung sogenannten „lebenswerten Lebens“ als auch gegen die Verfolgung und Ermordung von „Nichtarier“. Von beiden Briefaktionen erfuhr die Öffentlichkeit freilich erst nach dem Sturz des Nazi-Regimes.

Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem 8.5.1945

Nach dem sogenannten „Zusammenbruch“ war der 78-jährige württembergische Landesbischof Theophil Wurm der große Mann der Evangelischen Kirche in Deutschland, zu dem viele aufschauten. Am Himmelfahrtstag 1946, nur zwei Tage nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlers-Deutschlands, nahm Wurm in Stuttgart, das damals noch französisch besetzt war, öffentlich das Wort. Der von der Besatzungsmacht eingesetzte neue Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett hatte dafür gesorgt, dass der ins amerikanisch besetzte Großheppach evakuierte Landesbischof an diesem Tag zu einem Gottesdienst nach Stuttgart kam. Der Gottesdienst musste, weil alle Kirchen der Innenstadt zerstört waren, im nichtzerstörten Großen Haus, der württembergischen Staatsoper, stattfinden. Nach dem Gottesdienst trat Wurm auf den Balkon über dem Haupteingang der Oper und richtete von dort „im Namen der ganzen Bekennenden Kirche in Deutschland“ ein Wort an „unser Volk“. Hatte Wurm bereits vorher in seiner Predigt zwischen den braunen „Anstiftern“ und denen, die uns nahegestanden sind, deutlich unterschieden und auch ausführlich aus dem Brief an die Reichsregierung zitiert, den er im Juli 1943 in Sachen

Judenverfolgung geschrieben hatte, so begann er seine Kundgebung mit der Behauptung, dass es „von Seiten der beiden christlichen Kirchen nicht an Versuchen gefehlt (habe), die Regierenden an ihre Verantwortung vor Gott und vor den Menschen zu erinnern.“

Diesem Versuch der Selbstrechtfertigung begegnete Paul Schempp, der wohl schärfste Kritiker Wurms, am 29. Mai 1945 mit seinem Bußruf „Der Weg der Kirche“. Schempp, ehem. Pfarrer in Iptingen, war 1934 in Barmen Mitglied der Theologischen Kommission gewesen. Weil er mit seinen Freunden von der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg 1938 den von Wurm angeordneten Eid auf Hitler verweigert hatte, strengte die Kirchenleitung gegen ihn ein Disziplinarverfahren an. Ende 1943 kam es zur Amtsenthebung Schempps, worauf dieser aus der württembergischen Landeskirche austrat. Aber natürlich wusste er sich seiner Kirche nach wie vor verpflichtet. Deshalb beschwore er in seinem Bußruf die evangelische Kirche, jetzt nicht sich selbst zu rechtfertigen, sondern Buße zu tun. Nicht der Zusammenbruch des Dritten Reiches, der ja vor aller Augen ist, sondern der „Zusammenbruch der Bekennenden Kirche“ sei jetzt das Thema.

In seinen Lebenserinnerungen bezeichnet Wurm diesen Aufschrei Schempps als „Pamphlet“ und bemerkt: „Der Druck konnte glücklicherweise verhindert werden.“

Die Kirchenkonferenz von Treysa vom 27.-31.8.1945

Das Ansehen von Landesbischof Wurm war, wie gesagt, reichweit ungefurchten. Durch sein „Kirchliches Einigungswerk“ war es ihm gelungen, eine Brücke von den sogenannten „Neutralen“, also den nicht dezidiert deutsch-christlichen Kirchenleitungen, zu den „Illegalen“ der bruderrätlichen Bekennenden Kirche zu schlagen. So lieferte er für 27.-31. August 1945 alle „Kirchenleitenden“ ins nordhessische Treysa zu einer Kirchenkonferenz ein, bei der die evangelische Kirche in Deutschland neu geordnet und gegründet werden sollte. Die sogenannten „Illegalen“, also die Vertreter der bruderrätlichen Bekennenden Kirche, die bis dahin ja in keiner Kirchenleitung saßen, wurden freilich nicht eingeladen. Nur mit dem Namen Martin Niemöller wollte man sich schmücken. Er sollte die Eröffnungsrede halten. Niemöller aber lehnte ab und warnte Wurm in einem Brief vom 5.8.45: „Eine Bestimmung des Weges der Kirche durch die „Neutralen“ oder gar durch positive Vertreter der „Kerrlschen Kirchenausschusspolitik“ (wie Gerstenmaier) scheint mir völlig unmöglich“. Niemöller sorgte nun dafür, dass sich der Bruderrat der BK in Frankfurt a. M. noch vor der Treysa-Konferenz treffen konnte und lud dazu auch Karl Barth aus Basel ein. Man beschloss in Frankfurt, dass eine Delegation des Bruderrats nun eben uneingeschlagen nach Treysa fährt. Karl Barth wurde gebeten mitzukommen.

In einem Brief vom 7.9.1945 berichtet Karl Barth über die Kirchenkonferenz in Treysa: „Die bayrische Vertretung drohte bei meinem Erscheinen zunächst mit Abreisen zu reden, konnte aber überredet werden, diesen finsternen Gedanken nicht auszuführen. Die Treysa-Konferenz war einberufen von dem 78-jährigen württembergischen Landesbischof Wurm, in dem sich während des Krieges eine bemerkenswerte Wandlung in der Richtung des Widerstandes gegen den NS vollzogen und der sich da an durch

mehrere mutige Schritte gegenüber der Staatsregierung auch in der Bekennenden Kirche Achtung und Vertrauen erworben, sich auch nicht ohne Erfolg um die Einigung zwischen der Bekennenden Kirche und den in den zwölf Jahren mit oder ohne direkten nationalsozialistischen Einfluss bedenklich schwankenden Landeskirchenführern bemüht hat. (...) Die Atmosphäre der Treysa-Konferenz war von der, die in Frankfurt (beim Bruderrat) herrschte, sehr verschieden. Es war die kirchliche Diplomatie und die kirchliche Geschäftigkeit, es war der betonte Konfessionalismus eines angeblich reinen Luthertums, es war im Hintergrund doch wohl die fatale Gesinnung der „Deutschnationalen“ aus der Zeit vor 1933, die hier auffallend war (...). So besteht kein Anlaß, mit Erhebung an diese Tagung zurückzudenken.“ Soweit Karl Barths Bericht.

Theophil Wurm war immer auch für Überraschungen gut. Er ließ sich nicht verblüffen, sondern hieß eingangs nicht nur Niemöller, sondern die ganze Delegation des Bruderrats samt Karl Barth auf der Kirchenkonferenz herzlich

Niemöllers und Barths Konspiration

W. A. Visser't Hooft, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, wusste von Karl Barth, dass der neu gewählte Rat der EKiD am 18. Oktober in Stuttgart eine Sitzung haben sollte. Er schrieb am 27.9.45 an Niemöller: „Daß im kirchlichen Außenamt die Ära Heckel durch eine Ära Niemöller abgelöst werde, hätten wir nicht zu hoffen gewagt, als wir die langen Jahre um Ihr Leben bangten. (...) Inzwischen rückt die Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am 18. Oktober näher. Ich wäre Ihnen aufrichtig dankbar, wenn Sie mir eine Einladung hierzu beschaffen könnten. Sie haben vielleicht davon gehört, daß wir beschlossen haben, eine Delegation von kirchlichen Vertretern der befreiten Länder und dem Bischof von Chichester nach Deutschland zu entsenden. Außerdem und Chichester sind vorgesehen Professor Kraemer von Holland, Pierre Maury, Paris, und ein Norweger. Nach den Berichten, die wir über den Bruder-



rat in Frankfurt und über Treysa erhalten haben, könnten wir ein recht deutliches Bild von den lebendigen Kräften in den deutschen Kirchen gewinnen“

Einen Tag später schrieb Karl Barth, der höchstwahrscheinlich der Überbringer der Nachrichten aus Frankfurt und Treysa war, an Niemöller: „Lieber Freund! Ich höre mit Interesse, daß am 18. Oktober in Stuttgart eine erste (oder zweite?) Sitzung der neuen vorläufigen Kirchenleitung stattfinden wird, an der auch Vertreter der Ökumene teilnehmen sollen. Darf ich Dir zu dieser Sache eine Anregung unterbreiten? – Mir ist in vielen Gesprächen, die ich seit meiner Rückkehr aus Deutschland gehabt habe (...) deutlich geworden, das christliche Ausland (...) wartet darauf, seitens der Evangelischen Kirche in Deutschland etwas zu hören, was es bis jetzt (...) nur beiläufig ein wenig verhüllt und zwischen den Zeilen gehört hat. Ich will einmal in meinen eigenen Worten vorwegsetzen, um was es gehen müßte:

– Die vorläufige Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland erkennt und erklärt, daß das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf Hitler begab.

PROTEST - Lexikon

Hausbesetzung

Bei einer Hausbesetzung ziehen Menschen in leer stehenden Wohnraum ein, ohne das ausdrückliche Einverständnis beziehungsweise gegen den Willen des Eigentümers. Hausbesetzungen werden aus verschiedenen, oftmals auch aus mehreren Motiven durchgeführt – darunter fallen der Wunsch nach kostenlosem Wohnraum, „Wohnungsmangel oder sogar Obdachlosigkeit und Protest gegen gezielten, profitorientierten Leerstand und Wucherpreisen. Man bezeichnet sie auch als „Instandbesetzungen“, da nicht mehr bewohnbarer oder vom Abriss bedrohte Häuser in manchen Fällen wieder bewohnbar gemacht werden. Hausbesetzer grenzen sich bewusst von gesellschaftlichen Normen ab und versuchen, alternative Formen des Zusammenlebens zu entwickeln.“

EIN NAZI-VERTRÄG RETET SICH ÜBER DIE ZEIT

Konkordat mit dem Teufel



Schon bald nach Hitlers Machtergreifung hängten die Kirchenfürsten ihr Fähnchen in den Wind einer Ideologie, die sie noch kurz zuvor als „Irrlehre“ tituliert hatten. Der im Reichskonkordat besiegte Pakt mit Hitler hat in vielen Punkten heute noch Gültigkeit.

- Sie erkennt und erklärt, daß die Not, die seither über Europa und über Deutschland selber gekommen ist, eine Folge dieses Irrtums ist.
- Sie erkennt und erklärt, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland durch falsches Reden und durch falsches Schweigen an diesem Irrtum mitverantwortlich gemacht hat.“

Niemöller wusste nun, was zu tun war, und er antwortete Barth postwendend: „Lieber Karl Barth! ... Daß ich diese Sache zu meiner eigenen machen kann und will, solltest Du ja eigentlich seit meiner Ansprache in Treysa nicht mehr bezweifeln. Doch ich will sehen, daß wir im Sinne Deiner Andeutung auch noch zu einer eindeutigen Äußerung der Kirchenleitung als solcher kommen.“

17.-19.Oktober 1945: Die Ökumene kommt nach Stuttgart

Die ökumenische Delegation war am 17. Oktober 1945 von französischen Soldaten in Jeeps von Baden-Baden nach Stuttgart ins Hotel Zeppelin gebracht worden. Sie stand unter der Leitung von Generalsekretär Visser't Hooft. Zu Delegation gehörten Samuel McCrea Cavert, USA, Pierre Maury, Frankreich, Alphons Kochlin, Schweiz, sowie Prof. Hendrik Kraemer, Holland. Begleitet wurde die Gruppe von Marcel Sturm, dem reformierten Feldbischof der französischen Armee. Bischof Bell von Chichester, persönlicher Freund Dietrich Bonhoeffer, konnte Stuttgart erst am 18. Oktober von England aus erreichen.

Gleich nach ihrer Ankunft nahm die Gruppe Kontakt mit Bischof Wurm auf. Wurm war durch die Ankunft der ökumenischen Delegation völlig überrascht. Nur mit dem Besuch des Bischofs von Chichester hatte er gerechnet. Auf dem eine Woche später angefertigten Protokoll der Ratssitzung findet sich Wurms handschriftliche Notiz; „Historische Begegnung in kirchlicher und allgemein politischer Hinsicht. Die Abordnung der Ökumene kam ganz unerwartet, war einfach da!“ An diesem Tag fand keine Besprechung mehr statt, denn in der unzerstörten Markuskirche sollte am Abend noch ein Gottesdienst mit Bischof Wurm, der ökumenischen Delegation und mit Martin Niemöller als Prediger stattfinden. 23 Jahre später berichtet Visser't Hooft darüber: „Unsere Ankunft in der überfüllten Kirche weckte freudige Überraschung. Als wir Niemöllers Predigt hörten, waren wir sicher, daß unser Gespräch gut werden würde (...) Er legte den Text (Jer.14,7) so konkret aus, er sprach so deutlich über die Verbrechen der Deutschen in den besetzten Ländern und er unterstrich so stark, daß die Nationalsozialisten nicht hätten tun können, was sie getan haben, wenn die Kirchenglieder als treue Christen gehandelt hätten, daß kein Zweifel darüber möglich war, daß wir einander auf dieser Grundlage würden finden können.“

Am Vormittag des 18.10. tagten die Ratsmitglieder zunächst unter sich und waren am frühen Nachmittag Gäste des neuen Stuttgarter Militärgouverneurs Oberst Dawson. Um 16 Uhr sollte dann die ökumenische Delegation zusammen mit den Ratsmitgliedern im Haus der Bibelgesellschaft zusammenkommen. Un-

nerte mit bewegten Worten an seinen persönlichen Freund, den am 9. April 1945 in Flossenbürg hingerichteten Dietrich Bonhoeffer. Im Anschluß an Chichesters Rede wurde den Vertretern der Ökumene je ein Exemplar der von allen Ratsmitgliedern unterzeichneten Erklärung übergeben.

Empörte und zustimmende Reaktionen auf die Stuttgarter Schulderklärung

Wohl aus Angst vor negativen Reaktionen dachte der Rat der EKiD zunächst nicht an eine Veröffentlichung seiner wichtigen Erklärung. Doch die Tagespresse kannte den Wortlaut des Textes bereits Ende Oktober. Die Kieler Nachrichten z.B. wählten als Aufhänger für ihren Bericht über die Stuttgarter Erklärung vom 27.10.45 das aus der Weimarer Zeit bekannte Reizwort von der „Kriegsschuld Deutschlands“. In einer empörten Zuschrift an Asmussen ist von einem „Canossa-Gang vor den Vertretern der fremden Kirchen“ die Rede, und Bischof Wurm mußte sich von einem Leser sagen lassen: „Niemals wohl würde die Nation unserer teuren Evangelischen Kirche verzeihen und sie vom Fluch freisprechen“, wenn sich herausstellen sollte, dass in Stuttgart tatsächlich eine entsprechende Erklärung abgegeben wurde.

Landesbischof Wurm aber, der nach 1933 so oft geschwankt hatte, stand zu seiner Unterschrift unter das Stuttgarter Schuldbekenntnis. Beim Stuttgarter Pfarrkonvent vom 4.12.1945 betont er: „An der Tatsache, daß dieser Krieg bewußt und absichtlich von Hitler und der deutschen Reichsregierung herbeigeführt wurde, (...) ist nicht zu deuten, (...) Niemand von uns kann sich der Erkenntnis entziehen, daß wir auch in diesem Strom gestanden sind“. Und zum ersten Mal ist bei ihm vom „Massenmord an den Juden“ die Rede. Und Wurm fährt fort: „In Genf ist festgestellt worden von Seiten des Ökumenischen Rates, daß die Zahl der ermordeten Juden 5.000.000 beträgt“.

Eine klare Verbindung zwischen der Barmer Erklärung von 1934 und dem Stuttgarter Schuldbekenntnis wird freilich nur in der Erklärung der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg vom 9. April 1946 gezogen. Diese beginnt mit folgenden Sätzen:

„Wie wir im Kampf gegen falsche Lehre den Erklärungen der Bekennenden Kirche in Barmen und Dahlem im Glauben zugestimmt haben, so stimmen wir auch in der Beugung unter Gottes Gericht der Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 18.10.1945 einmütig zu und bekennen insonderheit unsere Schuld als Prediger und Glieder der Gemeinde Christi“. Was im Stuttgarter Schuldbekenntnis völlig unerwähnt bleibt, nämlich die Vernichtung der Juden, wird in der Erklärung der Sozietät an den Anfang gestellt, denn dort heißt es in unmittelbarer Fortsetzung der soeben zitierten Sätze: „Wir sind mutlos und tatenlos zurückgewichen, als die Glieder des Volkes Israel unter uns entehrt, beraubt, gepeinigt und getötet wurden sind, (...) Wir haben indirekt dem Rassendünkel Vorschub geleistet durch die Ausstellung zahlloser Nachweise der arischen Abstammung und taten so dem Dienst am Wort der frohen Botschaft für alle Welt Abbruch. (...) Wir bekennen unsere Schuld vor allen denen, die unschuldig leiden mußten, vor allen denen, die ungewarnt Gottes Gebote mit verkehrtem Willen zertreten haben und vor allen denen, die heute mehr als wir selber die furchtbare Last aller Folgen des gemeinsamen Irrwegs zu tragen haben.“

Sören Widmann, Salach, 16.5.2015

Unten bleiben

... mit der Garnisonskirche!

Nicht nur Christinnen und Christen wenden sich gegen den Nachbau in Potsdam

Besucher praktisch pausenlos das zweitligige Gedankenerbe des Preußenbaues (besonders die Sünden der Nazichristen) korrigieren und aufarbeiten. Das Problem: Die martialische Außenform des Turmes wird zur Öffentlichkeit lauter reden als der Versöhnungsgeist von innen. 88 Meter bis zur Spitze mit Kriegsemblemen zugehängt und mit einem Adler getoppt symbolisiert keinesfalls Demut und eine neue Haltung. Er wird alles andere als ein Zeichen für den Weg zu einer bekennenden Kirche des Friedens. Propst i.R. Heino Falke: „Der Wiederaufbau der Garnisonkirche erschien mir wie die Abkehr von dieser Tradition“. Versöhnungsarbeit wird unglaublich. Ein Leuchtturm für unsere Kirche? Ja, es wäre angemessen, wenn die Kirche den Potsdamer Bauplatz leer ließe und ihr Versöhnungskonzept vom Waffentempel des Soldatenkönigs abkoppele. Der Verzicht auf die bereits vorliegende Turmbaugenehmigung wäre ein deutlicheres Friedenszeichen. Weil's aber nicht kann sein, geht der Ruf aus Potsdam an Sie, lieber Kirchentagsleser: Bedenken und Protest gegen das Garnisonkirchenprojekt, das die Bundesregierung fatal



Bild: 188-21422
Foto: A. Ab

zum „nationalen Anliegen“ hochstilisiert, sind angesagt. Wir bitten gemeinsam mit der Martin-Niemöller-Stiftung: Besuchen Sie die Webadresse >Christen-brauchen-keine-Garnisonkirche.de<. Informieren Sie sich über unsere gleichnamige Initiative. Unterschreiben Sie unsere online-Petition. Steuern Sie Ihre Meinung dem Diskurs bei, wie es über 500 bekannte und unbekannte Unterstützer schon getan haben. Teilen Sie uns Ihr Interesse an unserer Fachtagung am 31.10.2015 mit! Sprechen Sie uns an: Auf dem Markt der Möglichkeiten wird es am Stand der AnStifter und der Evangelischen Studierendengemeinden in der Bundesrepublik heißen: Der Turm zu Potsdam – UNTEN BLEIBEN!

Günther Köhler

PROTEST - Lexikon

Feldbefreiung

Der Begriff Feldbefreiung, auch freiwillige Feldbefreiung, Ackerbesetzung oder öffentliche Ernteaktion genannt, bezeichnet die zielerichtete Vernichtung von Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Nach öffentlichen Ankündigungen werden auf dem Gentechnik-Feld die gefährlichen Pflanzen ausgerissen. Dabei geht es nicht darum, den Bauern zu schädigen, sondern die Gefahr abzuwenden und die Ausbreitung der Gentechnik auf den Feldern aufzuhalten. Jede öffentliche Absichts- oder Solidaritätskündigung wirft dabei gesellschaftliche Diskussionen auf und treibt den politischen Prozess an.

Der Tod ist ein Meister – aus Baden-Württemberg

Ein Einblick in die Welt legalen wie illegalen Waffenhandels aus dem Musterländle

Von Jürgen Grässlin

Ökonomisch gesehen gilt Baden-Württemberg als Paradebeispiel eines prosperierenden Industrielandes. Die Produktion ist hoch, die Exporte boomt weltweit, die Arbeitslosenzahlen sind relativ gering. Im Schatten dieser Entwicklung werden Geschäfte getätig, die weithin totgeschwiegen werden: Von Baden-Württemberg aus werden Kriegswaffen in alle Welt exportiert – legal wie illegal. Das vermeintliche Musterländle ist eines der führenden Zentren der deutschen Rüstungsindustrie.

Diese ist derart gut aufgestellt, dass Deutschland – nach den USA und Russland – im Zeitraum von 2009 bis 2013 den unruhigen Platz 3 der Weltwaffenexporte einnahm. So die topaktuellen Zahlen des Stockholm International Peace Research Institutes (SIPRI) vom März 2014. Betrachtet man nicht selektiv den Waffenhandel Deutschlands, sondern summiert den der europäischen Staaten, dann ist klar: Als Staatenverbund rangiert Europa mit mehr als einem Drittel aller Rüstungsexporte weltweit noch vor den Konkurrenten aus den USA und Russland.

Die Empfängerländer europäischer, deutscher und baden-württembergischer Kriegswaffen sind grenzenlos, unter ihnen eine Vielzahl kriegsführender und menschenrechtsverletzender Staaten, oft Diktaturen. Hauptempfängerländer deutscher Kriegswaffen waren in besagtem Fünfjahreszeitraum die USA – kriegsführend im Irak und in Afghanistan –, das europäische Armenhaus Griechenland und Israel im Krisen- und Kriegsgebiet Naher und Mittlerer Osten.

Der aktuelle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung belegt zudem, dass auch einer der Hauptfeinde Israels bis an die Zähne mit deutschen Kriegswaffen und Rüstungsgütern hochgerüstet wird: Mit Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 1,2 Mrd. Euro ist das repressive Herrscherhaus in Saudi-Arabien aktuell der Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen – trotz der desaströsen Sicherheits- und Menschenrechtslage. Dabei bildet Saudi-Arabien lediglich die Spitze eines Eisberges. Würde man eine Weltkarte zeichnen, die zeigt, wo keine „unser“ Kriegswaffen im Einsatz sind, gäbe es zwei weiße Flecken: die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und die Antarktis.

Rüstungsproduzierende und -exportierende Unternehmen in Baden-Württemberg profitieren massiv von diesem Geschäft mit dem Tod. Die führenden Hersteller von Großwaffensystemen bzw. deren Bestandteilen (wie Kampfflugzeuge und -panzer) und Rüstungsgütern (Militär-fahr-euge) finden sich flächendeckend verteilt im militärischen Musterländle. Herausragend sind allerdings die Bodenseeregion (mit Diehl BGT Defence, Airbus Defence and Space vormals EADS, Rolls Royce Power Systems vormals Tognum u.v.a.m.) und der Großraum Stuttgart (mit Daimler, Thales u.v.a.m.). Hinzu kommen Elektronikzulieferer wie Rockwell Collins (vormals Teldix) in Heidelberg, Northrop Grumman (vormals Litex) in Freiburg und Airbus Defence and Space in Ulm – um nur einige exponierte Firmen zu nennen.

Als Waffenstadt in der Spitzenposition rangiert Oberndorf am Neckar mit den beiden Waffenproduzenten Rheinmetall (die ehemaligen Mauser-Werke) und der Heckler & Koch GmbH. Mauser liefert u.a. die Bordkanone für das Kampfflugzeug Eurofighter Typhoon, von dem zurzeit 72 Stück nach Saudi-Arabien exportiert werden. Navigations- und Computersysteme liefert Litex aus Freiburg zu, Sidewinder-Raketen kommen von Diehl BGT Defence in Überlingen.

Was SIPRI nicht erfasst, ist der von den Opferzahlen her betrachtet folgenschwerste Bereich. Die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts sind die so genannten „Kleinwaffen“. Zwei Drittel aller Opfer in Kriegen und Bürgerkriegen kommen durch Pistolen, Maschinengewehre, Sturmgewehre und Maschinengewehre ums Leben. Europas führender Hersteller von Kleinwaffen – und damit das tödlichste Unternehmen auf dem Kontinent – ist die Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch. Mehr als zwei Millionen Menschen verloren seit der Aufnahme der Waffenproduktion Mitte der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts ihr Leben durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen – was einer täglichen Tötungsquote von 114 Menschen entspricht. Tendenz steigend.

Mindestens 88 Staaten wurden ganz legal – also mit Genehmigung der jeweiligen Bundesregierung – mit H&K-Gewehren beliefert. In nachweislich 15 Staaten

wurden bzw. werden die Schnellfeuerwehre des Typs G3 in Lizenz nachgebaut. Darunter finden sich menschenrechtsverletzende Staaten, wie der Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Pakistan und Mexiko.

Sukzessive ersetzt das neue Sturmgewehr G36 die Rolle des alten G3. Eine erste Lizenz wurde an Spanien vergeben. Der folgenschwerste Export des noch jungen 21. Jahrhunderts aber ist die Lizenzvergabe an die staatliche saudi-arabische Firma MIC im Jahr 2008 durch die große Koalition von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) und Franz Walter Steinmeier (SPD). Sobald die saudischen Streitkräfte mit G36 ausgestattet sind, werden – wie vormals beim G3 in den Sudan und nach Somalia geschehen – einmal mehr Kriegs- und Bürgerkriegsstaaten von MIC hochgerüstet werden. Mit Deutschland vereinbarte Endverbleibserklärungen werden wieder gebrochen, die Bundesregierung wird den Rechtsbruch wieder stillschweigend dulden.

Bei mehreren vertraulichen Treffen teilte mir der langjährige Leiter der Waffen-Vorführgruppe von Heckler & Koch mit, auf welchem Weg Sturmgewehre des Typs G36 widerrechtlich in die vier verbotenen Unruheprovinzen Chihuahua, Chiapas, Guerrero und Jalisco in Mexiko gelangen konnten. Die H&K-Geschäftsleitung sei in den illegalen Waffendeal mit rund 8500 Kriegswaffen verwickelt. Nach umfassenden Vorrecherchen stellte ich über meinen Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer gegen neun namentlich genannte Beschäftigte – darunter Geschäftsführer – von H&K Strafanzeige wegen des Verdachts des „Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz, das Kriegswaffenkontroll-Gesetz sowie aller anderer in Betracht kommender Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften“.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart nahm mittlerweile zwei Hausdurchsuchungen vor. Aktuell habe ich meine Strafanzeige erweitert: gegen weitere Verfahrensbeteiligte wegen des Verdachts der ungemein liegenden Lieferungen von mindestens 883 Gewehren zuviel und einem möglichen illegalen Technologietransfer. Noch in diesem Jahr soll Anklage gegen Heckler & Koch erhoben werden.

Im Namen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ haben wir Sprecher im Februar 2014 zu-

dem Strafanzeige gestellt gegen den Ulmer Kleinwaffenproduzenten Carl Walther wegen des offensichtlich illegalen Exports von P-99-Pistolen ins Bürgerkriegsland Kolumbien. Dort wurden und werden Exekutionen mit P-99 vorgenommen.

Mehr als hundert Organisationen der Friedens- und Menschenrechts-, Globalisierungs- und Flüchtlingsbewegung, der evangelischen und katholischen Kirche sowie humanitäre Hilfswerke, wie „Brot für die Welt“ und „Misereor“, haben sich in der Aufschrei-Kampagne zusammengeschlossen. In Aktionen vor Werkstoren, bei Hauptversammlungen rüstungsexportierender Konzerne oder in Gesprächen mit führenden Politikern will das größte soziale Anti-Rüstungsexportbündnis aller Zeiten die Politik zur Umkehr bewegen: Rüstungskonversion, die Umstellung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Produktion ist das Ziel. Erste Schritte sind erreicht: In den beiden vergangenen Jahren sanken die deutschen Rüstungsausfuhren – ein Prozess, der unumkehrbar fortgesetzt werden muss.

Filmipp: <http://www.youtube.com/watch?v=sj-dbC6yCUw>

Wichtige Websites:
www.juergengraesslin.com,
www.aufschrei-waffenhandel.de,
www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärlInnen Daimler (KAD) in Stuttgart, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) in Freiburg und der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik. Zuletzt verfasste er das „Schwarzbuch Waffenhandel“. Grässlin wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem „Aachener Friedenspreis“.

www.juergengraesslin.com
www.aufschrei-waffenhandel.de
www.dfg-vk.de
www.kritischaktionaere.de
www.rib-ev.de



Jubel der Wehrmacht

Beispiel Griechenland

Während der deutschen Besatzung wurden 460 griechische Ortschaften völlig zerstört und etwa 60 000 Zivilpersonen, Frauen, Männer und Kinder umgebracht. 65 000 griechische Jüdinnen und Juden wurden deportiert und ermordet. In der Zeit der deutschen Besatzung wurde Griechenland systematisch ausgeraubt.

Alle beweglichen Wirtschaftsgüter wurden geplündert und ins Deutsche Reich abtransportiert: Chrom-Erz, Zink, Zinn, Kupfer, Bauxit, Mangan und Nickel. Alle wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Rosinen, Olivenöl, Baumwolle, Zucker, Reis und sämtliche Getreidevorräte wurden gestohlen.

Was wir Deutschen beim Rückzug nicht mitnehmen konnten oder brauchten, wurde gesprengt - Eisenbahnlinien, Kräne, schwere Maschinen, Hafenanlagen, Boote. Mindestens 100.000 Griechen verhungerten. 400.000 waren obdachlos. Epidemien grasten, jeder Dritte litt 1945 an Malaria, Typhus, Tuberkulose. 1945 taxierte die Regierung in Athen den Schaden auf 10 Milliarden Vorkriegsdollar - ohne Zinsen.

Noch vor Kriegsende hatte das NS-Regime eine Zwangsanleihe beim griechischen Staat kassiert: 476 Millionen Reichsmark. Das entspricht heute 6 Milliarden. Ohne Zinsen.

A Die Bergbaugemeinde Distomo in der Nähe von Delphi, dem antiken Mittelpunkt der europäischen Zivilisation, wurde heute vor 71 Jahren, am 10. Juni 1944, von Soldaten der Gebirgsgruppe Edelweiss geplündert und verwüstet. 218 Einwohner, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, wurden auf kaum beschreibliche Art ermordet. Die Bundesregierung antwortete 2008 auf Anfrage der Linkspartei: „Von einer verbrecherischen Geschichte der Gebirgsgruppen zu sprechen, ist historisch falsch.“

B „Es ist die größte soldatische Feier in Deutschland. Jedes Jahr Pfingsten gedenken tausende Wehrmachts-Veteranen und Bundeswehr-Soldaten im bayerischen Mittenwald gemeinsam der gefallenen Gebirgsjäger beider Weltkriege. Berühmungswürdigste gibt es dabei nicht: Kurz nach einer Abordnung der Bundeswehr, die den Kranz des Verteidigungsministeriums niedergelegt, traten die Vertreter einer österreichischen Krieger-Kameradschaft vor das Ehrenmal. Auf der Brust trugen sie Orden mit dem Hakenkreuz. Von den Anwesenden nahm daran niemand Anstoß.“

Streikrecht in Gefahr – Schüsse aus dem Hinterhalt

Es sind die bekannten Melodien, nach denen Unternehmerverbände, Politiker und Medien die ebenso alten Texte singen: Versucht eine Gewerkschaft ihren Forderungen durch Arbeitsverweigerung der Beschäftigten durchzusetzen, dann „droht“ der Streik, dann wird die Demokratie gefährdet, die Wirtschaft geschädigt, dann ist der Platz Deutschlands im Welthandel bedroht, Arbeitsplätze werden vernichtet, Bürgerinnen und Bürger werden in Geiselhaft genommen, die Pressefreiheit beschnitten – kein Schreckensbild ist zu absurd, um es nicht gegen die Gewerkschaften und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände kämpfenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Feld zu führen.

Aber jetzt ist dem verstaubten Waffenarsenal ein neues schlagkräftiges Argument hinzugefügt worden. Das Ifo-Institut hat herausgefunden: „Streiks im Nahverkehr belasten auch die Gesundheit.“ Die Forscher untersuchten 77 Streiks im Nahverkehr in den fünf größten Städten Deutschlands in den Jahren

2002 bis 20011. „Wir gehen davon aus, dass die in der Studie ermittelten Schäden für die Stadtbevölkerung die Kosten der bestreikten Unternehmen um ein Vielfaches übersteigen“, sagte Ifo-Experte Helmut Rainer. „In Diagnosestatistiken von Krankenhäusern erkennt man an Streiktagen eine Zunahme an Einweisungen mit Atemwegserkrankungen; vor allem kleine Kinder sind betroffen“, weil bei Streiks im Nahverkehr viele aufs Auto umsteigen, so die Forscher.

Nun ist die Sammlung dieser und weiterer Ergebnisse nicht etwa – was naheliegend wäre – als Appell an die Unternehmen gemeint, an den Verhandlungstischen sich gegenüber den Gewerkschaften kulant zu zeigen. Wer das vermuten würde, der liegt falsch. Es ist ganz im Gegenteil ein weiterer Versuch, Stimmung gegen Streiks zu machen, mehr noch: um das Streikrecht weiter einzuschränken.

Gewicht gewinnt die Ifo-Studie in dem Augenblick, in dem man dahinterkommt, wer diese Studie in Auftrag gegeben hat. Aus der Pressemitteilung des Ifo-Instituts

geht nicht hervor, dass es überhaupt einen Auftraggeber gegeben hat. Aber es gibt einen: „Das Forscherteam ermittelte im Auftrag der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung“ berichtet Dr. Frank Meik, Kurator der CFvW-Stiftung und Direktor Bereich Zukunft der Arbeit, auf der Internetseite der Stiftung. Und dieser Dr. Meik hebt als Ergebnis der Studie hervor: „Die Schlussfolgerung des Ifo-Instituts lautet: „Somit liegen externe Effekte des Streiks im Nahverkehr vor, die dazu führen, dass dessen Ausmaß aus ökonomischer Sicht zu hoch ist und deshalb einen Eingriff des Staates rechtfertigen kann.“

Die CFvW-Stiftung gibt sich mit diesen Ifo-Erkenntnissen nicht zufrieden. Sie hat einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Streikrechts bereits in der Tasche und präsentiert ihn auf ihrer Homepage. Die vorgeschlagenen Vorschriften laufen vorsichtig formuliert darauf hinzu, den Gewerkschaften im Bereich der Daseinsvorsorge das Streiken so zu erschweren, dass sie es besser erst gar nicht versuchen.

Damit liegt die CFvW-Stiftung schon ziemlich auf der gleichen Linie, die auch Arbeitgeberverbände verfolgen; so zum Beispiel der vbw – Die bayerische Wirtschaft. Dieser fordert nicht mehr und nicht weniger als das „Verbot des Arbeitskampfes in Betrieben der Daseinsvorsorge“, die Abschaffung von Warnstreiks und vieles mehr, was an die Substanz des Streikrechts geht.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind deshalb gut beraten, ihr Recht auf Arbeitsverweigerung, also auf Streik, zu verteidigen. Es ist schon genug beschnitten. Es sind die Tropfen aus dem Hause Nahles und Kampagnen wie die der CFvW-Stiftung, die es weiter aushöhlen.

Hermann Zoller

Quellen:
http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2014/Q4/press_20141212_streiks_sd24
http://www.cfvw.org/stiftung/images/stories/downloads/Newsletter_April13_web.pdf
<http://www.cfvw.org/stiftung/projektbereich-zukunft-der-arbeit>

PROTEST - Lexikon

Demonstration

Der Begriff Demonstration (aus dem Lateinischen abgeleitet demonstrare, „zeigen, hinweisen“) - Kurzwort Demo - bezeichnet eine Form der Meinungsäußerung als öffentlicher Hinweis auf Missstände durch eine größere Anzahl von Personen. Die Themen von Demonstrationen sind vielfältig: gegen Regierungspolitik, gegen Tierversuche, für Frieden, gegen Globalisierung, für mehr Umweltschutz, für oder gegen Straßenbau, gegen den Atommülltransport, gegen Studiengebühren, für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Aufmärsche von Rechtsextremen, gegen Ausländerfeindlichkeit etc.



Gerechtigkeit, Solidarität, Zivilcourage: Gewalt überwinden - Frieden schaffen

Diese sechs unten Plakate im Format DIN A 1 aus den Internationalen Plakatwettbewerben können gegen eine Schutzgebühr auf dem Stand der AnStifter erworben werden: Markt der Möglichkeiten, Zelt 8 - Stand E 16. In einem 112 Seiten starken Heft stellen wir außerdem 278 weitere Plakate zu diesen Themen vor. (ISBN 978-3-927340-96-1, 10 EU). Die AnStifter, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, www.die-anstifter.de



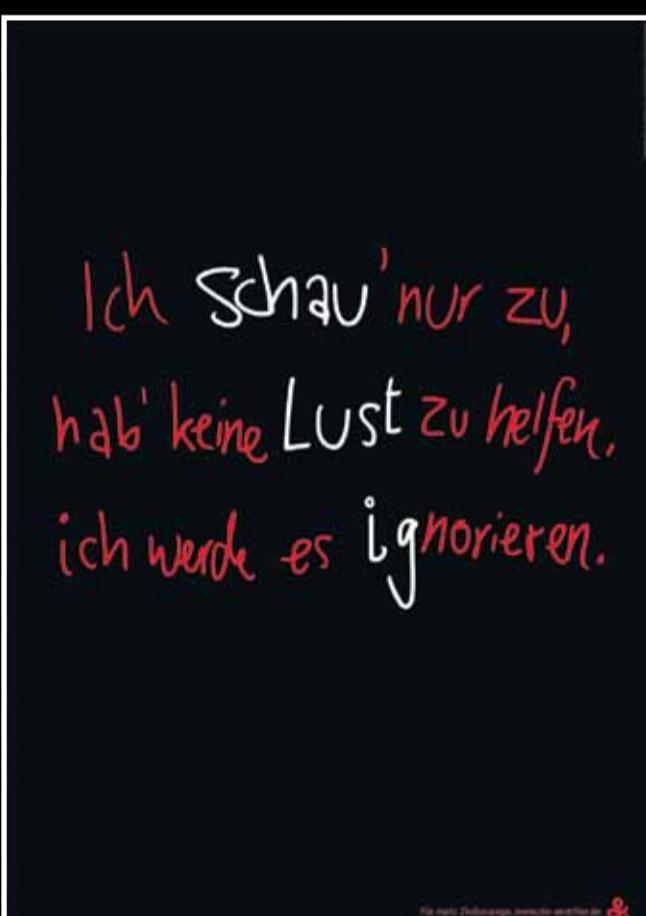
Entwurf: Christian Ristau



Entwurf: Tobias Kurpat



Entwurf: Anne Schäfer



Entwurf: Anna Kuper



Entwurf: Matthias Hüttner



Entwurf: Felix Barth

Wo haben die Griechen ihr Geld versteckt?

Ein verbales Unwetter nach dem anderen prasselt täglich aus den deutschen Medien auf „die“ Griechen nieder. Von Schäuble bis BILD wird auf die neue griechische Regierung eingedroschen. Ausnahmen bestätigen die Regel. In der Auslands presse wird überwiegend differenzierter und vor allem weniger einseitig berichtet. Hier soll nur auf die Frage eingegangen werden, was die griechischen Reichen mit ihrem Geld so machen. Einige Angaben dazu haben wir in der Schweizer Gewerkschaftszeitung „work“ gefunden: „Sieben von fünfzehn griechischen Milliardären leben in der Schweiz. Während ihr Land immer ärmer wird, werden sie immer reicher. Das soll sich jetzt ändern.“

Und weiter: „Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ zählte Ende des letzten Jahres fünfzehn griechische Milliardäre. Sieben von ihnen haben ihr Domizil in der Schweiz aufgeschlagen. Bekannt sind der Latsis-Clan, die Livanos in Gstaad BE und die Familie Angelopoulos, die in Genf residiert. Oder die Niarchos-Brüder, denen Hotels und Tummelpätze der Superreichen in St. Moritz gehören. Sie alle haben als Reeder (oder als deren direkte Erben) angefangen und mehren ihre Milliarden mittlerweile mit Banken, Immobilien, Hotels oder als Baulöwen.“

Spyridon Arvanitis von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich vermutet: „Das alte Geld ist zum grössten Teil unversteuert in die Schweiz gekommen.“ Um wie viel Schwarzgeld es sich insgesamt handelt, kann nur geschätzt werden. Seit 2010 bieten die Schweizer Medien eine Größenordnung von 35 bis 40 Milliarden Franken herum an. Eher unwahrscheinlich ist, dass dabei die über 2000 griechischen Schwarzgeldkonten bei der Genfer Privatbank HSBC schon mitgerechnet sind. Deren Unterlagen hatte der Informatiker Hervé Falciani 2008 an die französischen Behörden übergeben.

der „Sonntagszeitung“: „Die Regierung hat den Kampf gegen die Steuerhinterziehung zu einer ihrer Prioritäten erklärt. Wir werden Auslandüberweisungen in die Schweiz genau prüfen.“ Man wolle das Ausmaß der Hinterziehung und die Steuersünder herausfinden.

Alte Regierung und Brüssel verschmähten Hilfsangebot der Schweiz

Die schweizer Gewerkschaft Unia will Syriza dabei unterstützen. In einem offenen Brief an Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf verlangt sie, dafür zu sorgen, dass Griechenland in seiner Notlage möglichst rasch jene Steuern erhält, die auf den Schweizer Guthaben seiner Bürgerinnen und Bürger anfallen. Unia-Ökonom Beat Baumann bekräftigt: „Griechische Steuerflüchtlinge müssen zur Kasse gebeten werden.“ Anne Céard vom Sekretariat für internationale Finanzfragen im Finanzdepartement verweist darauf, dass Widmer-Schlumpf bereits im Februar letzten Jahres in Athen einen Vorschlag zur Regelung von steuerlichen Altlasten deponiert habe. Die damalige griechische Regierung und ihre Brüsseler Aufpasser hätten jedoch nicht reagiert.

„Das verwundert nicht wirklich“, meint „work“, denn: „Die abgewählte Regierung verschleppte selbst die Untersuchung der 2000 Schwarzgeldkonten bei der Bank HSBC. Dabei hatte sie die entsprechenden Kontodaten 2010 gratis geliefert bekommen – von der damaligen französischen Finanzministerin Christine Lagarde. Resultat: Die Namen von Angehörigen hochrangiger Politiker verschwanden wie von Zauberhand von der Liste, und ein Journalist, der das Material veröffentlicht hatte, wanderte ins Gefängnis.“

Im Fall dieser sogenannten Lagarde-Liste konnte sich Athen bisher darauf verlassen, dass auch die Schweiz weitere Untersuchungen gegen die Steuerflüchter verhindern würde. Jeannette Balmer, die Mediensprecherin der Bundesanwaltschaft, begründet die Untätigkeit ihrer Behörde gegenüber „work“ so: Man befasse sich nicht mit den Daten, weil sie gestohlen worden seien. Sie auszuwerten sei deshalb rechtlich nicht zulässig.

Gigantische Umverteilung

Der reichste unter den superreichen Griechen in der Schweiz ist Spiro Latsis. Ihm und seinem Clan werden aktuell 11,3 Milliarden Dollar zugeschrieben, berichtet „work“. Ende 2011 hatte „Forbes“ ihn mit „lediglich“ 4,8 Milliarden bewertet. In drei Jahren massivster Griechenlandkrise hat sich sein Vermögen mehr als verdoppelt. Zum guten Teil ist das die Folge der „Hilfen“ aus Brüssel. Denn die Griechenlandretter haben der Latsis-Bank EFG in der Zwischenzeit 4,5 Milliarden Euro zukommen lassen. „Auch dieses Sämmchen muss sich die griechische Bevölkerung jetzt vom Mund absparen. Im wahrsten Sinne des Wortes“, kommentiert „work“. Und kritisiert: „Das ist der eigentliche Kern der Politik der EU unter Führung Deutschlands: eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Griechenland. Der Wirtschaftsjournalist Werner Vontobel erklärt das Prinzip der von der EU erzwungenen Sparprogramme und „Strukturreformen“ so: Es gehe um Lohnrückläufe, die bei gleichbleibenden oder höheren Preisen den Unternehmen astronomische Gewinnmargen eröffnet habe. Er spricht deshalb von einem „Raubzug“, bei dem die EU gleichsam Schmiere gestanden“ habe. Dem sei hinzuzufügen: „ein Raubzug, von dem die Schweizer Banken profitieren“.

Die Lagarde-Liste

Der neue griechische Regierungschef Alexis Tsipras will die Steuerflucht in die Schweiz nun stoppen. Das erklärte Syriza-Fraktionschef Nikos Filis gegenüber

Hermann Zoller

Regenwald am Amazonas: Die Schöpfung leidet

„Der Tod des Waldes ist das Ende unseres Lebens“. Das sagte die katholische Ordensschwester Dorothy Stang, bevor sie vor 10 Jahren von bezahlten Auftragsmörder im Regenwald Amazoniens umgebracht wurde. Ihr Leben war geprägt vom Engagement für die Erhaltung des Regenwaldes am Amazonas. Es ging ihr um den Wald und um die Menschen und Tiere, die in ihm leben.

Amazonien beherbergt den größten, noch zusammenhängenden Regenwald der Erde. Eine unglaublich hohe Artenvielfalt, das riesige Flusssystem des Amazonas, Indigene in ihren Reservaten, Flussbewohner, Kleinbauern und Nachfahren der Sklaven... alle Gruppen finden sich in dieser Erdregion, die fast so groß ist wie Europa.

Über 20 % dieses Regenwaldes sind unwiederbringlich zerstört. Und es geht weiter. Das große Geld lockt. Nachdem riesige Flächen abgeholt wurden und das Tropenholz in alle Welt verkauft wurde, kamen die Rinderweiden, um Brasilien und die Welt mit Rindfleisch zu versorgen. In den letzten Jahren kamen dann die Sojafelder um den scheinbar unbegrenzten Bedarf an Tierfutter weltweit zu befriedigen. Jetzt kommt der Energiehunger zur Aluminiumproduktion dazu und die dafür geplanten und gebauten Staudämme und Stauteile, größer als der Bodensee, zerstören den Regenwald und vertreiben Menschen und Tiere. Es ist ein ökologisches und soziales Desaster in einem Land, in dem Korruption alltäglich ist und es fast keine Politiker und Wirtschaftsleute gibt, die nicht im Netz der Korruption gefangen sind und absahnen, wo es nur geht.

Wachstum, Wachstum ist die Devise. Während die Exporte und die Renditen für



Gesundheit

die Energieunternehmen, Soja-Barone, Holzhändler und Aluminiumproduzenten wachsen, stirbt der Wald, der so wichtig ist für das Klima, das Wasser, die Menschen und die Tiere. Und wir im Norden der Welt sind mitverantwortlich an der Zerstörung. Tropenholz- und Rindfleischexport, Sojafutter für unsere Tiere, Agro-Treibstoffe von Soja und Zuckerrohr für unsere Autos - wir plündern die Umwelt, um unseren Konsum zu befriedigen.

Wir reden am Sonntag von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und schauen zu, wie am Montag die Kettenägen von Stihl die Bäume umlegen, die Voith-Turbinen dabei sind, wenn Stauteile Land der Indigenen und Fischer überfluten, Daimler für den Bau des drittgrößten Wasserkraftwerkes der Welt – Belo Monte- hunderte von LKWs liefert und die Pistolen von Heckler und Koch auch auf Umweltschützer, Kirchenleute und Gewerkschafter gerichtet werden, die die Natur schützen. Über 30 000 Menschen werden allein für das Belo-Monte-Projekt zwangsumgesiedelt, ein Flussabschnitt trockengelegt und der Lebensraum von Indigenen zerstört. Und Betriebe im Musterland Baden-Württemberg verdienen sich dabei noch eine goldene Nase.

Und was machen die Kirchen?

Die evangelisch-lutherischen Kirchen spielen in Brasilien fast keine Rolle und beschränken sich in aller Regel auf kommunale Aktionen im Sozial- u. Umweltbereich.



Solar

Den sogenannten Pfingskirchen, den Evangelikalen, geht es in erster Linie ums Geld. Die oft hoffnungslose Lage und die menschenunwürdigen Lebensbedingungen vieler BrasilianerInnen erfordern sozusagen eine Religion des Überlebens. So fallen immer mehr Menschen jeder Botschaft anheim, die Arbeitslosigkeit, Krankheit und Krisen in der Familie als „Gaben“ der Dämonen predigt! Die Natur und eine intakte Umwelt spielen für diese Kirchen keine, und wenn, dann eher eine Nebenrolle. Nach aktuellen Schätzungen sind heute über 20 % der Brasilianer, das sind 40 Millionen, Sympathisanten dieser Kirchen. Auch im Parlament gewinnen die Evangelikalen immer mehr Einfluss und auch da wird der Regenwald eher als Region des Profits betrachtet und weniger als das artenreichste und schützenswerteste Gebiet der Erde.

Doch es gilt nicht zu resignieren, sondern aufzustehen und mitzumachen beim Protest gegen diese Entwicklungen.

Vom Lamentieren zum konkreten Handeln

Ermutigend sind Menschen wie Bischof Dom Erwin Kräutler und viele, meist katholische Kirchenleute, die sich eindeutig auf die Seite der „Schwachen“ und der Natur stellen und dafür nicht selten bedroht und ermordet werden. Sie sagen sehr deutlich, dass der korrupte Staat im Verein mit den Großgrundbesitzern, den Sojabaronen und den Bergbaufirmen dabei ist, den Regenwald am Amazonas



weiter gnadenlos auszubeuten. Sie sagen Nein dazu, nennen die Täter beim Namen und leisten Widerstand.

Widerstand kommt aber auch von vielen NGOs, von Indigenen, von Landlosen, vielen engagierten und mutigen Menschen und auch von Organisationen und Gruppen hierzulande, die sich besser zu vernetzen, neue Protestformen praktizieren und immer wieder auf unsere Mitverantwortung hinweisen.

Dazu gehört auch der Stuttgarter Verein „POEMA e.V. – Armut und Umwelt in Amazonien“. Der Verein unterstützt besonders Menschen und Gruppen in Amazonien, die den Wald schützen und

dadurch immer wieder in Konflikt geraten mit Holzhändlern, Großgrundbesitzern und Bergbaufirmen. Dazu gehören indigene Völker wie die Wajapi und Kaa-por. Dazu gehören Gruppen wie Xingu-Vivo, die für eine andere Energieversorgung sind und gegen Mega-Staudämme im Amazonasgebiet kämpfen. Dazu gehören Personen wie Bischof Kräutler, Antonia Melo und Laisa Santos Sampaia, die, obwohl immer wieder bedroht, standhaft bleiben und laut sagen, was ist.



Wasser

Dazu gehören auch Familien, die anfangen zerstörte Flächen wieder aufzuforschen. POEMA unterstützt auch Initiativen hierzulande wie z.B. den Filmemacher Martin Kessler, der mit seinen Filmen auf die Zustände in Amazonien hinweist und zeigt, wie z.B. eine andere Energiepolitik aussehen könnte. Die DVDs sind u.a. über POEMA erhältlich.

Unterstützen Sie POEMA bei dieser Arbeit. Nehmen Sie Kontakt auf und organisieren Sie vor Ort Veranstaltungen zum Thema Regenwald mit all seinen Facetten. Besonders in Schulen gilt es, dafür ein Bewusstsein zu schaffen und zu zeigen was wir tun können, um die Regenwälder nicht weiter zu zerstören und immer wieder der Frage nachzugehen, was unser Konsumverhalten mit der Zerstörung der Regenwälder zu tun hat. Gerne vermitteln wir auch Kontakte zu anderen Gruppen in Deutschland, die sich für die Regenwälder einsetzen.

Ohne eine gerechte Land- und Vermögensverteilung, ohne Achtung vor der Natur und ohne Beachtung der Menschenrechte wird und kann es keinen Frieden auf der Welt geben. Auch nicht in Amazonien.

Gerd Rathgeb

Vorsitzender von
POEMA e.V.
Stuttgart und
ehem. Betriebsrat
von Daimler

Kontakt,
Spendenkonto
und weitere Infos
unter:
www.poema-deutschland.de



Gen Technik Frei

Frieden
Mit brennender Geduld
für das Menschenrecht
auf Frieden

Der „Verein Gentechnikfreie Landkreise LB/Rems-Murr e.V.“ mit Sitz in Erdmannshausen setzt sich seit seiner Gründung vor fünf Jahren für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. In vielen Aktionen wie z.B. Podiumsdiskussionen mit Agrarexperten und Wissenschaftlern wie der Glyphosat-Expertin Prof. Dr. Monika Krüger, Filmen des Denkmalfilm-Regisseurs Bertram Verhaag und Demonstrationen gegen die geplanten Freihandelsabkommen rütteln wir die Öffentlichkeit auf, stützen zu Aktionen und einer Änderung unseres Konsumverhaltens hin zu einem gesunden Lebensstil an. Dabei arbeiten wir gerne mit dem landesweiten Aktionsbündnis Gentechnikfreie Regionen Ba-Wü, den Stuttgarter AnStiftern, StuttgartOpenFair und dem Stuttgarter Welthaus zusammen. Wer mehr über uns wissen will, kann sich auf unserer Homepage www.gentechnikfrei21.de informieren. Eine Mitgliedschaft bei uns im Verein kann der erste Schritt in eine gentechnikfreie Lebensphase sein.

Unser PROTEST in diesem Jahr richtet sich mit vielen anderen gegen die geplanten Abkommen wie TTIP und CETA: Wer TTIP sät „wird Genfood ernten. TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership – würde u.a. bedeuten, keine Kennzeichnungspflicht mehr für viele Lebensmittel (z.B. Hormonfleisch oder gentechnisch veränderte Produkte). Die Jahrzehntelang von den europäischen Verbraucherinnen erkämpften Rechte würden somit ausgehebelt, lokale und regionale Anbau- und Verkaufsstrategien (etwa regional und fair) verbannt, weniger Arbeitsschutz für alle, keine Transparenz über Anbaumethoden und Produktionsbedingungen von Lebensmitteln und Konsumgütern, Sonderrechte für Konzerne durch private Schiedsgerichte – und so weiter. **Wir aber wissen: Eine andere Welt ist möglich!**

Ludwigsburg
Rems-Murr
Gentechnikfrei

www.gentechnikfrei21.de



Gesellschaft
Kultur
des Friedens
Henning Zierock
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen
T +49.7071-52200, F +49.7071-24905
info@kulturdesfriedens.de
<http://www.culture-of-peace.de/>
siehe auch: www.kultur-des-friedens.de/



Protest mit Robin Wood

Atomtransporte stoppen!

Der Hamburger Hafen ist die Drehzscheibe für internationale Atomtransporte. ROBIN WOOD will die weltweit viertgrößte Container-Linien-Reederei Hapag-Lloyd zum Ausstieg aus dem Atomgeschäft bewegen. Der politische Druck auf das Unternehmen wächst – neuerdings auch von Seiten des Hamburger Senats. Unter dem Eindruck der Anti-Atom-Proteste hat die frisch gebildete Regierungskoalition von SPD und Grünen vereinbart, mehr für einen Hafen ohne Atomtransporte zu tun. Rot-Grün setzt dabei allerdings auf freiwillige Verzichtserklärungen von Hapag-Lloyd und anderen relevanten Hafenbetrieben. ROBIN WOOD war nach Protest-Aktionen im Februar zu einem Gespräch bei der Reederei.

„Mein Feld ist die Welt“ prangt in der Eingangshalle des wuchtigen Firmensitzes der Reederei Hapag-Lloyd an der Hamburger Alster. Ballindamm 25 – eine erste Adresse in Hamburg, das Hotel „Vier Jahreszeiten“ liegt in Sichtweite, das Rathaus ist gleich um die Ecke. Der Straßennamen erinnert an Albert Ballin, den Hamburger Generaldirektor von HAPAG aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs. Die Drehtür am Eingang klemmt nicht, sie muss erst von der Pförtnerin am Empfang frei gegeben werden. Sie schaut beunruhigt, wer da ins Haus will. Doch das lässt sich schnell aufklären. Die ROBIN WOOD-BesucherInnen haben einen Termin. Vorbei an Glasvitrinen mit Schiffsmodellen gelangen sie in den Besprechungsraum im ersten Stock.

Hapag-Lloyd hat sich zu diesem Gespräch bereit erklärt, nachdem am 7. Februar 2015 – kurz vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen – Aktive von ROBIN WOOD und Anti-Atom-Initiativen in zehn Städten gegen Atomtransporte durch die Reederei demonstriert hatten. Hapag-Lloyd-Containerschiffe transportieren radioaktive Gefahrstoffe, die für die Herstellung von Brennelementen von Atomkraftwerken verwendet werden. Die Bevölkerung erfährt über diese Transporte in der Regel nichts.

duzieren, für den es kein Endlager gibt.

Hapag-Lloyd-Schiffe bringen Uranhexafluorid (UF6) im Linienbetrieb von Kanada nach Deutschland. Gerät UF6 in Verbindung mit Luftfeuchtigkeit, entsteht giftige und ätzende Flusssäure – mit tödlichen Folgen für die Menschen in der Umgebung. Wie gefährlich Atomtransporte sind, machte am 1. Mai 2013 ein Großbrand des Atomfrachters Atlantic Cartier im Hamburger Hafen deutlich. Der Frachter hatte Uranhexafluorid und Brennelemente an Bord, obendrein noch Munition und Ethanol. Der Brand konnte erst nach rund 16 Stunden unter Kontrolle gebracht werden. Hamburg schrammte knapp an einer Katastrophe vorbei.

Raus aus dem Geschäft mit Atomtransporten!

Bei Hapag-Lloyd steht die Hansestadt besonders in der Pflicht, weil sie mit rund 23 Prozent an dem Unternehmen beteiligt ist. Bislang hatte die Hamburger SPD dennoch keinerlei Initiative gezeigt, Atomtransporte zu unterbinden. Doch im Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Regierung, der Mitte April dieses Jahres geschlossen wurde, taucht ein Passus zu Atomtransporten auf. SPD und Grüne wollen darauf hinwirken, dass „relevante“ Hafenunternehmen freiwillig auf den Transport und Umschlag von radioaktiven Stoffen „aus Zwecken oder für Zwecke als Kernbrennstoff“ verzichten. ROBIN WOOD will eine Sperrung der Häfen für sämtliche Atomtransporte erreichen.

Öffentlicher Druck ist jetzt erst recht nötig! ROBIN WOOD setzt daher gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen die Kampagne „Atomtransporte durch Hamburg stoppen!“ fort. Ziel der Kampagne ist die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und eine Sperrung des Hamburger Hafens für alle Atomtransporte – damit für die Atomlobby das „Tor zur Welt“ endlich dicht gemacht wird.

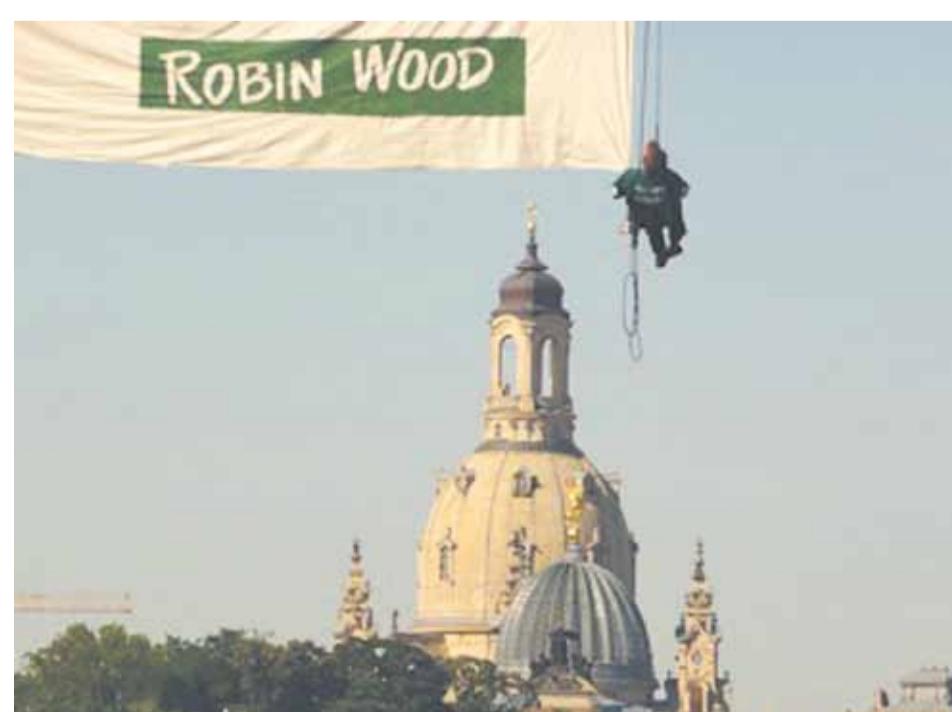
ROBIN WOOD

Ute Bertrand

ROBIN WOOD-Pressesprecherin,
ute.bertrand@robinwood.de
Tel.: 040 380 89222

Mit einem Infostand wird ROBIN WOOD vom 4. bis 6. Juni auf dem Kirchentag vertreten sein. Dazu gärt's Infos über Umweltschutz und Möglichkeiten zum Engagement. Schwerpunktthema werden die gefährlichen Atomtransporte sein, die quer durch die Republik gefahren werden. Auch Mitmachangebote laden dort auf dem Freigelände die interessierten Gäste ein.

Weitere Infos: ROBIN WOOD
Tel. 0421-598288, www.robinwood.de



Aufgedeckt!

Raubbauholz bei GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC

Ein Marktcheck von ROBIN WOOD belegt: Die METRO Gruppe verkaufte in ihren Geschäften (GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC) entgegen einer früheren Selbstverpflichtung Raubbauholz-Produkte von gefährdeten Tropenhölzern. Mit einer Kletteraktion und einer Pressekampagne hat ROBIN WOOD dies öffentlich gemacht und die METRO-Gruppe an den Verhandlungstisch gezwungen.

Es hatte gerade aufgehört zu regnen, als an im fünften Stock des Kaufhof-Gebäudes die Fenster aufgingen und zwei mit dicken Rucksäcken beladene

ROBIN WOOD-AktivistInnen begannen, sich an der Fassade abzuseilen. Es erforderte 30 Minuten harter Arbeit, bis endlich das große Banner mit der Aufschrift: „Schluss mit Raubbauholz bei GALERIA Kaufhof“ entrollt war. Viele PassantInnen blieben stehen und ließen sich darüber informieren, in welchen Kaufhof-Produkten ROBIN WOOD Raubbauholz aus den afrikanischen Tropen aufgespürt hatte.

In den Wochen vor der Aktion hatten wir auf der Suche nach illegalen Tropenhölzern bei GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC, alles Geschäfte der METRO-Gruppe, verschiedene



Tischtennisschläger mit dem Namen Donic Schildkröt sowie Küchengeräte des Haushaltwarenherstellers Fackelmann.

Kein einziger dieser Hersteller konnte lückenlos und schlüssig nachweisen, dass sein Holz aus legalem Holzeinschlag stammte. Der Raubbau der Wälder ist eines der drängendsten globalen Umweltprobleme. Noch immer werden etwa 30 Prozent des weltweit gehandelten Holzes illegal geschlagen, in manchen Regionen bis zu 90 Prozent. Die letzten Primärwälder dieser Erde schrumpfen in dramatischem Tempo: mit katastrophalen Auswirkungen auf die Biodiversität und unser Klima. Neben der Natur leidet vor allem die lokale Bevölkerung, darunter indigene Völker wie zum Beispiel die Baka-Pygmaen



holzhaltige Produkte eingekauft und von einem Experten des Thünen-Instituts begutachteten lassen. In fast allen für uns verdächtig aussehenden Produkten wurde Tropenholz gefunden. Die Hölzer stammen allesamt von Baumarten aus dem tropischen Afrika – einer krisenreichen Region, in der nach Schätzungen von Interpol zwischen 50 und 90 Prozent der Holzernte illegal geschlagen wird. Die von uns gefundenen Holzarten stammen darüber hinaus alle von durch Übernutzung gefährdeten Baumarten und stehen bis auf eine Ausnahme auf der Roten Liste. Zu den von uns aufgespürten Produkten zählten Messer, Brettchen und Fonduetöpfe der Firma Boska, Schachspiele der Firma Philos, eine Pfeffermühle von WMF,

im Kongobecken, die sich durch Jagen, Sammeln oder Holznutzung vom Wald ernähren. Für sie sind die Wälder von erheblicher kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Menschen werden von ihrem Land vertrieben, ungeachtet internationaler Gesetze und Abkommen, die die Stammesgebiete eigentlich schützen sollen. Auf der anderen Seite lässt der illegale Holzeinschlag die betroffenen Länder finanziell ausbluten. Während die Gewinne aus den illegalen Geschäften nur einigen wenigen Nutznießern zugute kommen, müssen die negativen Folgen von der gesamten Bevölkerung getragen werden.

Solange wir keinen ausreichenden Gesetzesrahmen haben und der Einzelhandel seine Kontrollfunktion nicht erfüllt, bleibt den VerbraucherInnen, die Raubbauholz vermeiden wollen, nur die Möglichkeit auf FSC-zertifizierte Holz- und Papierprodukte, möglichst von einheimischen Baumarten auszuweichen. Erkennen und damit vermeiden können siebrisantes Holz beim Einkauf nach wie vor nicht. Wir fordern daher, dass Holzart und Herkunft auf dem Produkt ausgewiesen werden müssen.

ROBIN WOOD

Tina Lutz, Hamburg
tropenwald@robinwood.de

„Warum lassen wir uns Tropenwald auf's Brot schmieren?“ Er findet 16.30 - 18 Uhr im Themenzel 2 statt. Weitere Infos: ROBIN WOOD Tel. 0421-598288, www.robinwood.de

Mist rein!

Brief eines Landwirts aus dem schwäbischen Kirchberg/Murr an die Kirchentagsbesucher

Denke ich an die evangelische Kirche und an den Kirchentag, dann fällt mir der Spruch eines Bauern ein, den er zum Pfarrer seines Dorfes sagte, als der in seinem Garten betend vor seinem mickrigen Kartoffelbeet stand: „Herr Pfarrer, bei Ihnen Kartoffeln hilft das Beten alleine nicht, da muss Mist rein!“ Auf unsere heutigen Probleme übertragen hilft es nicht, nur zu beten, wenn Flüchtlinge aus Afrika bei der Fahrt übers Mittelmeer ihr Leben riskieren. Es ist an der Zeit, den Menschen vor Ort faire Preise für ihre Produkte zu bezahlen. Wir werden durch Beten alleine nicht erreichen, dass die Närerinnen in Bangladesch mehr Lohn für ihre Arbeit bekommen. Durch Beten alleine werden wir nicht erreichen, dass die reichen Nationen die ärmeren Nationen des Südens nicht mehr ausbeuten, indem sie viel zu wenig für deren Rohstoffe bezahlen. Wenn wir Nahrungsmittel aus ärmeren Ländern zu Billigpreisen kaufen können, ohne dass die Armen genug zum Überleben haben – wie kann da beten helfen? Man wird mit Beten alleine nicht erreichen, dass die Regenwälder Südamerikas nicht für immer vernichtet werden, nur damit wir billiges Soja-Futtermittel importieren können. Es reicht nicht aus zu beten, damit die CO2-Emissionen gesenkt werden. Mit Beten alleine werden wir es auch nicht schaffen, den Agrogentechnik- und Saatgutkonzerne wie Monsanto, BAYER, Syngenta Widerstand entgegenzusetzen. Es wird mehr nötig sein als beten, um unsere landwirtschaftlich genutzten Böden und uns Menschen vor Glyphosat und anderen krebserzeugenden Umweltgiften zu schützen. Beten allein reicht auch nicht aus, wollen wir die qualende Massentierhaltung aus der Welt schaffen. Beten alleine hilft ganz bestimmt nicht, um die USA und Deutschland als weltgrößte Waffenexporteure in die Schranken zu weisen. Ich frage mich auch, kann beten helfen, unsere Ozeane vor Plastikmüll zu retten? „Es gibt nichts Gutes außer man tut es.“ (Erich Kästner) Dafür benötigen wir Frauen und Männer, die die oben aufgeführten Missstände beim Namen nennen und sich mit Mut und Tatkräft dagegen stellen, neue, faire Wege aufzeigen und als Vorbilder auch selbst beschreiben. Um diese Wege konsequent zu gehen, kann beten bestimmt nicht schaden!!!

Robert Trautwein
Landwirt aus Kirchberg

„Zu tun, was man will und zu wollen, was man tut, ist das Schwierigste, was es gibt.“ Prof. Jean Ziegler (80), früher Sonderberichterstatter der UNO für das Menschenrecht auf Nahrung

Metaphorische Geschichten



für die pädagogische Praxis
OLZOG Verlag, ISBN 3-7892-1752-2, EUR 12,90
Der praktische Sammelband mit 37 metaphorischen Geschichten für Kita, Unterricht und Beratung!

Flüchtlingsgespräche

Flüchtlingsgespräche (I)

Lüge über den »Asylbetrug«

[www.esPRESSo-Blog.eu:](http://www.esPRESSo-Blog.eu)

»Der Asylantrag einer jüdischen Familie aus Nazi-Deutschland hätte vor 1938 gestellt im heutigen Deutschland keine Chance auf Anerkennung«, so Rechtsanwalt Ullrich Hahn, Mitglied der Rechtsberaterkonferenz des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland. Das Grundrecht »Politisch Verfolgte genießen Asyl« wurde seit 1993 erheblich eingeschränkt und diese Einschränkungen von Behörden und der Verwaltungsjustiz systematisch zu Ungunsten von Asylsuchenden ausgelegt. Die Aussage des in Asylverfahren und der Flüchtlingsberatung erfahrenen Juristen ist ernüchternd und zeigt, wie sehr das einstige Grundrecht auf Asyl mittlerweile ausgeweitet wurde.

»Diese Zigeuner sind Tiere, benehmen sich wie Tiere... aus seinem tierischen Schädel dringen meistens unartikulierte Töne, und das einzige, was er bezüglich dieser elenden Welt versteht, das ist die Gewalt...«, drohte nicht etwa Joseph Goebbels, sondern Zsolt Bayer, enger Berater und Freund von Staatspräsident Victor Orban, in der ungarischen Tageszeitung »Magyar Hírlap« (Ungarisches Journal). Ein Rom, der vor einem solchen Klima oder Mehrfachdiskriminierungen bis hin zu offenen Pogromen in Ungarn nach Deutschland flieht, kann seit dem »Asylkompromiss« 1993 kein Asyl mehr beantragen. Der Zusatz zum Grundgesetz (Artikel 16a) unterstellt, es könne gar keine berechtigten Fluchtgründe aus Staaten der Europäischen Union geben. Ebenso schränkt die Grundgesetzänderung das Grundrecht auf Asyl für Flüchtlinge aus so genannten »sicheren Herkunftsstaaten« erheblich ein. Diese Regelung wird dank einer großen »Schwarz-Grünen-Roten«-Koalition aus Bundestag und Bundesrat seit Herbst 2014 auf Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina angewendet.

Der Kosovo, Montenegro und Albanien sollen nun folgen, warnt die unabhängige Menschenrechtsorganisation »Pro Asyl«. Eine Katastrophe für Roma aus diesen Staaten. Einheitlich bescheinigen ihnen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International Mehrfachdiskriminierungen. »Keine Verfolgung« urteilen dennoch gleichmäßig das Auswärtige Amt, die Entscheider der Asylverfahren vom Bundesamt für Migration und die überprüfenden Verwaltungsgerichte.

Auch bei der Entscheidung über individuelle Asylgründe, der so genannten Einzelfallprüfung, liegen die Anerkennungsquoten für Roma bei unter 1%. Die als »offensichtlich unbegründet« abgelehnten Asylanträge umfassen körperliche Übergriffe mit stationärer Aufnahme in Krankenhäusern über Zwangsprostitution bis hin zur Scheinexekution.

Entscheider über Asylverfahren beim Bundesamt und Verwaltungsgerichte begründen ihre Ablehnung der Asylanträge in systematischer Regelmäßigkeit mit angeblichen Widersprüchen in den Aussagen der Geflüchteten oder ihrer Unglaublichkeit. »Zu gut Deutsch«: Der »Zigeuner« lägt. Wenige Ausnahmen einzelner Kammer der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Münster und Stuttgart sehen das Grundrecht auf Asyl durch die Anwendung der »Sicheren Herkunftsstaaten«-Regelung auf die Balkan-Länder im Grundsatz verletzt oder anerkennen auch die Mehrfachdiskriminierungen als »Verfolgung« im Sinne des Asylrechts.

Diese Juristinnen und Juristen liegen aber nicht im Mainstream politischer Meinungsmache. Zunächst wurde von politisch daran interessierten Kreisen eine

Diskussion über »Armutsfüchtlinge« und »Einwanderung in die Sozialsysteme« inszeniert. Armut ist jedoch nicht die Ursache für Flucht, sondern Folge von Mehrfachdiskriminierungen. Wer keinen Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Versorgung hat und systematisch ausgeschlossen, diskriminiert und verfolgt wird, ist eben auch bitterarm. Aufbauend auf der Lüge des »Asylbetrugs« durch Roma-Flüchtlinge sind die jüngsten Tendenzen öffentlicher Meinungsbildung, nun Flüchtlinge in »gut« und »schlecht« einzuteilen. Gute Syrer und böse Roma.

Durch eine konsequente europäische Abschottungspolitik nimmt Deutschland gemessen an der Gesamtzahl kaum syrische Flüchtlinge auf. Wer nicht im Mittelmeer erstickt ist und sich irgendwie nach Deutschland durchschlagen konnte oder zu den wenigen Kontingentflüchtlingen aus Syrien gehört, dem soll nun nicht auch noch der Platz in einem deutschen Flüchtlingslager von einem Roma streitig gemacht werden.

Roma bilden die einzige Opfergruppe des Nationalsozialismus, die heute in vielen Ländern Europas wieder zunehmend Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind. Im grün-roten Baden-Württemberg werden sie dennoch wie am Fließband abgeschoben. Zuletzt per Sammelabschiebeflug am 24. März 2015 ab Baden-Airpark, dessen Aufsichtsratsvorsitzender der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann ist. Genau zum Jahrestag, an dem 1944 die Sinti und Roma aus Baden-Württemberg im wenige Kilometer entfernten Offenburger Bahnhof gesammelt und nach Auschwitz deportiert wurden.

Jürgen Weber, April 2015
Jürgen Weber, www.espresso-blog.eu



Gegendemonstranten schämen sich für die „Islamophobie“ Pegida fremd und propagieren alternative Werte und Tugenden, die den Deutschen viel besser ständen.

Drei Fragen wirft diese immer wieder aufflammende patriotische Erregung auf:

Wie kommen deutsche Bürgerinnen oder Bürger, die mit einigem zurechtkommen und manches Unerfreuliche schlucken müssen, also unzufrieden mit ihren Lebensumständen und ihrer Zukunft sind, auf die Diagnose, all dies liege daran, dass sich zu viele Fremde in Deutschland tummeln? Wieso kommen sie eigentlich darauf, die Politik lasse es – in Sachen Asyl- und Ausländerfragen, aber nicht nur da – an entschiedenem Durchgreifen fehlen? Warum vermissen sie einen starken Staat und werden ausgerechnet darüber rebellisch gegen die Regierenden?

Warum verurteilen die Politiker den Protest der Pegida und grenzen ihn aus, haben aber zugleich für dessen Anliegen Verständnis und entnehmen ihm entsprechend dringlichen Handlungsbedarf in Sachen Ausländerpolitik?

Was ist von einer Kritik zu halten, die Pegida alternative Werte und Pflichten entgegenhält, die sich für gute Deutsche viel besser zielen würden? Geht es eigentlich in Ordnung, wenn man als Repräsentant eines vorgestellten besseren Deutschlands demonstrativ für die Werte eines Gemeinwesens eintritt, das mit all seinen politischen Berechnungen und Maßnahmen sowie den gültigen ökonomischen Interessen dem Bild einer guten, für alle wohnlichen Heimat laufend Hohn spricht?

Oskar Simmler (eingesandt)



Flüchtlingsgespräche (II)

Böse und gute Patrioten im Clinch

Argumente gegen PEGIDA

In null Komma nichts lassen sich Zehntausende „Patriotischer Europäer“ gegen die Islamisierung des Abendlandes“ mobilisieren, um sich zur christlichen Leitkultur zu bekennen und die Ausbreitung der falschen Religion oder die Machtkontrolle der Imame und Scharia-Gerichte abzuwehren. Das scheucht die politischen Parteien auf. Die machen sich Sorgen, wie sie ihre rebellierende Wählerschaft wieder einfangen können. Journalisten verweisen auf die soziale Lage als Ursprung der Unzufriedenheit, wenn sie von „sozialen Bedrohungssängen der Modernisierungsverlierer“ schreiben. Und die

Flüchtlingsgespräche (III)

Johann Wolfgang von Goethe Faust

Der Tragödie zweiter Teil
(Anmutige Gegend)

„... Gerechtigkeit! –
Was alle Menschen lieben,
Was alle fordern, wünschen,
schwer entbehren,
Es liegt an ihm,
dem Volk es zu gewähren.
Doch ach!
Was hilft dem Menschengeist Verstand,
Dem Herzen Güte, Willigkeit der Hand,
Wenn's fiebert
durchaus im Staate wütet
Und über sich in übeln überbrütet?
Wer schaut hinab
von diesem hohen Raum
Ins weite Reich,
ihm scheint's ein schwerer Traum,
Wo Mißgestalt in Mißgestalten schaltet,
Das Ungesetz gesetzlich überwaltet
Und eine Welt des Irrtums sich entfaltet...“

Kosmopolis – ein Zufluchtshaus für Flüchtlinge?

Ein exponierter Platz für Flüchtlinge mitten im neuen Zentrum für Migration am Stuttgarter Charlottenplatz, eine überzeugende Begrüßungskultur der für ausländische Flüchtlinge: Das wünsche ich mir. In einem Gespräch hat uns das Oberbürgermeister Fritz Kuhn zugesagt. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Stuttgart zeichnet sich durch architektonisch herausragende Gebäude wie die Staatsgalerie oder die Weissenhofsiedlung aus. Die Flüchtlingsunterkünfte fallen dagegen ab. Wie Stiefmütterchen liegen sie meist im Schatten, sind umzäunte Fertigbauten an der Peripherie, heruntergekommene Objekte wie das ehemalige Gesundheitsamt in der Schickhardtstraße im Süden oder ein ausrangiertes Krankenhaus in der Tunzhoferstraße im Norden.

Wie wäre es denn mit einer „Vorzeugeunterkunft“, in der die Stadt ihre interkulturellen Visionen kosmopolitisch mit einem genialen Wurf umsetzt? Es gibt kein Gebäude im Zentrum, das Wärme, Geborgenheit und Weltläufigkeit für die Asylsuchenden aus aller Herren Länder ausstrahlt. Der AK ASYL hat vorgeschlagen, anstatt der fantasievollen Interimsbauten und Baracken (überall im Lande) nach der Konzeption eines Mehr-Generationenhauses so eine „Vorführ-Unterkunft für Flüchtlinge“ zu planen und umzusetzen, als Modell auch für andere Orte, als Konzept, auf das Stuttgart stolz sein könnte: Neue Heimat für die übers Mittelmeer Geflüchteten, Zuflucht für die dem Tod Entronnenen, damit sie durchatmen und zu neuem Leben finden könnten.

Es gab einmal ein Stuttgarter Modell: Flüchtlingsunterkünfte sollten dezentral über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden, überschaubar sein und einen guten Betreuungsschlüssel haben. In der Realität ballten sich die Unterkünfte in der Tal - Längslinie und den Industriegebieten. Edle Wohngebiete wie der Killesberg, der Kräherwald, Sonnenberg und Degerloch blieben weitgehend flüchtlingsfreie Zonen. Auch bei den früheren Gesinde-Häusern für Stipendiaten an der Solitude dachte man nicht an die Aufnahme von Flüchtlingen. Nur in der Nordbahnhofstrasse schlüpften Flüchtlinge in ein ehemaliges Studentenwohnheim, das wegen Umweltschäden aufwendig renoviert wurde. Doch nur, weil die LKWs für Stuttgart 21 hier vorbeidonnern, kam es zu dieser Umwidmung. Ansonsten wäre das Haus ohne diesen Makel beinahe eine Vorführunterkunft.

Kosmopolis – das Haus für Flüchtlinge: Ein Traum? Utopie? Oder eine Idee für heute und morgen? Ein Ort allemal, an dem der Verfassungsauftrag wortgetreut umgesetzt wird:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Werner Baumgarten

Der Arbeitskreis Asyl Stuttgart ist der Zusammenschluss der ehrenamtlichen arbeitenden Flüchtlingsinitiativen im Großraum Stuttgart und koordiniert u.a. Hilfe zur Selbsthilfe und Initiativen für Flüchtlinge. Der AK ASYL will der vermitteln, dass weniger als ein Prozent der weltweit bekannten Millionen Flüchtlinge in unser Land kommen.

Pfarrer Werner Baumgarten wurde 2010 mit dem Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter ausgezeichnet. Baumgarten ist Asylpfarrer und landeskirchlicher Beauftragter im Migrationsdienst in Württemberg und geht dieses Jahr in den Ruhestand.

Aktionspunkt

Sa, 6. Juni, 14 H, Bolzstraße: Streetparade von Diakonie und AK Asyl

Protest kann teuer sein

Die AnStifter sind außerordentlich gemeinnützig

GLS-Konto 7000582701
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE31430609677000582701
BIC GENODEM1GLS
Kennwort: Danke für Protest

Die Handy-Aktion:

nachfragen.durchblicken.handeln!
Hintergründe der mobilen IT-Produktion –
Handlungsoptionen

Die mobile Kommunikation bestimmt unseren Alltag. Handys, Smartphones und Tablets sind allgegenwärtig. Woher kommen die Rohstoffe, die in diesen Geräten verbaut werden? Unter welchen Bedingungen werden sie in den Minen von Afrika, Asien und Lateinamerika aus dem Boden geholt, in Asien gefertigt und im Globalen Süden wieder entsorgt?

Wer hinter die glänzende Fassade der modernen IT schaut, wird mit unmenschlichen Bedingungen in den Minen, in denen die Rohstoffe für die Handy gewonnen werden, konfrontiert. In den militärischen Konflikten im Kongo versuchen die Konfliktparteien aus den dort geschürften Erzen Gewinn für ihre Finanzierung zu schlagen. Die Gewinnung von Konfliktmineralien wie Gold, Zinn, Tantal und Wolfram sind mit massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen verbunden.

In den asiatischen Zulieferfirmen für Apple, Nokia, Samsung und Co. fertigen vor allem junge Frauen die Geräte in Firmen wie Foxconn, unter Arbeits- und Lebensbedingungen, die immer wieder in die Kritik geraten. Normalerweise wird dies in den Medien kaum wahrgenommen. Als sich einige junge Arbeiter aus Verzweiflung umbrachten, haben die Medienberichte und der Druck aus der Zivilgesellschaft dazu beigetragen, dass die großen IT-Unternehmen sich bereit erklärten, mehr auf die Einhaltung der Arbeitsgesetze zu achten.

Die Nutzungsdauer eines Smartphones liegt aktuell bei 18 Monaten. Einige Mobilfunkanbieter bewerben nun Angebote, mit denen der Kunde alle 12 Monate ein neues Gerät bekommt. Obwohl es verboten ist, wird viel Elektroschrott aus Europa nach Afrika verschifft. Auf den

Müllhalden Ghanas landen die ausrangierten Geräte und werden von Kindern und Jugendlichen „recycelt.“ Sie verbrennen ohne jegliche Schutzmaßnahmen die Plastikteile, um an die wertvollen Metalle zu kommen.

Um einen klugen und fairen Umgang mit den Geräten zu finden, müssen die Wertschöpfungsketten der Stoffe, aus denen unsere digitalen Träume gemacht werden, transparent werden. Einblicke in die Minen und Fabriken vermitteln uns die Realität, die hinter den Geräten steht, und zeigen auf, was junge Menschen im Globalen Süden erleiden, aber auch was sie tun, um ihre Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern und wie wir sie dabei unterstützen können.

Mit dem Fairphone und der Fairen Maus stehen erste IT-Geräte zur Verfügung, die den Weg zu mehr Gerechtigkeit und einen verbesserten Schutz von Mensch und Natur eröffnen. Durch die Sammlung von ausrangierten Handys und deren Zuführung in ein geordnetes Recycling wird die Thematik in Schulen, Gemeinden, öffentlichen und kirchlichen Gebäuden sichtbar gemacht und es werden Bildungsveranstaltungen zu der bisher noch kaum wahrgenommenen Thematik angeregt. Die Sammelaktion ausrangierter Handys macht Sinn: In den 106 Millionen Handys, die 2014 in den Schubladen in Deutschland liegen, sind 2,6 Tonnen Gold, 26 Tonnen Silber und 860 Tonnen Kupfer.

Die Aktion verbindet Fragen der Auswirkungen unseres Konsumverhaltens mit Fragen des Welthandels und der internationalen Fertigungsprozesse der großen IT-Unternehmen, wie Apple, Sony, Samsung, LG, Lenovo, HP und stellt diesen Unternehmen, die für den neuesten Stand der

Technik stehen, ihre eigene Rohstoffpolitik und ihre Fertigungs-praktiken, die man als moderne Formen der Sklaverei bezeichnen kann, gegenüber.

Der Charme der Aktion besteht in einer Thematik, die besonders junge Leute anspricht und Bewusstseinsbildung im Bereich des Globalen Lernens mit konkreten Handlungsoptionen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen verbindet.

Die ökumenische Handy-Aktion wird vom diFam (Deutsches Institut für ärztliche Mission / Tübingen), dem Evangelischen Jugendwerk in Württemberg, der Katholischen Aktion Hoffnung, dem epiz (Entwicklungs-pädagogisches Zentrum / Reutlingen) den beiden Landeskirchen in Baden und Württemberg, dem DEAB (Dachverband Entwicklungspolitik), von Brot für die Welt, von umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden und Organisationen getragen und von der Telekom unterstützt. Weitere Informationen siehe: www.handy-aktion.de

Das Bild der Gemeinde als Organismus, das Paulus in Kor. 12 benutzt, kann auf das Handy und seine Bestandteile übertragen werden. Auch die kleinsten Teile sind von größter Bedeutung für das Funktionieren des Handys als Ganzem. Wenn die jungen Menschen, die für uns die Rohstoffe aus dem Boden holen und die IT-Geräte fertigen, leiden, dann sind auch wir gefragt, ihr Leiden wahrzunehmen und dazu beizutragen, dass sie ihr Recht auf Unversehrtheit und die Verheibung auf ein Leben in Fülle verwirklichen können.

Ralf Häußler / Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung im DIMOE / Dienste für Mission, Ökumene und Entwicklung, Stuttgart

Schmähbrief zum 6. Juni für die Kirchen- tagsbesucher

Für Letztere, für Euch, für Sie, meldet sich der Sigi. Der Sigi ist einer, den es lebensumständehalber vor Jahren von München nach Stuttgart verschlagen hat.

Jetzt ist der Sigi, moant er, kein religiöser Mensch. Aber wenn er sieht, wie die Menschheit mit ihren Lebensgrundlagen umgeht, also der Natur im allgemeinen, dann nimmt der Sigi schon mal das Wörterl „Schöpfung“ in sein Nachdenken mit hinein. Du musst gar nicht in die Südsee schauen, wo's ganze Inseln wegschwimmt oder den Dreck in Peking oder Dingswo, der den Menschen dort in die Lungen pfeift. Zur Menschheit gehören auch die Bewohner von Stuttgart, wo grad viele christliche Menschen zusammenkommen, viele mit der Eisenbahn, wenn's klappt, und eventuell denken, am Bahnhof, mitten im Park, da hat ein Meteor eingeschlagen.

Gleich neben dem Bahnhof, der ja auch zusammengehaun dasteht wie eine Kriegsruine, hat es bis 2012 einen Schlossgarten gegeben, mit vielen hundertjährigen Bäumen. An solchen Park, mitt'n in der Stadt, ham die wegputzt, praktisch eine Lunge amputiert. Also die Bauherrn von der Deutschen Bahn, die wo eine Aktiengesellschaft ist, und gern dieses Volkseigentum an der Börse verhökern möcht. Dazu braucht's einen unterirdischen Bahnhof, für einen engmaschigen Durchgangsverkehr. Selbige Vorstellung ham's in München und in Frankfurt rechtzeitig ab'glehnt. Aber Stuttgart...

Stuttgart, wo eine Autostadt und Staustadt und Feinstaubstadt der Republik is, Höchstwerte gleich um die Ecke von der Bahnhofsrücke. Aber die Stadt untergraben für den Schmarren von einem Stuttgart 21

und eine Minderleistung von Bahnverkehr. So sieht's aus! Der Herr Hermann hat ja, als er noch kein Verkehrsminister war, gesagt, das sei das „dümme Bahnprojekt aller Zeiten“, aber der Herr Grube moant, das wird der „beste Bahnhof der Welt“. Drunter machen wir's nicht.

Wo Ihr jetzt nach Stuttgart kimmt, könnt's Ihr Euch alles anschauen. Und die Wahrheit suchen und noch klüger werden. Freilich, sagt der Sigi, in der Welt bassiern vui schlammere Sachen. Aber wir von der Stuttgarter Menschheit und drumrum, wir machen brav unsere Kehrwoch, kehren wie sich's g'hört vor der eigenen Haustür und machen Rabbatz, und auch die nicht so tief Gläubigen unter uns beten heimlich, auf Schwäbisch: Oh Herr, schmeiß Hirn ra!

Kimmt's am 6. Juni von Euren Zelten und Hallen um Zweie zum Bahnhof, in die Stadt, schaut's Euch um, hört zu und macht Euren eignen Reim. An scheana Gruaß vom Sigi! (E.Boeck)

PROTEST - Lexikon

Cacerolada

Eine Cacerolada (abgeleitet aus dem Spanischen *cazuela* „Topf“) oder Protesttopfschlägen bezeichnet eine kollektive Protestform mit vielen Teilnehmern. International bekannt wurde die Cacerolada als Form einer Demonstration gegen die neoliberalen Wirtschaftsordnung während der letzten großen Wirtschaftskrise in Argentinien zwischen 1988 und 2002.

Wiglaf Droste: Wo warst du, Nero -

und vor allem: Wo waren deine hungrigen Löwen, als die Christen in der Stadt einfielen und in vielfacher Divisionsstärke durch die Rabatten trampelten? Als sie tagelang ungebeten wehrlose Ungläubige anfrömmelten und selig-duselig in sich hinein- und in die Welt hinausstrahlten?

Als, bunt wie die Welt der Schaufenster, mit Brotschuh und Sandale am Fuß, dem lila Dreieckstuch um den Hals und dem meist glockenrockumwogenen Der-reicht-auch-für-zwei-Hintern, ihre Frauen mit sakalem Singsang den weniger abergläubischen Bewohnern dieser Erde einen Vorgeschnack der Hölle zelebrierten?

Als die Kritischen unter ihnen Kabarett aufführten und Kolping-Opern unverbrachen, als Gruppen, die „Ein Stück weit“ oder „Steine weinen“ heißen, unschuldige Instrumente folterten?

Als hinter dem tausendfachen Christenlächeln der faulige Mundgeruch der Inquisition wehte, ausgeatmet von vertrocknet-greisen Käppchenträgern, die grinend „den Fall der Mauern und den Sturz gefährlicher Götzenbilder“ bejubelten, mit „geistiger Einkehr“, „Besinnung“, „Nachdenklichkeit“ und „Freude“ drohten und aller Welt den „ethischen Lebensvollzug“ nahe legten - wahrscheinlich in der Lebensvollzugsanstalt?

Wo warst du, Nero, mit deinen netten wilden Tieren, als die Rucksäcke des Herrn, die Ein-Mann-Gummizellen marschierten, als kein Schäfchen ungeschoren und kein Fötus ungeboren blieb?

Ich habe dich und deine vierbeinigen Freunde sehr vermisst. Wenigstens ein

§175: Gedenken zu Beginn

Für die Akzeptanz menschlicher Vielfalt
Mi, 3.Juni, 14 h, Karlsplatz Stuttgart
(Zentrum, Altes Schloss)

Wandel selber machen

Stuttgarter Akteure in einer sozial-ökologischen Transformation
von Marieke Kodweiß und Peter Streiff

„Das Unrecht der Verfolgung gleichgeschlechtlich liebender Menschen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit scheint fast vergessen. Das Gedenken daran soll ein deutliches, nachdenkliches und nachwirkendes Zeichen setzen – für die Akzeptanz menschlicher Vielfalt in Kirche und Gesellschaft“ – heißt es im Kirchentagsprogramm. Die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V. (www.hotel-silber.de) begrüßt dieses Engagement, zumal in Baden-Württemberg, wo die Kriminalpolizei – u. a. im ehemaligen Gestapogebäude „Hotel Silber“ – nach 1945 bis 1969 etwa 20.000 Ermittlungen zum §175 durchführte,

- wo es 1959 mit 902 doppelt so viele §175-Verurteilungen wie im Bundesdurchschnitt gab,
- wo bis heute über 5400 Männer wegen ihrer Homosexualität vorbestraft sind;
- wo nicht wenige Repräsentanten evangelikaler Gruppen gelebte Homosexualität noch heute als „widernatürlich“ bewerten und so zu einem gefährlichen ideologischen Nährboden für radikalere Formen der Abwertung, Ausgrenzung, Diskriminierung bis hin zur Gewalt beitragen.

ACTION NOW
Do, 4. Juni, 19.30 h, Weissenburg e.V., Weißenburgstr. 28A (Heusteigviertel) „...Endlich den Mut, für meine Rechte als Homosexueller zu kämpfen“. Lesung Dr. Lutz van Dijk

ACTION NOW
Sa, 6. Juni, 10 h, Weissenburg e. V., Weißenburgstr. 28A (Heusteigviertel) Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg

Ein paar Zeilen über die Transformation schreiben? Das birgt das Risiko, es nicht auf den Punkt zu bringen. Einerseits, weil wir den kritischen Zustand unserer Welt mit multiplen Krisen zunächst detailliert beschreiben sollten. Denn andererseits stellt die Transformation eine Antwort auf diese globalen Entwicklungen dar oder ist sogar ihr Ergebnis. Fest steht: Die Welt ist im Wandel.

Überall suchen Menschen nach alternativen Wegen, um das herrschende System von globaler Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung hinter sich zu lassen. Zum Glück! Und doch ist es noch ein weiter Weg. Initiativen befinden sich erst im Aufbau und es ist ungewiss, wie beständig ihr politisches Vorhaben sein wird und wann ihre kollektive Kraft beginnt, das jetzige System hoffnungsvoll ins Wanken zu bringen.

In Stuttgart gibt es bereits viele Initiativen und Unternehmen, die Mut machen und die Menschen auf ihrem Weg zusammenbringen. Sie bilden erste Antworten auf die Fragen nach Zustand und Zukunft unserer Welt: RepairCafé, Tauschringe, interkulturelle Gärten, Weltläden, Fab-Labs, Neue Arbeit, solidarische Landwirtschaft, Leihräder, selbstverwaltete Wohnen und vieles andere mehr – manches auch, das nicht mal einen eindeutigen Namen hat. Dort beginnen Menschen, einen Teil ihrer Zukunft einfach und konkret selber zu machen.

Die Welt im Kleinen verändern und den eigenen Konsum in Frage stellen, sind Herausforderungen, die wir kollektiv angehen sollten. Gemeinsam und lokal können sozial- und ökologisch verträgliche Wege gefunden werden. Experimenteller Raum entsteht. Betrachten wir beispielsweise einen urbanen Garten: hier gibt es Gemeingüter, hier gibt es Zeit zu wachsen, eine geteilte Ernte, Verantwortung auf mehreren Schultern und eine solidarische Zukunftssicherung. Damit stellen urbane Gartenprojekte, wie auch viele andere neuere Initiativen einen kreativen Gegenpol zu neoliberalen Schienendenken dar, das auf Verwertbarkeit unserer Ressourcen setzt.

Das Selbermachen sollte sich in einem nächsten Schritt politisieren. Dafür ist fruchtbar, wenn sich transformative Akteure kennenzulernen und ihre Schnittmengen austesten. Aber auch, wenn diejenigen, die schon seit Jahrzehnten für eine gerechtere Welt kämpfen, ihre Erfahrungen an neue Initiativen weitergeben und deren Perspektiven berücksichtigen. Gemeinsam kann ein Zukunftsbild entstehen, das Alternativen zu derzeitig globalen Entwicklungen für weitere Menschen bietet und zwar: selbstorganisiert, zukunftsfähig, solidarisch.

transform Stuttgart! Karawane des Wandels

Am Samstag, den 11. Juli 2015 findet eine Karawane statt, die die gelebten Stuttgarter Alternativen auf die Straße bringt und sichtbar macht. Vom Bismarckplatz bis zum Schillerplatz wollen wir kreativ, lautstark und vielfältig Initiativen zusammenbringen, die die ökologisch-soziale Transformation bereits voranbringen. Bei der Abschlusskundgebung werden wir unsere Zukunftsideen und Forderungen für eine gerechtere, ökologischere und selbstbestimmtere Welt in einem Manifest ausdrücken. Das Stuttgart Open Fair (SOFa) lädt Initiativen herzlich dazu ein, bei der Karawane dabei zu sein – mit dekorierten Lastenrädern, kreativen Straßenaktionen unterwegs oder mit karnevalesken Themenwagen.



Stuttgart Open Fair
Nauklarstr. 13
72074 Tübingen
tel. 07071 255608
info@stuttgartopenfair.de
www.stuttgartopenfair.de

Abweichungen halten den Diskurs lebendig



Brücken bauen Streit schlichten Frieden stiften

Die AnStifter in der DenkMacherei
Werastraße 10, 70182 Stuttgart

Bankenrettung? Nein danke:
Wir sind gemeinnützig

GLS-Konto 7000582701
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE31 430 609 677 000 582 701
BIC GENODEM1GLS



Die AnStifter
Einmischen:
Zivilcourage und Eigensinn

Pro & Kontra Stuttgart 21

Für mich ein »Stadtentwicklungsprojekt«

Mitte der sechziger Jahre standen einige Studenten der Staatsbauschule Stuttgart mit ihrem Dozenten auf dem Bahnhofsturm. Er zeigte die nach dem Krieg entstandenen Verkehrsschneisen der „autogerechten Stadt“, die für die Kessellage so notwendigen Frischluftschneisen, die Gefahren einer zu sehr verdichtenden Hangbebauung, die Probleme einer innerstädtischen Stadtentwicklung. Zum Schluss drehte er sich um und zeigte auf die Gleislandschaft des Kopfbahnhofs und erklärte: „Hier vor Ihnen liegt die Zukunft Stuttgarts“. Diese für uns damals eher kryptische Bemerkung fiel mir wieder ein, als Prof. Heimerl 1988 vorschlug, eine Bahntrasse entlang der Autobahn zu bauen um den Albaufstieg und die Bahnverbindung nach München für moderne Hochleistungszüge attraktiver zu machen und einen Durchgangsbahnhof quer unter dem Stuttgarter Hauptbahnhof zu bauen.

Ich war wie die meisten Stuttgarter begeistert: welche Chance für die beengte Innenstadt: 100 Hektar freiwerdende Gleisflächen, Wohnungsbau, Erweiterung der Parkflächen (20 Hektar), Aufhebung der künstlichen Trennung der Stadtteile Nord und Ost. Und als Schmankerl eine schnellere Bahnverbindung nach Süden.

Über dann folgende Variantenuntersuchungen, wie die Auslagerung des Bahnhofs aus der Innenstadt, wurde in den politischen Gremien und in der Öffentlichkeit breit diskutiert, bis 1994 Stuttgart 21 vorgestellt wurde. Obwohl Landtag und Gemeinderat das Projekt immer wieder mit breiten Mehrheiten unterstützten, war es die Bahn, die den Fortgang mehrere Jahre verzögerte.

Um sicherzustellen, dass die Region Stuttgart in eines der fünf prioritären Bahnprojekte der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) eingebunden bleibt, wird 2001 zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Verband Region Stuttgart mit der Deutschen Bahn AG eine Vereinbarung zur Realisierung der Projekte Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen - Ulm geschlossen.

Neben einer deutlichen Fahrzeitverkürzung der Strecke Stuttgart Ulm ergeben sich deutliche Verbesserungen im Regionalverkehr, die wichtige Filderregion mit Messe und Flughafen wird zukünftig in acht Minuten erreicht. Die S-Bahn wird zukünftig mit eigenen Gleiskörpern weniger von Störungen im Fern- und Regionalverkehr betroffen. 2011 stimmten die Bürger des Landes und der Stadt Stuttgart nach einer beispiellosen öffentlichen Diskussion mit Schlichtung und Stress-Test dem Projekt mehrheitlich zu. Land, Stadt und Region deckelten ihre finanziellen Beträge, die Bahn als Bauträger hat das Risiko übernommen und baut inzwischen überall in der Region.

Ich wünsche mir, dass die Diskussion über die weitere Stadtentwicklung im Roseneinviertel und darüber hinaus genauso engagiert und leidenschaftlich geführt wird, wie über das Bahnprojekt.

Klaus Hecht
Früher Gewerkschaftssekretär, AnStifter
www.bahnprojekt-stuttgart-ulm.de/stuttgarter-zeitung.de/stuttgart21



Für mich ein »Immobilienprojekt«

Stuttgart 21 ist für mich ein Immobilienprojekt und von Beginn an integraler Bestandteil der Bahnprivatisierung, die auf eine möglichst profitable Verwertung öffentlichen Eigentums setzt. Das Immobilengeschäft ist für die Bahn eben lukrativer als die Instandsetzung und -Haltung unseres maroden Netzes. Statt Ausbau: Heruntergekommene Bahnhöfe, gekappte Strecken, kaputte Brücken, weniger Service für mehr Geld, längere Fahrzeiten, teurere Fahrkarten, Unpünktlichkeit, schlechte bezahltes Personal. „Bei Stuttgart 21 geht es im Kern doch nicht um Fahrzeiten und Verbindungskräfte. Es geht für unser Land um den Wohlstand.“ (Ex-MP Stefan Mappus). Der Marktführer für Shoppingmalls ECE betreibt als Lobby-Organisation zur politischen Durchsetzung von Bauvorhaben eine „Stiftung Lebendige Stadt“. Dort sitzen/saßen u.a. S21-Architekt Christoph Ingenhoven, Ex-Privatisierungsminister Tiefensee, Die Oettinger-Lebensgefährtin Friederike Beyer, Ex-OB Wolfgang Schuster und Ex-Verkehrsminister Tanja Gönner. Das Megaeinkaufszentrum zieht Kaufkraft vom etablierten Einzelhandel ab und bringt dafür zusätzlichen Autoverkehr in den Stuttgarter Kessel. Wir sind heute schon europaweit „Marktführer“ beim Feinstaub. (Krebs und 430000 vorzeitige Todesfälle allein 2011, www.aerzteblatt.de).

Die Vernichtung des Schlossgartens, eine Oase für die vom Feinstaub betroffenen Viertel, mit mehr als 280 bis zu 200 Jahre alten Bäumen (bis zu 5 m Stammdurchmesser) ist ein schwerer Eingriff in das grüne Herz Stuttgarts.

Bei der Volksabstimmung wurde mit gezinkten Karten gespielt: Der versprochene Kostendeckel von 4,6 Milliarden Euro? Eine Luftblase. Intern rechnet man mit 10 Milliarden, extern mit bis zu 15. Die versprochene Erhöhung der Zugkapazität um 50%? Eine gelungene Manipulation für die Wähler: Der heutige Kopfbahnhof hat schon 52 Züge in der Stunde geschafft - im Tiefbahnhof könnten es im besten Falle 38 Züge sein.

Dass wir durch das Milliardenprojekt schneller in München sein werden, gehört zum Blendwerk der Propagandisten: 1996 brauchte der schnellste Zug (ohne „21“) Stuttgart - München 125 Minuten, heute sind es 141. Ähnliches gilt für viele weitere Strecken.

Fazit? Stuttgart 21 gehört zu den unnötigen und aufgezwungenen Großprojekten eines überkommenen Wohlstandswahns, wird zur gewinnträchtigen Gelddruckmaschine für die beteiligten Unternehmen und zum Milliardengrab für die Bürgerinnen und Bürger. Es steht in einer Reihe mit BER und der Elphilharmonie, Toll Collect, dem City-Tunnel Leipzig, der Moselbrücke uvam.

Peter Grohmann, AnStifter
<http://www.bei-abriss-aufstand.de/page/2/>
www.stern.de/politik/deutschland/stuttgart-21-bahnprojekt-wird-zum-spiel-mit-dem-feuer-2192047.htm



Wegmarken für 'Protest'

Von Irene Ferchl

Ist Stuttgart überhaupt eine Literaturstadt, von der sich zu erzählen lohnt? Wer heute durch die Innenstadt flaniert, wird auf den ersten Blick kaum Spuren von SchriftstellerInnen entdecken. Zwar sind einige Gebäude mit Plaketten oder Inschriften als Wohn- und Wirkstätten von Johannes Reuchlin, Wilhelm Waiblinger und Georg Herwegh gekennzeichnet oder sie erinnern an kurze Aufenthalte von Giacomo Casanova, Robert Musil und Robert Walser. Doch es bedarf einiger Besessenheit, detektivischen Spürsinns und großer Phantasie, um sich vorzustellen, dass hier einmal „ein Litteraturleben im besten Sinne“ geherrscht haben soll, wie dies Wilhelm Raabe über seinen zeitweiligen Wohnsitz schrieb. Dass Nikolaus Lenau und Jean Paul zwar nicht das Klima, aber die Menschen und ihre Gastfreundschaft schätzten, dass Hölderlin die Stadt als „Fürstin der Heimat! Glückliches Stuttgart“ bedachtete, Goethe nach seinem zweiten Besuch von „Tagen wie in Rom“ schwärmte und Joachim Ringelnatz nach erfolgreichen Auftritten im Varieté ausrief, Stuttgart sei „ein Paris gegen dieses Scheißmünchen“ ...

Auch von dem Geist der Stuttgarter Schule in den 1960er Jahren, der Gruppe von Schriftstellern um Helmut Heissenbüttel, Reinhard Döhl, Manfred Esser und nicht zuletzt dem Philosophen Max Bense, deren Wirkungsstätten die Universität, der Süddeutsche Rundfunk und die Buchhandlung Niedlich waren, ist wenig außer nostalgischen Anekdoten geblieben.

So gering die Präsenz der literarischen Tradition im Stadtbild, so gering ist sie im Bewusstsein der Einwohner. Das liegt sicher nicht zuletzt daran, dass nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg sowie wegen Verkehrsplanung und Rentabilitätsdenken seither kaum mehr originale Schauplätze existieren – und es bis heute kein Stadtmuseum gibt. Von den zahlreichen Häusern, in denen Eduard Mörike während eines Vierteljahrhunderts wohnte, steht zum Beispiel kein einziges mehr ...

Aber: Ändert sich derzeit vielleicht etwas und gerät mit der aktuell lebendigen Literaturszene auch die reiche Tradition wieder in den Fokus? Möchte man doch noch ein wenig von der Historie bewahren? Fest steht: die Dichtergräber auf dem Hoppenlau-Friedhof werden just vor ihrem völligen Verschwinden saniert. Und es haben sich rund sechzig StuttgarterInnen aus Kultur, Politik und Gesellschaft begeistern lassen, während des Evangelischen Kirchentags ganz persönlich von Dichtern und ihren Häusern zu erzählen. Vielleicht wird dieser 6. Juni 2015 ja einen Wendepunkt markieren und manch einer sich – und andere – weiterhin an Schriftstellerpersönlichkeiten wie Marianne Ehrmann und C. F. D. Schubart, Wilhelm Hauff und Therese Huber, Jella Lepman und Hermann Lenz erinnern. Anlässe – und natürlich Lektüre dazu – gibt es jedenfalls genug.

Irene Ferchl ist seit zwanzig Jahren Herausgeberin und Chefredakteurin des „Literaturblatts für Baden-Württemberg“, hat „Geschichten aus Stuttgart“ zusammengetragen und soeben das Buch „Erzählte Stadt. Stuttgarts literarische Orte“ veröffentlicht, in dem 75 SchriftstellerInnen vorgestellt werden (Silberburg-Verlag, 136 Seiten mit 80 Abbildungen, 12,90 Euro).

Am Samstag, 6. Juni erzählen Stuttgarter BürgerInnen von 14 bis 18 Uhr an dreißig Schauplätzen in der Innenstadt von „ihren“ SchriftstellerInnen und Schriftstellern und lassen den Tag bei Poetry Slam in der Stadtbibliothek ausklingen.

www.kirchentag.de/programm/regionales_kulturprogramm/erzaehlte_stadt.html

Die Filmemacher Willy Rollé und Volkan Demirkan planen einen Kurzfilm, bei dem behinderte Menschen sowohl vor als auch hinter der Kamera mitarbeiten. Treffender Titel: „Justice“, also Gerechtigkeit. Um den Film zu finanzieren, starten sie eine Crowdfunding-Kampagne. Willy Rollé, Produzent und einer der Regisseure und Drehbuchautoren, der auch bei PROTEST mitarbeitet, erzählt über den Film.

Ist der Film ist Fiktion?

Ja, also kein Dokumentarfilm. Aber bei diesem Projekt arbeiten Menschen mit Behinderung – und zwar vor und hinter der Kamera. Im Mittelpunkt der Story Line des Films stehen Randgruppen, in unserem Fall Menschen mit Behinderung und Prostituierte. Unser Hauptdarsteller, der schon im Theater schauspielerische Erfahrungen gesammelt hat, hat das Down Syndrom. Einer der Teammitglieder ist geistig behindert. Bei einem meiner letzten Kurzfilme war er beteiligt an der Tonaufzeichnung. Beim JUSTICE hat er beim Kostüm mitgewirkt und für das Making-Of unseres Crowdfunding-Teams ein paar Bilder aufgenommen.

Wie kamt Ihr auf die Idee, einen Film mit Inklusionshintergrund zu drehen?

Volkan Demirkan war Teilnehmer eines künstlerisch-sozialen Filmprojekts über Migration, das ich initiiert und geleitet hatte.

Wie ist das Echo auf Euer Projekt?

Bei Straßenkampagnen oder Gesprächen kommen wir gut an. Den Leuten gefällt, dass Menschen mit Behinderung im Film nicht als Opfer dargestellt werden, sondern als Akteure. Problem bleibt aber die tatkräftige Unterstützung. Das liebe Geld fehlt. Deshalb haben wir eine Crowdfunding-Kampagne gestartet, um das Projekt realisieren zu können. Aber viele wissen nicht, was Crowdfunding ist. Wenn ihnen dann außerdem ein Mensch wie ich mit dunkler Farbe und ausländischen Akzent erklären soll, dass Inklusion die Eingliederung von Menschen mit Behinderung ist, sind viele verwirrt.

Und? Was sagst Du da?

Schaut einfach mal die Infos zum Film an: www.justicederfilm.de

Gewalt 2.0



Hettmüller/Sara

PROTEST - Lexikon

Universitätsbesetzung

Ein beliebtes Mittel des Studentenprotests war und ist die Besetzung von Lehrräumen oder -gebäuden - im Sinne eines Streiks -, um meist auf problematischen Studienbedingungen hinzuweisen. Einprägsame Parolen sind unter anderem „Reiches Kind – Studier! Armes Kind – Hartz IV!“, „Bildung für alle, sonst gibts Krawalle!“ „Gute Bildung, schönes Leben, sollte es für jeden geben!“

Geld haben wir genug – aber nicht alle

Deutschland verloren. Die Straßen sind schlecht. Die Bahn ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Für Schulen und Universitäten fehlt Geld. Brücken sind morsch, Schifffahrtskanäle und Schleusen reparaturbedürftig. Unser ganzer Stolz, der Sozialstaat, wird löscher ... Es wird viel Geld benötigt, um unser reiches Land wieder auf Vordermann zu bringen.

Die Konjunktur läuft recht gut, von Zinsen kann man kaum sprechen – also beste Voraussetzungen dafür, die marode öffentliche Infrastruktur und das soziale Gefüge aufzupäppeln. Die Einkommen könnten stärker steigen, die Renten so angehoben werden, dass weniger Menschen Altersarmut droht. In Krankenhäusern und Altersheimen könnte mehr Pflegepersonal das Leben menschlicher gestalten. Kinderhäuser und Kindertagesstätten könnten die Eltern mit geringeren Gebühren beladen. Ja – das alles und noch einiges mehr könnten wir uns leisten.

Allerdings müsste das mit dem Geld etwas anders geregelt werden. Jetzt ist es so, dass die, die viel haben, immer noch mehr aufhäufen können, während jene, die knapp bei Kasse sind, auch nicht mehr viel dazu bekommen. Das ergibt die bekannte Formel: die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer.

Das muss nicht so sein. Das lässt sich ändern. Zum einen muss das jetzt vorhandene Geld anders verteilt werden. Zum anderen muss an den Stellschrauben unseres Steuersystems gedreht werden. Es kann doch nicht sein, dass jene, die immer reicher werden, sich immer weniger an der Möblierung unseres Staatsgebildes beteiligen. Mit Erbschaftsteuer und Vermögenssteuer könnte man einiges an Geld mobilisieren für unseren Staat, für etwas mehr Gerechtigkeit. Den Betroffenen täte das gar nicht weh – unserem Staat aber gut.

Schlecht wäre ein „Infrastrukturförderfonds“, der den Geldbesitzern zur rentablen Geldanlage verhilft – finanziert durch die Steuerzahler. Das wäre das alte Rezept: Umverteilung von unten nach oben. Das wollen wir nicht mehr.

Hermann Zoller

Keine Straffreiheit für den »Verfassungsschutz«!

Auch künftig wird sich der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ krimineller V-Leute und Agenten bedienen können; sie werden von Gesetzes wegen dem polizeilichen und justiziellen Zugriff entzogen und bleiben straflos, um sie weiter abschöpfen zu können - anstatt sie unverzüglich abzuschalten. Selbst Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“ soll für V-Leute auch künftig straflos möglich sein.

Zu diesem Ergebnis kommt Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, nach Lektüre des Gesetzentwurfs zur Reform des „Verfassungsschutzes“, der seiner Auffassung nach insgesamt schwerwiegende Mängel aufweist. Mit dem Gesetz soll zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte der Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern durch den Geheimdienst bundesgesetzlich geregelt werden. „Doch mit dieser Reform ist keine rechtstaatliche Zügelung des Inlandsgeheimdienstes verbunden – vielmehr geht der „Verfassungsschutz“ noch gestärkt aus dem NSU-Desaster hervor“, so Rolf Gössner. Und auch die Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle spielt bei dieser Reform offenbar kaum eine Rolle.

Die Internationale Liga für Menschenrechte kommt zu dem Schluss: „Diese „Verfassungsschutz“-Reform ist eher kosmetisch und mehr als halbherzig, weil sie die prekären und unkontrollierbaren Geheimstrukturen des „Verfassungsschutzes“ unangetastet lässt und sie noch rechtlich absichert - und dies, obwohl sich das V-Leute-System in der Praxis als kaum kontrollierbar herausgestellt hat, obwohl der „Verfassungsschutz“ sich über seine kriminellen und von ihm alimentierten Neonazi-V-Leute heillos in gewaltbereite Nazi-Szenen, -Organisationen und –Parteien verstrickt, diese mitfinanziert und rassistisch prägt, anstatt sie zu schwächen. Daran wird sich also auch in Zukunft wohl nicht viel ändern.“

Die betreffenden Normen müssten dringend eingeschränkt werden, damit dieses Gesetz kein Freibrief für die Begehung von Straftaten durch geheim-staatlich geführte V-Leute wird.

Das „Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungs-

schutzes“ soll dem Inlandsgeheimdienst erlauben, seine verdeckten Ermittler und V-Personen Straftaten begehen zu lassen, wie etwa Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Nötigung. Das Gesetz sieht vor, dass V-Leute und Verdeckte Ermittler „szenetypische“ Straftaten begehen dürfen, damit sie als V-Leute oder Agenten nicht auffallen. Außerdem soll die Mitgliedschaft in und Unterstützung von verfassungswidrigen, kriminellen oder terroristischen Vereinigungen für V-Leute straffrei bleiben, sofern sie weder zur Gründung einer solchen Vereinigung noch zur steuernden Einflussnahme eingesetzt werden.

Dies ist Teil des Gesetzentwurfs zur Reform des „Verfassungsschutzes“, mit dem sich der Bundestag zur Zeit beschäftigt. „Wir halten ‚legale‘ Straftaten im Namen des Staates für unvereinbar mit den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates und lehnen die entsprechende Ermächtigung für den Inlandsgeheimdienst entschieden ab!“ Die Erfahrungen aus der NSU-Staatsaffäre haben gezeigt, dass es einer wirksamen Begrenzung der Befugnisse des Geheimdienstes bedarf und nicht einer Entgrenzung.

Unterzeichnen Sie deshalb jetzt den Aufruf an Burkhard Lischka, den innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Denn die SPD kann das Gesetz noch stoppen, schließlich setzt sie sich zumindest öffentlich für eine strikt begrenzende V-Leute-Regelung ein. Bis zur öffentlichen Anhörung im Innenausschuss am 8. Juni 2015 sollen mindestens 2.000 Unterschriften gesammelt und persönlich überreicht werden.

**Rolf Gössner – RA/Publizist,
Vizepräsident der Internationalen Liga
für Menschenrechte**

**ACTION
NÖRDLICHE** Die Kampagne „ausgeschnüffelt“ plant darüber hinaus weitere Aktivitäten, um die SPD von der Straffreiheit von V-Leuten abzubringen. Geplant sind Gespräche mit NdB's, Gutachten zur öffentlichen Anhörung am 8. Juni und Aktionen beim Kirchentag.

[http://www.verfassung-schuetzen.de/keine-straffreiheit-für-den-geheimdienst/](http://www.verfassung-schuetzen.de/keine-straffreiheit-fuer-den-geheimdienst/)

Gotteslästerungs- Paragraphen ersatzlos streichen?

Kaum hatte das Jahr 2015 begonnen, schockierte die Nachricht vom Anschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo die Welt. Unter den Toten waren mit Jean Cabut („Cabu“), Georges Wolinski, Stéphane Charbonnier („Charb“) und Bernard Verlhac („Tignous“) vier der wichtigsten Karikaturisten Frankreichs, die sich auch immer wieder mit beißender Ironie zu religiösen Themen mittels ihrer Karikaturen geäußert hatten, bei dem Anschlag ums Leben gekommen. Mutig trotzten diese Künstler immer wieder mit Zeichnungen sowohl muslimischen wie auch christlichen Fundamentalismus und die Lücke die die Ermordeten nun hinterlassen, ist daher kaum zu schließen. Einzig dass so viele Menschen wie nie zuvor an den darauffolgenden Tagen auf die Straße gingen, um die Meinungsfreiheit zu verteidigen, machte zunächst Mut. Und das Politik und Medien sich einig waren und auf den Anschlag anders reagierten, als sie es noch 2016 beim sogenannten „Karikaturenstreit“ getan hatten, nämlich im Sinne einer Stärkung der Kunst- und Meinungsfreiheit. Nach den Gewaltexzessen, die durch die Veröffentlichung von zwölf Mohammed-Karikaturen in der Zeitung „Jyllands Posten“ ausgelöst wurden, war die Politik noch eingeknickt, indem sie falschen Respekt gegenüber den „verletzten Gefühlen“ religiöser Fanatiker zeigten. In ein ähnliches Horn stieß nach dem Anschlag in Paris nun leider wieder der Rottenburger Bischof Gebhard Fürst, der in einem Interview unter dem Titel „Auch Bilder Können Töten“ in der Stuttgarter Zeitung nicht der Versuchung widerstehen konnte, Kapital aus dem Terror zu schlagen, indem er seine Mitchristen dazu aufrief, sich verstärkt mit juristischen Mitteln zu wehren, wenn es um die Verletzung ihrer speziellen religiösen Gefühle gehe. Dagegen gilt: Wenn den deutschen Politiker, wie nach dem Anschlag in Paris nahezu einmütig betont, die Kunstrechte wirklich wichtig ist, dann sollten sie den längst überfälligen Schritt vollziehen und den alten Gotteslästerungsparagraphen 166 StGB endlich abschaffen. Dieser Paragraph, der im Kern noch aus der Zeit der Vermählung von Thron und Altar stammt, bedroht bis heute Künstler mit Gefängnis

bis zu drei Jahren, sofern sie Religion oder Weltanschauung in einer Weise „verächtlich“ machen, die den öffentlichen Frieden gefährden. Namhafte Künstler wie Kurt Tucholsky oder Georg Grosz wurden mit Hilfe dieses Zensurparagraphen gemäßigt. Doch so Michael Schmidt-Salomon, Geschäftsführer der religionskritischen Giordano-Bruno-Stiftung, „tatsächlich wurde der öffentliche Frieden niemals durch kritische Kunst bedroht, sondern vielmehr durch religiöse oder politische Fanatiker, die nicht in der Lage waren die künstlerische Infragestellung ihrer Weltanschauung rational zu verarbeiten...“. Weiter betont Schmidt-Salomon in einer Pressemitteilung der Stiftung vom 8. Januar 2015. „Der Freiheitsgrad einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, welchen Freiraum sie Satirikern gewährt. Denn sie sind stets die ersten, die totalitärem Denken zum Opfer fallen (...). Ein moderner Rechtstaat sollte daher den Freiraum für kritische und vor allem satirische Kunst nicht nur schützen, sondern die Künstlerinnen und Künstler in ihrer kulturellen Aufgabe bestärken, althergebrachte Sichtweisen infrage zu stellen. (...) Borniertheit, Intoleranz und Humorlosigkeit sind beim besten Willen keine Rechtsgüter, die in irgendeiner Weise geschützt werden sollten“. Die Attentate in Frankreich zeigen, wie wichtig es ist, das Gesetz, das die Blasphemie unter Strafe zu stellt, endlich abzuschaffen. Denn dieser Paragraph schützt, wie die unsägliche Einlassung des Bischofs Fürst zeigt, eher die Intoleranten als den Frieden und die Freiheit aller. Um nach innen und nach außen ein Zeichen zu setzen und glaubwürdig für Meinungs- und Religions- wie Weltanschauungsfreiheit einzutreten, ist es jetzt dringend geboten, den §166 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Andreas Henschel
(Geschäftsführer, Die Humanisten Baden-Württemberg, unter Verwendung der im Text erwähnten Pressemitteilung des ebenso im Text erwähnten Interviews „Man kann auch durch Bilder töten“ v. Michael Trauthig, Stuttgarter Zeitung v. 22.1.2015 sowie einer Pressemitteilung des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften vom 25.1.2015)

1945 - 2015 Ein Brief an meine Freunde

Viel zu viel Deutsche von heute zeichnet, was das Wissen über das "Dritte Reich", den 2. Weltkrieg, die SS, die bekannt gewordenen Wehrmachtverbrechen und vor allem den Massenmord an den Juden betrifft, eine bemerkenswerte, ich sage: bezeichnende typisch deutsche Mischung aus Desinteresse, Arroganz und Ignoranz aus.

Wer von diesen Deutschen von heute weiß schon, dass allein die Sowjets 27 Millionen Opfer der deutschen Wehrmacht (Soldaten der Roten Armee und Zivilisten) zu beklagen hatten? 27 Millionen Menschen!!! - für die damaligen Deutschen waren es "Untermenschen"...

Wer von den heutigen deutschen Russland-Touristen ist sich bewusst, dass viele ihre Väter oder Grossväter die barbarischen Verbrechen in diesem Land begangen haben, Gaffer waren oder auch "nur" davon gewusst haben - was die irrsinnige Angst der Deutschen vor der Rache "des Iwans" vor Kriegsende erklärt? Dagegen wissen sie, dass "Millionen" deutscher Frauen von sowjetischen Soldaten vergewaltigt wurden, ohne nach den tief liegenden Ursachen dieses Verbrechens zu fragen. Jeder weiß auch, dass in Dresden in

der fast symbolhaften gewordenen Bombennacht im Februar 1945 über 40.000 Menschen umgekommen sind. Dass aber die Deutschen 1942 das Gleiche in Stalingrad getan haben (lange vor dem Kampf um die Stadt) - mit ebenfalls rund 40.000 russischen Bombardierungsofern - das weiß niemand...

Ich bezweifle sehr, dass die Informationen, die jetzt, 70 Jahre nach der Niederlage der Deutschen, dem breiten Publikum über das Fernsehen und Zeitungsartikeln zugänglich gemacht worden sind, viel daran ändern werden. Ja, "Niederlage" der Deutschen- oder, wie es heute in der offiziellen Sprachregelung heißt, die "Befreiung" von den Nazis...

"Befreiung" - wirklich? Auch so eine griffige Verschleierung der geschichtlichen Fakts, selbst wenn der frühere Bundespräsident von Weizsäcker den Begriff geprägt hat, denn die meisten der Deutschen, jedenfalls weit mehr als die Hälfte der noch vor Ende des 19. Jahrhunderts Geborenen, waren - worüber sich alle prominenten deutschen und ausländische Historiker heute einig sind - überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus, mindestens aber Nazi-Sympathisanten, die

das System mit getragen und Hitler bis zum bitteren Ende die Treue gehalten haben.

A apropos von Weizsäcker: Der hat in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen seinen angeklagten Vater, ein hoher Beamter des Auswärtigen Amts (AA), verteidigt. Wer während der Nazizeit eine exponierte Stellung im AA bekleidet hat, kann nur ein "zuverlässiger" Nationalsozialist gewesen sein. Das war damals ein entscheidendes Qualifikationskriterium, um in den diplomatischen Dienst einzutreten.

Der Sohn hat den Vater also verteidigt, der Vater muss bei der Schwere der Anschuldigungen ein grosses Vertrauen in die Fähigkeiten seines Sohns gehabt haben. Dabei muss man sich durchaus fragen, wie nazistisch durfte (oder musste) ein Rechtsanwalt eingestellt sein, der einen belasteten Nazi so erfolgreich wie möglich zu verteidigen hatte?...

Es gibt immer mehr Befürworter des berüchtigten "Schlußstrichs", besonders unter den Jüngeren. Die Söhne und Töchter der Tätergeneration, bis auf die wenigen 68er, haben nie mit ihren Vätern und Müttern über deutsche Schuld und die unglaublichen Verbrechen, die die Deut-

schen begangen haben, gesprochen. Und sie sind's jetzt auch satt, immer wieder "daran" erinnert zu werden...

Diese Leute sagen, dass sie damit nichts zu tun hätten, wobei sie kein Gefühl dafür entwickeln konnten, dass es ein wichtiger Teil ihrer Geschichte und auch ihrer ganz privaten Familiengeschichte ist. Oder, schlimmer noch: Sie weisen auf die "anderen" hin, die ja auch nicht viel besser waren und sind und sagen: "Guckt doch nur mal, wie die Israelis mit den Palästinensern umgehen - genau so wie die Nazis mit den Juden...". (Der ZEIT-Artikel von 2008 ist es wert, gelesen zu werden: <http://www.zeit.de/2007/25/27-Millionen-Tote>

Ich habe diese Mail an viele Leute geschickt, in der Hoffnung, bei ihnen eine Reaktion heraus zu locken. Von vielen meiner Zeitgenossen (ich bin 74) werde ich wohl nichts hören. Meine Gedanken werden ihnen vielleicht zu polemisch erscheinen. Oder wird vielleicht doch der eine oder andere was dazu zu sagen haben? Na, ich bin mal gespannt...

Beste Grüsse an alle! Wolfgang Leander
(Richten Sie eine Antwort an Wolfgang Leander an kontakt@die-anstifter.de)

PROTEST - Lexikon

Protest

Die Worte „Protest“ und „Protestant“ stammen vom Lateinischen pro testare. Ihre entscheidende Bedeutung ist es, in und mit dem persönlichen Verhalten öffentlich und vor Anderen Zeugnis abzulegen (testare) und zwar von (pro) seinen Überzeugungen, also davon, was der Protestierende für gerecht und richtig hält. Ein solches Zeugnis abzulegen zeichnet den Protestant aus. Dass er sich damit zu anderen Überzeugungen oder den herrschenden Verhältnissen in Widerspruch setzt, ist eine Folge seiner Überzeugungen. Der Protestant ist Protestant, weil er für etwas bestimmtes ist und mit seiner ganzen Person für dieses Bestimmte einsteht, also Zeugnis abzulegen bereit ist. Folglich ist er gegen etwas anders. Den Protestant stattdessen - will er nicht bloß Reformer sein - zeichnet es aus, dass er eine Überzeugung, eine eigene begründete Meinung für etwas hat. Dies ist es, was den Protestant als Protestierenden in Widerspruch setzt zu Verhältnissen, die seiner Überzeugung widersprechen, die er für ungerecht und deshalb für falsch hält. Hätte er keine Überzeugung, wogegen sollte er protestieren?

Krieg beginnt in Stuttgart: AFRICOM und EUCOM schließen!

Deutschland soll dem Frieden dienen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Doch von Stuttgart geht Krieg aus. In Stuttgart befinden sich zwei der sechs US-Kommandozentralen: Das AFRICOM und das EUCOM.

Das AFRICOM in Stuttgart-Möhringen steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt.

Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen befehligt die US-Atomwaffen in Europa. Außerdem koordinierte es zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak, Serbien und Libyen und das Kriegsmanöver „Rapid Trident“ in der Ukraine.

Damit Deutschland seiner Verantwortung für den Frieden gerecht wird, fordern wir im Rahmen des evangelischen Kirchentags in Stuttgart ein klares Bekenntnis der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der politisch Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund für: ein Ende des völkerrechtswidrigen Einsatzes von Kampfdrohnen, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa und die Schließung der US-Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM.

Um diesen Forderungen öffentlich Nachdruck zu verleihen, rufen wir während des Kirchentages in Stuttgart zu einer Menschenkette für den Frieden auf.

Wann?

Samstag den 6. Juni 2015

Beginn der Menschenkette:

Zentrum Frieden, Friedenskirche

Ende der Menschenkette:

Mahnmal auf dem Stauffenbergplatz

11.15 Uhr:

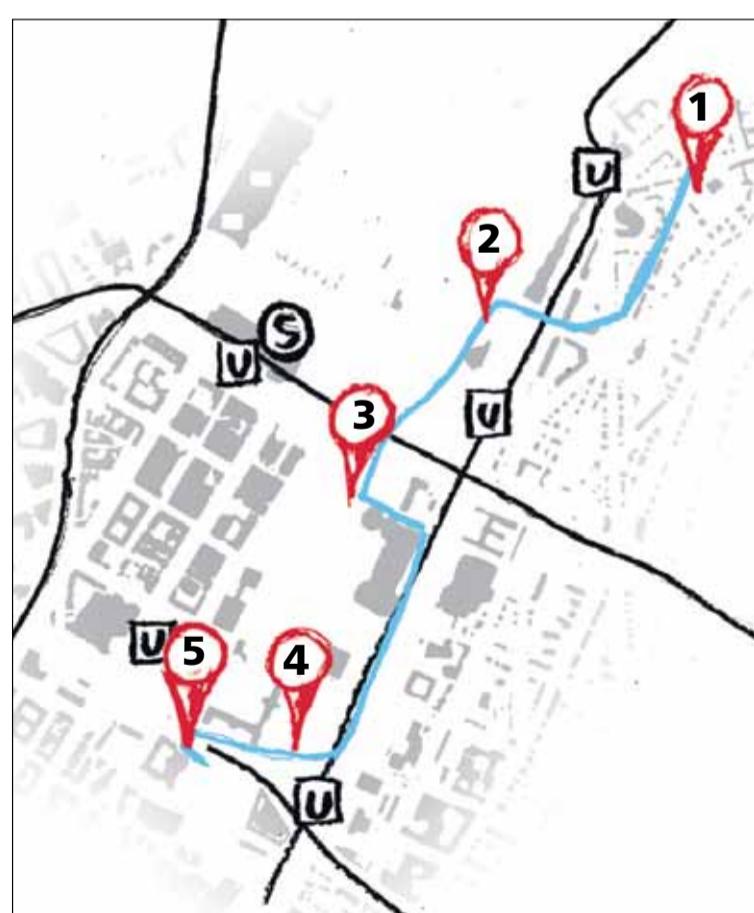
Aufbau der Menschenkette von folgenden Sammelpunkten aus:
Friedenskirche (1),
Planetarium (2),
Schauspielhaus (3),
Charlottenplatz (4)
und Stauffenbergplatz (5)

11.55 Uhr:

Die Menschenkette für den Frieden wird geschlossen

12.10 Uhr:

Auflösung der Kette



friedenskette2015.de





**6. Juni 2015
Menschenkette
für den
Frieden**

Das Zentrum Frieden

**Alle
Veranstaltungen,
wo nichts anders
angegeben ist:
Friedenskirche
Schubartstr. 12
in Stuttgart**

Donnerstag, 4. Juni

9:30 – 10:30 Uhr:

Bibelarbeit Lukas 16, 1 – 13: Klug handeln – mit dem Mammon? Pastor Jan Lüken Schmid, Mennonitische Gemeinde und Lieder: Theodor Ziegler

11 – 13 Uhr:

Leben unter der Besetzung in Palästina. Alltagsleben und Initiativen zur Verständigung. Rana Salman, Bethlehem

Worte sind Fenster oder Mauern. Einführung in die „Gewaltfreie Kommunikation“ nach Marshall Rosenberg. Trainerin Doris Schwab

Friedliche Revolution 1989: Schwerter zu Spaten – Vor-Bild Bürgerbewegung und friedliche Revolution. Film: Bausolaten / Kirchen in der DDR

Heiliger Krieg? Heiliger Frieden! Friedensbeiträge von Religionen in Krieg und Widerstand – Diskussion mit Dr. Markus Weingardt

Begleitung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze. Sommerprojekt des ‘Christian Peacemaker Teams’ 2014 auf der griechischen Insel Lesbos

Wenn du den Frieden willst: Deutschlands (neue) Verantwortung in der Welt (DEKT): Dr. Norbert Röttgen MdB, Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brot für die Welt, Martin Kobler, UN-Friedensmission Kongo. Moderation: Dr. Jacqueline Boysen. Musik: Broken Tree House, Frickehausen (*Liederhalle, Mozart-Saal, Berliner Platz 1-3, Stuttgart*)

Ich werde ein einziges Volk aus ihnen machen: Deutschland, Korea – geteilt, vereint. Biografische Gespräche mit Zeitzeugen: Kwang-Sam In, Prof. Dr. Du-Yul Song, Hartmut Koschyk MdB, Prof. Dr. Eun-Jeung Lee, Institut für Koreastudien, Dr. Hong-Jung Lee, Presb. Kirche Korea, Seoul, Siegfried Reiprich, Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Moderation: Lutz Drescher, EMS + Kerstin Leitschuh. Musik: Stutt UL-LIM, koreanische Trommelmusik, Elisa Suh, Gayageum-Solistin (*Schwanenlandhalle Fellbach, Raum Hesse-Mörke, Tainer Str. 7*)

13 Uhr:

Schwäbischer Mittagstisch in der Cafeteria der Friedenskirchengemeinde, 5 €

14 Uhr:

Eugen Drewermann: Warum Krieg? Jesus Christus – Befreiung zum Frieden – Die jesuanische Ethik in Zeiten von Kriegen und Gewalt. (Publik Forum). (*Kolpinghaus Stuttgart*)

15 – 17:30 Uhr:

Politische Mediation: Prinzipien und Bedingungen guter Vermittlung in öffentlichen Konflikten

Kriegshauptstadt Stuttgart: EUCOM und AFRICOM: Kommandozentralen für Atomwaffen- und Drohnen Einsätze. Dr. Wolfgang Sternstein, Friedensforscher, und Thomas Mickan, Informationsstelle Militarisierung

Interreligiöses Gespräch zur „Mainzer Botschaft“ OeV 2014: Mit Pastor Klaus-Georg Poehls, Ev.-Luth. Kirchengemeinde Blankenese, Stiftung Weltethos, Dr. Alois Odermatt, Historiker, Theologe, (CH), Dr. med. Ulrich Börngen, IGF, AnStifter, IPPNW Stuttgart

„Ich kann nicht mehr!“ - Kriegsdienstverweigerung von Soldaten bei der Bundeswehr

Versöhnungsarbeit in Südosteuropa – Ökumenischer und Interreligiöser Dialog in den Balkanstaaten. Ana + Otto Raffai, Kroatien und Azra Ibrahimovic, Bosnien-Herzegowina

Südkorea – Kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung – Kriegsdienstverweigerer berichten

Wie weiter mit der Östlichen Partnerschaft? Dr. Canan Atilgan, Konrad-Adenauer-Stiftung

P R O T E S T

Der Blick und die mediale Aufmerksamkeit ist meist dort hin gerichtet, wo Gewalt wütet und Menschen leiden – oft mit bedrückenden Gefühlen der Ohnmacht. Militärische Interventionen und Machtmitteln erscheinen dann als ‘ultima ratio’. Wir aber stellen fest: Militäraktionen führen nicht zu einem friedlichen, kooperativen Miteinander, sie lösen neue Wellen der Gewalt und des Zerfalls von Gesellschaften aus. Die Mut machenden Beispiele entschlossener Gewaltfreiheit und beharrlicher Verständigungsarbeit sind wenig im Blick der öffentlichen Wahrnehmung. Das wollen 38 Friedensgruppen ändern. Sie präsentieren Erfahrungen und Wissen in Bibelarbeiten, Gottesdiensten, Debatten, Workshops, zeigen Filme und Ausstellungen in 50 Veranstaltungen zu Gewaltfreiheit, Pazifismus, Friedenstheologie und interreligiöser Zusammenarbeit zum Friedenskirchentag.

Mittags + abends Essensangebote, Plätze zum Plauschen, täglich ab 9 Uhr bis in den Abend - und PROTEST, die etwas andere Kirchentagszeitung. Alles mit freiem Eintritt – nur PROTEST kostet 1,- Euro.

Freitag 5. Juni

9:30 – 10:30 Uhr:

Bibelarbeit Prediger 3, 1 – 13 - Ein jegliches hat seine Zeit... / die Zeit für den Frieden aber – ist immer jetzt! Bischof i.R. Wartenberg-Potter & Lieder Theodor Ziegler

9:30 – 13 Uhr:

Schnupper-Aktionstraining - Gut vorbereitet - sich gewaltfrei widersetzen

11 – 13 Uhr:

Aus Einsicht – gewaltfrei handeln!

Workshop. Eva-Maria Willkomm, Trainerin, Ullrich Hahn, Internationaler Versöhnungsbund

Die jesuanische Streitkunst für Gerechtigkeit - Bergpredigt und Gütekraft durch eigenes Erleben im Rollenspiel erarbeiten. Martin Arnold und Theodor Ziegler

Busan 2013: Pilgerwege der Gerechtigkeit und des Friedens. Wurzeln – Ideen – Schritte. Anne Heitmann, Ök. Rat der Kirchen, Julika Koch, Referentin Friedensbildung, Sabine Müller-Langsdorf, Referentin Friedensarbeit, Sabine Udodesku, Projekt Pilgerweg der Gerechtigkeit

Lobby für Frieden und Menschenrechte in Brüssel. Quaker Council for European Affairs (QCEA) stellt seine Arbeit vor

Friedensdienst in unfriedvollen Zeiten. Freiwillige Sühnezeichen Friedensdienste + Pax Christi erzählen von dem Anschlag in Paris, dem Alltag in Jerusalem und dem Leben in der Ukraine.

13 Uhr:

Schwäbischer Mittagstisch in der Cafeteria der Friedenskirchengemeinde

15 – 17:30 Uhr:

Leben auf der Straße. Der Alltag von Straßenkindern in Alexandria

Ökumenische Versammlung 2014: Blockupy – ist das was für mich? - Grenzen schließen für Waffen – Grenzen öffnen für Flüchtlinge! Buen vivir – wie können wir und die anderen gut leben?

Mensch – mach was! Atomwaffen verbieten anstatt modernisieren! Podium Maria Lohbeck, Katja Tempel, Volker Nick, Herrmann Theisen, Moderation Andreas Zumach

Einen Diktator gewaltfrei stürzen – wie ist das möglich? Präsentation einer Studie zum Vergleich von gewaltfreien und bewaffneten Aufständen

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Folgen der deutschen Rüstungsexportpolitik an den Beispielen Südkorea und Kindersoldaten. Paul Russmann, Kerstin Deibert, Seungho Park

Mediation mit Menschen mit geistiger Behinderung. Roland Schüler, Friedensbildungswerk Köln

Frieden durch Gerechtigkeit und Versöhnung. Die Stimme der palästinensischen Befreiungstheologie. (Freunde von Sabeel Deutschland). Rev. Dr. Naim St. Ateek, Jerusalem (Mitverfasser Kairos-Palästina Dokument) (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

Schuld und Versöhnung in gesellschaftlichen Konflikten: Versöhnung, Friedensbildung, Dialog der Religionen – Die Rolle von Kultur und Religion.

Bischof Anba Damian, Koptisch-Orth. Kirche, Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Friedensforscher. Beispiele der Gegenwart: Dr. Mustafa Ceric, bosnischer Islamgelehrter, Sarajevo, Prof. Brandon Hamber, Intern. Conflict Research Institute, Derry, Br. Ivo Markovic, kath. Theologe, Sarajevo

Vertrauen und Versöhnung – Podium. Moderation: Dr. Martina Fischer, Friedensforscherin Berghof-Foundation.

Musik: Sacre Fleur, Hamburg (*Stiftskirche, Stiftstr. 12, Stuttgart*)

16:30 Uhr:

Pierre Stutz: Empörung als Kraftquelle, um Frieden zu fördern. Vortrag auf der Grundlage von Inspirationen durch Etty Hillesum (*Publik Forum im Kolpinghaus Stuttgart*)

19 – 20:30 Uhr:

Den Frieden feiern. Friedensmahl in der Friedenskirche. Joachim Schilling (*Pfarramt für Friedensarbeit, Stuttgart*)

19:30 – 21:30 Uhr:

Building peace: the only route to security - Talk by Diana Francis, international consultant, writer and campaigner

Film: Zur Hölle mit dem Teufel - Frauen für ein freies Liberia

Der Ukraine-Konflikt - Ursachen und notwendige Schritte zu seiner Überwindung. Andreas Zumach und Niels Annen. Moderation: Eva-Maria Willkomm

Versöhnungsarbeit in Südosteuropa – Ökumenischer und Interreligiöser Dialog in den Balkanstaaten. Ana und Otto Raffai, Kroatien, Azra Ibrahimovic, Bosnien-Herzegowina

Wie kommst du zu der Ansicht, dass dein Blut röter sei? Lernen von jüdischer Friedensethik. Workshop mit Thomas Nauerth

Der palästinensische Freiheitskampf – eine Herausforderung für die Kirche. Kairos-Palästina Solidaritätsnetz. Dr. Mark Braverman, Direktor von Kairos USA, (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

21:30 Uhr:

Everyday Rebellion. Film über gewaltfreien Widerstand

Samstag, 6. Juni

9:30 – 10:30 Uhr:

Bibelarbeit Matthäus 25,1-13: Kluge Jungfrauen - Pastor Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD & Lieder Theodor Ziegler

Bibelarbeit mit Pfarrer Dr. Miti Raheb aus Bethlehem. Thementag Israel – Palästina: Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel. KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz. Raheb ist Mitverfasser des KAIROS-Palästina Dokumentes (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

11 – 13 Uhr:

Islamische Friedensphilosophie. Vortrag Muhammad Sameer Murtaza, Stiftung Weltethos

Gütekraft: Martin Arnold: Was macht gewaltfreies Handeln wirksam? Konzepte aktiver Gewaltfreiheit bei der Christin Hildegard Goss-Mayr, dem Hindu Mahatma Gandhi und dem Atheisten Bart de Ligt.

Solidarität mit der Ukraine und Russland – wie geht das? Praxisbeispiele für Chancen, Grenzen und Risiken der Unterstützung gewaltfreier Initiativen in der Krisenregion mit Björn Kunter, Trainer und Projektkoordinator der KURVE Wustrow

Wo der Krieg geübt wird: Gefechtsübungscenter in der Colbitz-Letzlinger Heide. Helmut Adolf, BI Offene Heide, über die Mühen von Bürgerinitiativarbeit und gewaltfreien Widerstand

Über-Lebenssituation in Palästina. Dr. Miti Raheb und Rania Salsaa

Thementag Israel – Palästina: Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel. Rania Salsaa, Schülerin/ Lehrerin in Talitha Kumi in Beit Jala, seit 2014 Koordinatorin im International Center of Bethlehem (ICB) / Diyar Consortium. Moderation: Hildegard Lenz, Koordinatorin für das KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz Deutschland (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Spiritualität im Kontext von Gewalt und Frieden. Dr. Olav Fykse Tveit, Pfarrer, Ökum. Rat der Kirchen (ÖRK), Genf/Schweiz, Fredrik Vahle, Lollar (*Alte Stuttgarter Reithalle, Seidenstr. 34, Stuttgart*)

Schuld und Versöhnung in internationalem Konflikten. Theologische Perspektive: Prof. Dr. Reiner Anselm,

Friedensethik angesichts von Terror und Gewalt (DEKT): Kann Einsatz von Gewalt zu einem gerechten Frieden führen? Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender EKD: Vorbeugen, Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt, Markus Grübel MdB, Staatssekretär Verteidigungsministerium, Thorsten Pfecha, Bundeswehr, Dr. Markus A. Weinhardt, Stiftung Weltethos. Moderation: Andreas Zumach, Journalist. Anwälte des Publikums: Dr. Uta Andrée + Jan Gildemeister. Musik: Ruham, Köln (*Alte Stuttgarter Reithalle, Seidenstr. 34, Stuttgart*)

11:15 Uhr:

Die Menschenkette für den Frieden

vom Zentrum Frieden durch die Innenstadt (siehe auch PROTEST Seite 18-19)

13 – 15 Uhr:

Mittagstisch der Koreanischen Gemeinde

Frieden ist möglich: Prof. Dr. Helga Baumgarten, Universität Bir Zeit, Palästina, Prof. Dr. Jeff Halper, Mitbegründer des Israeli Committee against House Demolitions, Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi. (Thementag Israel – Palästina, KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz) (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

14 Uhr:

Aus Stuttgart 21 klug werden: oben bleiben - Kundgebung

Hauptbahnhof. Franz Alt, Journalist, Martin Poguntke, Theologe, Volker Lösch, Regisseur und AnStifter. Musik: Capella Rebella, Rike Kohlhepp, Violine

15 – 17:30 Uhr:

Aus der Mitte entspringt ein Fluss - Workshop zur Entdeckung der eigenen Kraftquellen. Eva-Maria Willkomm, Trainerin, Ullrich Hahn, Versöhnungsbund

Building peace: the only route to security - Workshop with Diana Francis, international consultant, writer and campaigner

Kirche des Friedens werden – Der friedensethische Prozess in den Landeskirchen – Berichte von Ansätzen aus Baden, Kurhessen-Waldeck, Nordkirche und Rheinland

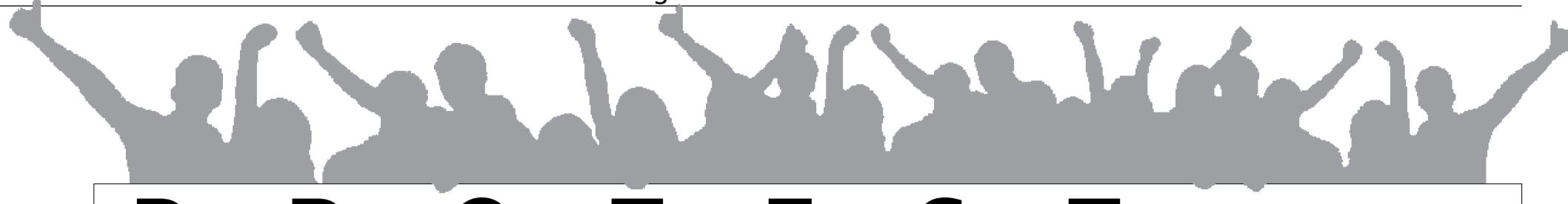
Kirchliche Jugendarbeit gegen Menschenfeindlichkeit: Wo liegen die Gründe für rassistische Tendenzen im Christentum? Wie kann dem engagiert entgegengewirkt werden? Workshop

Friedensdienste in Russland – gerade jetzt! Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Erfahrungen, Begegnungen, Bedingungen für Freiwilligendienste in Russland

Das Schweigen in der Kirche brechen.

Weihbischof Thomas Maria Renz, AG Naher/Mittlerer Osten“ der Bischofskonferenz / Manfred Kock, eh. Ratsvorsitzender der EKD, Mark Braverman, jüdischer Trauma-Therapeut, Kairos USA, Autor von „Verhängnisvolle Scham.“ Moderation: Andreas Zumach, Journalist (Thementag Israel – Palästina) (*Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26*)

Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Spiritualität im Kontext von Gewalt und Frieden. Dr. Olav Fykse Tveit, Pfarrer, Ökum. Rat der Kirchen (ÖRK



PROTEST

... damit wir klüger werden

Systematischer Theologe. Politische Perspektive - Dr. Franziska Brantner MdB. Beispiele der Gegenwart: Bernd Baumgarten, Diakonie Kosova, Mitrovica / Dr. Wolfgang Reinhardt, Theologe und Genozidforscher / Militärbischof Dr. Sigmund Rink / Denise Uwimana-Reinhardt, Überlebende Genozid Ruanda.

Zwischen Mitschuld und Versöhnungsarbeit. Podium. Moderation: Renate Brahms, Friedensbeauftragter EKD. Musik: SacreFleur, Hamburg (*Stiftskirche, Stiftstr. 12, Stuttgart*)

16 Uhr:

Kundgebung

am Mahnmahl gegen Krieg und Faschismus am Karlsplatz - u.a mit dem eh. UNESCO Generaldirektor Federico Mayor (UN Charta) "Menschheit von der Geißel des Krieges befreien". Kultur des Friedens

17 – 19 Uhr:

Das Schweigen in der Politik brechen:

Rainer Arnold MdB, Annette Groth MdB, Uwe Kekeritz MdB, Prof. Dr. Rolf Verleger. Thementag Israel – Palästina: Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel. KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz.

Prof. Rolf Verleger, „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, eh. Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Moderation: Andreas Zumach, Journalist. (Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26)

17 Uhr:

Mahnwache

vor dem AFRICOM, Stuttgart-Möhringen mit Konstantin Wecker, Theodorakis-Ensemble Lebenslauta, Lokomotive Stuttgart, internationalen Gästen und Filmautor Azziz Fall (Senegal). Kultur des Friedens

9.30 – 21.30 Uhr:

Ohne Waffen, aber nicht wehrlos - Gewaltfreie Intervention – Menschen schützen, Gewalt verhindern. Christine Schweitzer (BSV)- Vertreter*innen von Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel, Peace Brigades International, Forum Ziviler Friedensdienst, Nonviolent Peaceforce und Christian Peacemaker Teams

Will Gott den(n) Krieg? Film: Gibt es einen gerechten Krieg / einen gerechten Frieden?

Refugees welcome! Diese Veranstaltung fällt leider aus! Und was sagt Ihnen das? **Was heißt Befreiung – heute und perspektivisch?** Pfr. Christoph Albrecht, Prof. Ulrich Duchrow, Prof. Nico Paech, Dr. Harald Bender, Dr. Beat Dietschy Teilnehmer der Oekumениchen Versammlung 2014 in Mainz im Gespräch. Moderation Peter Schönhöffer.

20 Uhr:

Konzert

mit Esther Bejarano mit Rap Band Microphone-Mafia, **Thementag Israel – Palästina:** Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel. Esther Bejarano spielte im Mädchenorchester in Auschwitz und kämpft leidenschaftlich gegen Antisemitismus, Rassismus, Neonazismus und Ausgrenzung. (Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart, Hospitalstr. 26)

Konstantin Wecker & Margot Käßmann:

Entrüstet Euch! Konzertlesung. Für ein Menschenrecht auf Frieden (*Stuttgart-Möhringen, bei der Martinskirche, Oberdorfplatz 1*)

Weitere Veranstaltungen:

Donnerstag, 4. Juni, 14 h

Bürgerzentrum West

Fukushima – keine Entwarnung

T. Kataoka vom Aizu-Wakamatsu Radiation Center, Japan

Nach einem Update zur aktuellen gesundheitlichen Situation in Fukushima berichtet Frau T. Kataoka vom Aizu-Wakamatsu Radiation Center, Japan über das Leben in den verstrahlten Gebieten. Welche weitere Unterstützung benötigen die Menschen? Wie können wir Einfluss auf die politischen Entscheider nehmen, um die atomare Gefahr in Japan und anderswo dauerhaft zu beenden? Veranstalter: IPPNW Stuttgart, EMS, evang. Paulusgemeinde, AnStifter

Donnerstag, 4. Juni, 16 h:

Zerstörung und Leid durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Ausstellung, konzipiert von „Gensuikyo“, The Japan Council against A- u. H-Bombs.

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) ist Teil der Friedens- und Umweltbewegung. Allein in der deutschen Sektion unterstützen über 6500 ÄrztlInnen mit ihrer oft konkreten humanitären und politischen Arbeit diese Ziele: Ächtung aller Massenvernichtungswaffen, Entwicklung präventiver Friedensstrategien, Flüchtlingshilfe, Anti-Atomarbeit, Tschernobyl- und Fukushima-Hilfe u.a. - 1985 erhielt die IPPNW den Friedensnobelpreis.

Wir diskutieren mit Ihnen über Fukushima und die Konsequenzen.

Publik Forum Damit wir klüger werden

In einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen zu geraten droht, bietet der Kirchentag eine großartige Chance. Er ist der einzige Ort in Deutschland, an dem mehr als 100 000 Menschen zusammenkommen, um über existentielle und politische Fragen zu diskutieren.

Als unabhängige Initiative können wir frei von allen Sachzwängen einer großen Institution und frei von den Einflüssen kirchlich-politischer Gremien oder reicher Sponsoren diskutieren. So werden wir ohne Tabus über die Zukunft des Pazifismus in einer Zeit der Kriege, über Religion und Kirchen in einer säkularen Welt oder auch über Alternativen zu einer ständig weiteren Entfesselung des Kapitalismus reden. Immer geht es uns dabei um ein Denken und Handeln jenseits eingefahrener Gleise und mächtiger Interessen: Auf dass wir nicht nur klug werden, sondern klüger.

Die Leserinitiative Publik-Forum

ist der gemeinnützige Trägerverein der Zeitschrift Publik-Forum, der die Unabhängigkeit der Zeitschrift garantiert. Publik-Forum Zentrum: Kolpinghaus, Heusteigstr. 66, T 0711/64951-0, U-Bahn, S-Bahn Stadtmitte oder U-Bahn + Bus Österreichischer Platz (kein Lift). Im Zentrum werden Getränke / Imbiss angeboten. Infostände in der Medienmeile, Mercedesstraße Zelt M 18 (U11 Neckarparkstadion), Kirchentagsbuchhandlung, Zelthalle 10, Stand 21

Aktuelle Hinweise: http://www.publik-forum.de/content/media/C0CF7D498BC147969316B71C4F6D97F4_Wegweiser_2015.pdf

Der Haken am Kreuz

Do, 5. Juni, 14 Uhr (bis ca. 16.30 Uhr)

Treffpunkt: Vor der Domkirche St. Eberhard, Königstraße 5, Stuttgart: Ein Stadt-rundgang - Kirchen, Politik und Gesellschaft in und um Stuttgart. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den historischen, kirchlichen und politischen Gegebenheiten in der NS-Zeit. An historischen Orten in der Innenstadt wird an Menschen erinnert, es werden Geschichten beleuchtet und Positionen diskutiert, besonders zur Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus. Waren die Kirchen Täter und / oder Verfolgte? Übernehmen sie Mitverantwortung für das Unrecht? Wie positionieren sie sich heute zu Themen wie Frieden und Gerechtigkeit, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus?

Harald Hellstern, Leitung, pax christi, SJR Stuttgart

Ich war fremd

Sa, 6. Juni, 14.30 – 18 h

Open-Air-Bühne Marktplatz Stuttgart Infos und Debatten zu Flucht, Asyl und Willkommenskultur.

Diakonie hilft - Live-Kommentare zur Parade - Genau hinsehen - Ein Blick auf den Konflikt Syrien/Irak (Arnd Henze, Journalist WDR, Berlin)

Wie hilft Deutschland? Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brot für die Welt, Harald Hellstern, pax christi,

Paul Russmann, Ohne Rüstung Leben (vg. S. 22)

Willkommen in Deutschland? Werner Baumgarten, Asylpfarrer und landeskirchlicher Beauftragter im Migrationsdienst (siehe S. 14 / Kosmopolis)

Mozart goes Syria, Opernprojekt mit syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, Stuttgart Sieghard Wilm, Pastor, Hamburg

Moderation: Friedemann Magaard, Pastor, Leiter Christian Jensen Kolleg, Brecklum, Frank Zabel, Nordkirche, Hamburg

Musik: Magic Acoustic Guitars, Schwäbisch Hall

Pressehütte Mutlangen:

Widerstand gegen Atomwaffen

Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen

Ost und West befanden sich im Kalten Krieg. 1983 installierte die Friedensbewegung in einer alten Scheuer, in der bis kurz davor Singvögel gezüchtet wurden, Telefone für die Journalisten, die von den Blockaden gegen die Stationierung der atomaren Pershing-II-Mittelstreckenraketen berichten wollten. Die Scheuer wurde Pressehütte getauft. Heinrich Böll, Günter Grass und andere bekannte Personen blockierten damals das Atomwaffenlager Mutlangen.

Die Pressehütte bot auch jungen Dauerblockieren Unterkunft, die die Raketen beobachteten und mit ihren Protesten bis in die Wälder verfolgten. Sie hausten dort unter einfachsten Bedingungen. Die Polizei umstellte das Grundstück immer wieder, wenn die Atomraketen ins Manöver fuhren.

Rund 3.000 Menschen wurden bei den gewaltfreien Blockaden der Friedensbewegung festgenommen. Sie wurden reihenweise zu Geldstrafen verurteilt - und 200 gingen auch ins Gefängnis. Die Verurteilungen wurden in den 90er-Jahren vom Verfassungsgericht aufgehoben, da waren die Atomraketen schon abgezogen, weil die USA und die UdSSR deren Verschrottung vereinbart hatten. Im schwäbischen Mutlangen kehrte wieder Ruhe ein. Pressehütte – ein Treffpunkt am historischen Ort.

Junge Menschen aus der ganzen Welt haben in internationalen Workcamps die ehemalige Scheuer zu einem ansprechenden Seminarhaus umgebaut. Die Pressehütte ist heute ein Tagungshaus im Selbstversorgerstil, das jeder/r Interessierte mieten kann. Auch während des Kirchentags bietet die Pressehütte Unterkunft für ein Workcamp.

Die Pressehütte ist ein Dach für Friedensaktivitäten. Wahr sind die Atomwaffen vor der Haustür verschwunden, aber noch gibt es Atomwaffen in Deutschland und die Atomwaffenstaaten haben noch nicht wirklich abgerüstet. Immer wieder geht es nach Büchel in die Eiffel, dem letzten deutschen Atomwaffenstandort. Zusammen mit den Bürgermeistern für den Frieden - auch der Mutlanger Bürgermeister macht dabei mit - setzen sich die Mutlanger Friedensaktivisten für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Von hier aus werden mit Jugendlichen Studien- und Aktionsfahrten zu den Verhandlungen über den Atomwaffenfriedensvertrag organisiert.

Pressehütte – der Film

Das Engagement der Pressehütte verbindet Erinnerung an die Vergangenheit und Aktivsein in der Gegenwart. Isabell Huber hat zusammen mit Jugendlichen einen Film produziert. Gedreht wurde in Mutlangen, Büchel und Genf. Der Dokumentarfilm „Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen“ schlägt den Bogen vom gewaltfreien Widerstand im schwäbischen Mutlangen zu den Aktionen gegen die letzten in Deutschland stationierten Atomwaffen in Büchel in der Eiffel und kann als DVD-bestellt werden.

Pressehütte – aktuell

Im August sind seit 70 Jahren seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki vergangen. Erinnerung und Protest soll mit den Aktionen verknüpft werden. Die Pressehütte unterstützt Aktionsgruppen mit Ausstellungsmaterial und Anregungen zu Aktionen.

Kontakt: Pressehütte Mutlangen, Forststr. 3, D 73557 Mutlangen, T 07171 75661, post@pressehuette.de, www.pressehuette.de, www.atomwaffenfrei.de

Critical Mass Stuttgart

Fahrradstadt-rundfahrt

Fr. 5. Juni, START 18.30 h

am Feuerseeplatz, Stuttgart-Stadtmitte Mitradgelegenheit um 18 h Neckarpark: U-Bahn Mercedesstraße, Graffiti Hall of Fame

Jeden Monat schließen sich in Stuttgart am ersten Freitag des Monats hunderte Bürger zum Mass zusammen: Ein Stück lebendig-bunt-urbaner Subkultur, die es weltweit gibt und Deutschland seit zwei Jahren einen starken Aufwind erlebt. Entdecke Stuttgart mit dem Rad, genieße die Beat-bikes und werde Teil der Gegenbewegung zur Blechlawine auf den Straßen unserer Städte - und zu Hause dann dafür sorgen, dass solche Beispiele Schule machen.

Info: criticalmassstuttgart.wordpress.com facebook.com/getonyourbike http://mitradstuttgart.de/

Fahrradleihe: https://www.kirchentag.de/dabei_sein/zurechtfinden/mobil_sein/mobile_per_rad.html

PROTEST - Lexikon

Die Texte der Kästle zum PROTEST-LEXIKON in dieser Zeitung stammen meist, aber nicht immer und auch nicht immer wortgetreu aus dem „PROTEST-Handbuch für erfolgreiche Demonstrationen, Attacken und Aktion“ von Sandra Benz und Vera Warter, ISBN 978-3-00-031019-5. Ein tolles, hilfreiches, anregendes und humorvolles Buch mit 1000 Tipps für einen protestreichen Alltag.

Glückwunsch an die AutorInnen!

Israel – Palästina:

Das Schweigen brechen

Gerechtigkeit schafft

Frieden in Palästina und Israel

2009 richteten sich palästinensisches Christinnen und Christen mit ihrem in Bethlehem verabschiedete Kairos Palästina Dokument an Menschen aller Gläubensrichtungen im Nahen Osten sowie an die Kirchen der Welt und an die internationale Völkergemeinschaft. Sie bitten bis heute darum, der Bevölkerung Palästinas zur Seite zu stehen und sich im Sinne ihres Plädoyers für Gerechtigkeit für ein Ende der Besetzung palästinensischen Landes einzusetzen. Dieses Thema wurde auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München behandelt. Bitten und Anträgen, dem Dokument und seinen VerfasserInnen - angesichts der sich weiter verschlechternden Lage in Palästina und des fortgesetzten illegalen Siedlungsbaus - ein Forum zu geben, wurden für die Kirchentage 2011 in Dresden, 2013 in Hamburg und 2015 in Stuttgart vom Zentralen Büro des DEKT in Fulda abgelehnt. Daraufhin entschied sich das KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz, eigene Veranstaltungen zu Israel und Palästina als Ergänzung zum Programm des DEKT 2015 anzubieten. Die Nahost-Kommission der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi und die AG Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg gingen für den Thementag am 6. Juni mit dem KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz eine Kooperation ein.

9.30h **Rupert-Mayer-Haus Hospitalstr. 26**

www.gerechtigkeit-schafft-frieden.de

Manfred Budzinski, Sprecher der Nahost-Kommission pax christi Deutsche Sektion

Welthaus Weltladen WeltCafé

In direkter Nachbarschaft zum Willkommenszentrum der Stadt und der Region Stuttgart, zum Welthaus und nur wenige Schritte vom Weltcafé und dem Globalen Klassenzimmer entfernt, können Besucher in völlig neu gestalteten Räumen eine exklusive Auswahl an fair gehandelten Produkten kennenlernen.

WeltWerkstatt Ein Teil des WeltHauses ist die WeltWerkstatt mit zwei Büro-Arbeitsplätzen für Eine-Welt- und Migranten-Gruppen. Dazu gehören ein Besprechungsraum und zwei temporär nutzbare Arbeitsplätze (einer mit PC) und eine kleine Besprechungsecke.

Das Globale Klassenzimmer im WeltHaus in Stuttgart ist ein außerschulischer Lernort, der seinen Gästen die ganze Welt in ihrer kulturellen Vielfalt eröffnet und Handlungsalternativen zeigt. Lust auf Veränderung, politisches Engagement und kritischer Konsum sind gefragt. Das Globale Klassenzimmer ist ein Projekt des WeltHaus Stuttgart, des Entwicklungspädagogischen Informationszentrums (EPiZ) Reutlingen und der Engagement Global gGmbH.

Kontakt: Christian Fulterer
[christian.fulterer\(at\)welthaus-stuttgart.de](mailto:christian.fulterer(at)welthaus-stuttgart.de)
T +49 711 / 315 163 – 49



Willkommen im WeltCafé Stuttgart

Täglich 10–22 h, Sonntags 10–20 h

Willkommen in Stuttgart: Friedensstadt und Kriegszentrale

Als „Morgenröte der Menschheit“ erlebten viele Menschen den 8. Mai 1945. Für die Mehrheit der Menschen in Europa bedeutete er die Befreiung vom faschistischen Terror und Krieg: die Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Zukunft. In Deutschland wurde die Erinnerung an das Ende des Krieges zunächst von Begriffen wie „Kapitulation“, „Niederlage“ und „Zusammenbruch“ geprägt. Erst im Jahr 1985 sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum ersten Mal vom „Tag der Befreiung“ und wechselte damit die Perspektive von der Sicht der Täter auf jene der Befreiten.

Vor der Geißel des Krieges bewahren

Mehr als 55 Millionen Menschen fielen dem Nazi-Terror, dem Holocaust und dem Vernichtungskrieg zum Opfer. „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ bekannte 1945 in Stuttgart der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland. In der Präambel stellen die Mütter und Väter des Grundgesetzes klar: „Deutschland soll dem Frieden dienen.“

Die Völker der Vereinten Nationen waren „fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat.“

Doch mindestens 25 Millionen Menschen wurden seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in zahlreichen Kriegen ge-

tötet. Auch deutsche Soldaten beteiligen sich wieder an Kriegseinsätzen. Und mit der Genehmigung von Rüstungsexporten an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer bestehender Konflikte.

Friedensstadt und Kriegszentrale

Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigt sich auch in Stuttgart. Hier befindet sich die Geschäftsstelle von *Ohne Rüstung Leben*. Hier steht – von uns initiiert – ein Denkmal für die Deserteure aller Kriege. In den Schulen werden Streitschlichter ausgebildet. Die Stadt erhielt 2004 für ihre vorbildliche Integrationsarbeit den „UNESCO Cities for Peace Prize“ und engagiert sich in der weltweiten Gemeinschaft der „Bürgermeister für den Frieden“ für die Abschaffung aller Atomwaffen.

Doch Stuttgart ist vom Tod umgeben.

In Stuttgart befinden sich zwei der sechs US-Kriegs-Kommandozentrale: Das AFRICOM und das EUCOM. Das AFRICOM in Stuttgart-Möhringen steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden zum Beispiel die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen befehligt die US-Atomwaffen in Europa. Außerdem koordinierte es zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak, Serbien und Libyen und das Kriegsmännen „Rapid Trident“ in der Ukraine.

Zentrum Frieden und Friedenskette

Anfang Juni ist der Evangelische Kirchentag in Stuttgart zu Gast. Seine Lösung lautet: „Gott, lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf das wir klug werden.“ (Psalm 90,12)

Anders als der Kirchentag thematisiert *Ohne Rüstung Leben* jedoch nicht das unvermeidliche „natürliche“ diesseitige Ende jeder einzelnen Person. Wir haben den von Menschen zu verantwortenden Mord und Totschlag durch Atomwaffen, Drohnen und Kleinwaffen gegenüber unseren Mitmenschen in aller Welt im Blick.

Zum Kirchentag 2015 geben wir gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen und kirchlichen Institutionen im Zentrum Frieden der Friedenstheologie der Gewaltfreiheit und dem Pazifismus einen angemessenen Raum.

Am Samstag, dem 6. Juni 2015, um 5 Minuten vor 12 bilden wir unter dem Motto „Den Krieg aus Stuttgart stoppen“ eine Menschenkette vom Zentrum Frieden über den Landtag bis zum Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Stauffenbergplatz im Zentrum von Stuttgart.



Paul Russmann
(Geschäftsführer der ökumenischen Aktion *Ohne Rüstung Leben*)
www.zentrumfrieden2015.de // www.friedenskette2015.de

Südkorea: 660 Kriegsdienst- verweigerer in Haft

In einem nach wie vor geteilten Land setzen sich in Südkorea mehr und mehr Gruppen dafür ein, die Politik der Konfrontation zu beenden, das Land zu entmilitarisieren und die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen. „In unserem Land ist die Kriegsdienstverweigerung ein unglaublicher Skandal“, berichtete auf verschiedenen Veranstaltungen im Mai 2015 in Deutschland die bei *World Without War* aktive *Yeo-ok Yang*: „Die Regierung steckt mehr Geld in das Militär mit der immer gleichen Ausrede von eskalierenden Spannungen mit Nordkorea.“

Alle, die die Militarisierung in Frage stellen, zahlen einen hohen Preis. Alle Männer sind militärdienstpflichtig, es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. So werden Kriegsdienstverweigerer in aller Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. „Zwischen 2004 und 2012 waren durchschnittlich mehr als 660 Verweigerer in Haft“, ergänzte bei den Veranstaltungen der Kriegsdienstverweigerer Myungjin Moon.

Von April bis Juni 2015 hat Connection e.V. gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen Aktive von *World Without War* nach Deutschland eingeladen. Neben der Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung hat die Organisation auch ein Programm zur Gewaltfreiheit und führt eine Kampagne gegen Kriegsprofiteure durch. Im Rahmen des Kirchentages wird es drei Veranstaltungen geben, auf der Aktive der Organisation über ihre Arbeit berichten.

Rudi Friedrich

www.withoutwar.org

www.Connection-eV.org/suedkorea

Der AMOS-Preis der OFFENEN KIRCHE

Sponsoring an Schulen verboten

NRW gibt ein Beispiel

„Tu deinen Mund auf für die Stummen!“ Unter diesem Motto verleiht die OFFENE KIRCHE seit 2001 alle zwei Jahre den AMOS-Preis für Zivilcourage in der Kirche und darüber hinaus. Benannt nach dem Propheten AMOS, der den Israeliten die Leviten las, bekamen ihn bisher Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, wie die österreichische Regionalbischof Gertrud Knoll, Pfarrerin Beatrix Spreng aus Joachimsthal und die Journalistin Halina Bortnowska, Menschen die sich für Flüchtlinge einsetzen, wie die Basisgemeinschaft „Brot und Rosen“, Major Florian Pfaff, der sich der digitalen Unterstützung des Irak-Kriegs verweigerte, aber auch Aidspfarrer Petrus Celen, der sich um Stricherjungen in Stuttgart kümmert.

Der Preis ist dotiert mit 5.000 Euro. Eine unabhängige Jury wählt den oder die Preisträger_innen aus. Schirmherr ist Dr. Erhard Eppeler. Bewerbungen können an den Geschäftsführer Roland Helber geschickt werden, E-Mail: amospreis@offenekirche.de.

Weitere Informationen auf der Homepage der OFFENEN KIRCHE: www.offene-kirche.de



Wenn eine Schule ihren Schülern heute etwas bieten will, dann geht das selten noch ohne Geld. Weil es aber am Geld in der Regel mangelt, greifen immer mehr Schulen auf Sponsoren zurück – auch aus der Wirtschaft. Für die Schulen war es bisher eine willkommene Einnahmequelle und für die Unternehmen eine Gelegenheit, ihr Image aufzupolieren. Fünf Gymnasien in Niedersachsen betreiben Partnerschaften mit Energiekonzernen. Doch damit ist nun Schluss: Das Niedersächsische Kultusministerium hat entschieden,

dass Schulen nicht mehr mit Energieunternehmen zusammenarbeiten und sich von ihnen sponsern lassen dürfen. Das Ministerium sehe durch das Sponsoring die Gefahr einer möglichen Einflussnahme durch die Unternehmen, sagte ein Sprecher NDR 1 Niedersachsen. [...]

Das Ministerium teilte mit, dass das Verbot nicht aufgrund von Schulbesuchen oder Gesprächen mit Lehrern verhängt worden sei, sondern wegen der zugrunde liegenden Verträge. Die Politik habe erkannt, dass Lobbyismus an Schulen ein reales Problem darstelle, sagt Felix Kamella vom Verein Lobby Control. Er spricht auch von einer Signalwirkung für andere Kooperationen. An den Gymnasien kommt der Kurswechsel dagegen nicht gut an. Die Entscheidung gehe zulasten der Schüler, die die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen gewünscht und davon profitiert hätten, so Schulleiter Detlev Lehmann vom Domgymnasium in Verden.

(Quelle: NDR, Mai 2015)

Wir verkaufen alles

Zehn Jahre Hartz IV – Elend als Exportmodell?

Hartz IV war ein Erfolgsmodell. Es hat uns nicht nur ein Wunder von „Jobs“ gebracht, weil wir, wie Gerhard Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum 2005 in Davos prahlte, „einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut haben, den es in Europa gibt“. Bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen wurden normale Arbeitsverhältnisse zerlegt in Teilzeit-, Mini- und Midijobs, von denen man nicht mehr

Neue und längst vergessen geglaubte Armutsumformen der Kinder- und Altersarmut sind wieder aufgetaucht.

Die Zahl der Menschen auf Sozialhilfenebene stieg zwischen 2004 und 2014 von 3,3 Mio. auf 7,8 Mio. Jeder vierte „Hartz-IV-Fall“ ist ein Kind.

Prekäre Beschäftigungsformen wie Niedriglohn, Minijobs, Teilzeit, befristete und Zeitarbeitsverhältnisse haben Nor-



malarbeitsverhältnisse ersetzt. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet bereits zum Niedriglohn.

Angst und größere soziale Kälte begleitet die Entwicklung.

Die große Hartz-IV-Lüge, jede(r) könne in gesicherte Arbeit vermittelt werden, Arbeitslosigkeit sei deshalb ein individuelles Problem, schlägt den Betroffenen ins Gesicht. Tatsächlich beruht der Rückgang der Arbeitslosen zu einem großen Teil auf Menschen, die nicht mehr gezählt werden. Die Bundesagentur weist sie in einer Nebenstatistik mit fast einer Million „Unterschäftigten“ aus. 1,3 Mio. Beschäftigte müssen durch Hartz IV „aufgestockt“ werden, weil ihr Verdienst nicht zum Leben reicht. Und selbst im wirtschaftlichen Boomjahr 2014 stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen an.

Schmerhaft ist auch die extreme Schieflage zwischen dem proklamierten „Fördern und Fordern“. Einseitig wurde das Gesetz seit 2005 über 60-mal geändert und weitgehend verschärft, zum anderen erfolgte die größte Förderkürzung der Arbeitslosenfürsorge: im „Sparpaket“ zur Bankenrettung wurde den Arbeitslosen von 2011 bis 14 über 30 Milliarden € genommen. Eigentlich sollte Hartz IV ihre Vermittlung verbessern.

Auch die Zwillinge Armut und Rechtlosigkeit finden wieder zusammen. Insbesondere Frauen fluchen über die fehlende Augenhöhe bei der Lohnaushandlung, weil sie jeden Lohn annehmen müssen. Ab 63 können Leistungsbezieher zwangsvorrentet werden, bei Verweigerung eines Rentenantrags kann das Jobcenter den Antrag gegen ihren Willen stellen. Und während der Normalbürger kein Knöllchen bezahlen muss, bis über seinen Widerspruch entschieden ist, fehlt diese aufschließende Wirkung bei Hartz-IV-Berechtigten - selbst, wenn alles Geld gestrichen wurde.

In der Beratung Betroffener und dem Blick auf die Welt von unten wird schnell klar, dass Hartz IV ein Verstoß gegen die Menschenwürde ist und eigentlich jedem Politiker ohne Kontakt zu Betroffenen die Sachkunde fehlt. Wirksame Hilfen für Betroffene sind eine kompetente Beratung und „Begleitschutz“ zum Amt. Und nicht zuletzt sorgen immer wieder die Gerichte dafür, die schlimmsten Verstöße in der „Entrichtungszone Hartz IV“ zu korrigieren.

Frieder Claus

1 Siehe z.B. Prof. Dr. Helga Spindler, Univ. Duisburg; „Wer steckt hinter Hartz IV? – Die Ghostwriter der Hartz Kommission“, mehrfach im Internet zu finden

2 z.B. Manfred Kock, EKD-Ratsvorsitzender; „Mut zu Reformen“, 15. Jan. 2003

3 Peter Hartz, „Macht und Ohnmacht“, Hoffmann & Campe 2007

4 Christoph Butterwegge, „Hartz IV und die Folgen“, Beltz Juventa 2015

Gesprächskreise »Parteien in der Kirche? – Igittigitt!«

So denken viele in anderen Landeskirchen, wenn sie von den württembergischen Gesprächskreisen hören; so denken viele auch in unserer Landeskirche, und so ist es immer wieder aus anderen Gesprächskreisen zu hören. Schließlich sind wir doch alle Schwestern und Brüder, die einträglich und harmonisch miteinander leben und glauben sollen!

Bisher sind daran auch alle Versuche der OFFENEN KIRCHE gescheitert, die Gesprächskreise und ihre Funktion in der Verfassung oder in der Geschäftsordnung der württembergischen Landessynode zu verankern.

Die OFFENE KIRCHE steht trotzdem zur Organisation der Synode in Gesprächskreisen. Parteien in der Kirche sind keine Schande. Es hat sie vom ersten Moment der Kirche an gegeben. Unterschiedliche Positionen sind Ausweis der Ernsthaftigkeit in Glaubensfragen. Unterschiedliche Positionen klar zu benennen, sorgt für Transparenz. Positionen, wie sie in Württemberg vertreten werden, gibt es auch in anderen Landeskirchen. Nur werden die Auseinandersetzungen dort oft weniger klar und durchschaubar, sondern eher „unter dem Tisch“ ausgetragen. Wir wollen Transparenz und Klarheit!

Die Organisation in Gesprächskreisen stärkt die Synode im Gegenüber zur Verwaltung. Der/die einzelne Synodale ist in der Regel überfordert, wenn er/sie alleine Mehrheiten für eine (abweichende) Meinung organisieren muss. Im geschützten Raum des Gesprächskreises können auch spontane und vielleicht noch unausgegorene Ideen und Gedanken eingebracht und diskutiert werden. Vielleicht wird so im gemeinsamen Nachdenken aus einem „spontanen Einfall“ noch eine geniale Idee oder er wird in aller Stille begraben. Beides dient der Qualität in der synodalen Arbeit.

Wenn wir die Urwahl als württembergische Besonderheit nicht aufgeben wollen, brauchen wir Gesprächskreise, die das Profil der Kandidat_innen sichtbar machen auch dort, wo diese nicht allen Wähler_innen bekannt sind. Die OFFENE KIRCHE will die Gesprächskreise nicht nur erhalten, sondern in ihrer Funktion stärken und auch rechtlich verankert sehen.

Gerhard Schubert, 2. Vorsitzender der OFFENEN KIRCHE, war von 2002 bis 2013 in der Landessynode

Für Vielfalt und Gerechtigkeit - mit Profil und Biss: Das Buch zum 40. Geburtstag der OFFENEN KIRCHE ist auf dem Markt der Möglichkeiten (an einer Ecke) am Stand der OK auf dem Cannstatter Wasen in der Zelthalle 2 Nr. A 20 zu bekommen. Sie können dort auch Synodale und Vorstandsmitglieder der OFFENEN KIRCHE treffen - und dort gibt's auch Protest.

Offene Kirche JK
Evangelische Vereinigung in Württemberg

PROTEST - Lexikon

Sabotage

Die Bezeichnung Sabotage stammt von dem französischen Wort „sabot“, Holzschuh. Im 19. und 20. Jahrhundert warfen französische Arbeiter einen Holzschuh in Maschinen, um diese lahm zu legen und gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren.

Im betrieblichen Umfeld kann Sabotage von Arbeitnehmern ausgeübt werden, die Unstimmigkeiten gegenüber einem Arbeitgeber zum Ausdruck bringen, die Produktion still legen und die Effizienz des Unternehmens untergraben wollen. Diese Art von Sabotage kann auf Zeitverluste oder anderes hinwirken, was darauf abzielt, die Produktivität zu verringern.

Die Stuttgarter Kirchentage – Geburt der OFFENEN KIRCHE

Jo Krummacher, der verstorbene Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, beschrieb 1999 die Ziele von Kirchentagen so: „Kirchentag macht Kirche sichtbar - Kirche, wie sie tatsächlich ist und Kirche, wie sie tatsächlich sein könnte.“ Die Kirchentage von 1952, 1969 und 1999 haben Kirche - vor allem auch die Württembergische Landeskirche - gezeigt, aber auch viele Impulse gesetzt, wie Kirche sein könnte.

Friedenspolitik

1952 diskutierten die Christ_innen unter der Losung „Wählt das Leben“ im noch stark zerstörten Stuttgart die mögliche Wiederbewaffnung der BRD und eine angemessene Friedenspolitik in Europa. Die Deutschlandpolitik der jungen Bonner Republik war Thema, nachdem die Gäste aus der DDR keine Reisepapiere erhalten hatten. Ihr Fehlen war schmerzlich, aber in den Aussprachen über das Christ- und Menschsein in der DDR zeigten sich schon erste Verständnisprobleme als Folge der Teilung Deutschlands. Die Kirchentagsbewegung in der BRD wurde langsam zu einem kritischen Begleiter, einer evangelischen „Zeitansage“ für den westdeutschen Teilstaat.

Gerechtigkeit

1969 fand der zweite Stuttgarter Kirchentag unter der Losung „Hungern nach Gerechtigkeit“ statt. Viele Berichte stuften dieses Treffen als den „turbulentesten aller bisherigen Kirchentage“ ein. Die Stimmung in der studentischen Jugend seit Mitte der sechziger Jahre spiegelte sich bei den Veranstaltungen wider (vgl. dazu „Gott ist rot“ auf Seite 2 und zur Barmer Erklärung). Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde besonders kontrovers zur „Zukunft der Gesellschaft“ um ein gerechtes wirtschaftliches und soziales Verhältnis zwischen den reichen und armen Nationen der Erde diskutiert.

Die Wurzeln der OFFENEN KIRCHE

Die Schlussversammlung im Neckarstadion gipfelte in der „Eroberung“ des Podiums durch Oppositionelle von der linken und rechten Seite: Die einen wollten die Mitbestimmung aller Teilnehmenden in allen Fragen des Kirchentags, den anderen zeigten sich in diesen Vertretern die „Kirchenfeinde, Gottesfeinde und Christusfeinde“. Die Parole lautete von nun an: „Die Kirchenfeinde haben sich vorgestellt. Nehmen wir den Kampf auf!“ Manche der auf dem Kirchentag diskutierten Gedanken waren schon früher und andereswo geäußert worden, prallten aber hier in aller Schärfe aufeinander. Die Entstehung der OFFENEN KIRCHE hat in diesen Auseinandersetzungen ihre Wurzeln. Pietistisch geprägte Kreise grenzen sich als Konsequenz aus den Ereignissen klar vom Kirchentag als „Kirchenfeind“ ab und gründeten den Christustag als ein ihren Vorstellungen gemäßes Treffen. Zusätzlich kam es nicht zu der traditionellen Einladung zum nächsten Kirchentag!

Dreißig Jahre Funkstille

Erst 30 Jahre später lud Landesbischof Eberhardt Renz den Kirchentag wieder nach Stuttgart ein. Manche Polarisation aus dem Jahr 1969 konnte überwunden und ein im Kern tolerantes Nebeneinander verschiedener Glaubensformen erreicht werden. Unter der Losung „Ihr seid das Salz der Erde“ ging es um die Zukunft des Glaubens in unserer Gesellschaft und die Bedeutung der christlichen Botschaft für die Welt. Die Kampagne „Erlassjahr 2000“ thematisierte erneut die Probleme, die schon 1969 zum gerechten Verhältnis zwischen Ländern des Nordens und des Südens diskutiert worden waren. Zum 50. Geburtstag des Kirchentages wurde wieder deutlich, dass er eine evangelische Zeitansage, eine Orientierung in

politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen und ethischen Fragen ist, wie beim Vortrag von Prof. Moltmann „Gibt es ein Leben nach dem Tod? Wo sind die Toten?“, dem „Liturgischen Tag Ernst Lange“ - hier war u.a. Philip Potter beteiligt - und dem Forum „Beteiligungskirche“ mit der Frage: „An welcher Kirche wollen wir uns beteiligen?“ Die Bibelarbeiten von Wolfgang Huber, Dorothee Sölle und Jörg Zink zeigten durch die intensive Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Texten, warum sie zu den zentralen Elementen eines Kirchentages zählen.

Beim Schlussgottesdienst im Gottlieb-Daimler-Stadion forderte Kirchentagspräsidentin Barbara Rinke: „Schaltet die Talkshows ab! Nehmt eure Verantwortung als mutige Bürgerinnen und Bürger wahr! ... Mut werden wir brauchen, um unsere Träume nicht zu begraben. In einer Gesellschaft, die Fastfood für Körper und Seele den Vorzug gibt, wird die Vision des Volkes Gottes nicht jeder teilen.“ Und Superintendent Gertraud Knoll aus Eisenstadt - die erste AMOS-Preisträgerin der OK, die später aus der ev. Kirche Österreichs austrat wegen deren Wort zum Tod von Jörg Haider - bezog Stellung zum Rassismus: „Machtvoll auferstanden, in Gedanken, Worten und Werken, nicht nur zum Fürchten ‘weit weg’, sondern mitten unter uns. Verharmlost wieder bis zur Salofähigkeit.“

„Damit wir klug werden“

Der vierte Kirchentag in Stuttgart: Für Prof. Andreas Barner, den Präsidenten des 35. DEKT, bietet er die „Chance, eine Botschaft der Toleranz, des gegenseitigen Zuhörens und des Willens zum Dialog zu versenden“. Als deutliches Zeichen für einen „Friedenskirchentag“ ist es gelungen, den Christustag am Donnerstag ins Programm mit aufzunehmen. Vielleicht gelingt es, Grenzen erträglicher zu machen und Brücken zu bauen, denn die Bibel ist für beide Seiten das zentrale Buch. Keiner darf aber gezwungen werden, eigene Überzeugungen aufzugeben.

Auch beim Gedenken zu Beginn auf dem Karlsplatz am Mittwoch ist das Bibelverständnis indirekt ein Thema. Bei dieser Veranstaltung soll an die Verfolgung und Ermordung gleichgeschlechtlich Liebender in der Zeit des Nationalsozialismus und danach gedacht werden.

Professor Barner nannte als „Dreiklang“, der die Kontur des Kirchentages bilden wird, die Themen „Frieden und Flüchtlinge“, „Wirtschaft und Werte“ und „Demokratie und Daten“. Drei von der Landeskirche verantwortete Zentren sind dem zugeordnet: „Stuttgarts Reichum: Kulturelle und religiöse Vielfalt in der Region“, „Evangelisch (nicht nur) in Württemberg“ und das „Zentrum Jugend“ mit dem Konfi-Tag am Samstag. Das Stuttgarter Gasthaus, das 2013 in Hamburg nach Stuttgart einlud, ist auf dem Schlossplatz aufgebaut für die nationalen und internationalen Partnerschaften der Landeskirche und ihrer Gemeinden. Die Generalsekretärin des Kirchentags, Ellen Ueberschär warb: „Kirchentag im Süden Deutschlands ... das heißt, eine wirtschaftsstarke Region mit hoher Integrationsleistung von Zuwanderern wahrzunehmen und mit einer vielfältigen, spannenden, vitalen Evangelischen Kirche zusammenzuarbeiten.“

Peter Treuherz, Kirchheim/Teck, Mitglied im Vorstand des LA Württemberg und der Projektleitung Abend der Begegnung



ESGn: Evangelische Studentengemeinden und ihre Arbeit

Die ESG ist ein studentisch verantworteter Verband und arbeitet an gesellschaftspolitisch relevanten Themen. Als Dachverband der rund 130 Evangelischen Studentinnengemeinden (ESG, Mehrzahl: ESGn) in den verschiedenen deutschen Hochschulorten bieten wir Veranstaltungen und Mitarbeit in studentischen Selbstverwaltungsgremien an. Um dem schnellen Wandel studentischer Lebenswelten und der großen Fluktuation an den Hochschulen Rechnung zu tragen, formuliert die ESG ein möglichst offenes Programm. Dabei werden Grundlinien eines vielfältigen Dialogs deutlich: das kritische Gespräch zwischen Theologie und Glaube, zwischen Theologie und anderen Wissenschaften, zwischen Frauen und Männern; politische und kulturelle Bildungsmöglichkeiten, soziale Projekte, Begegnungsangebote, Beratung und Seelsorge.

Die Bundesarbeit der ESG richtet sich an alle Gemeinden, fordert sie zur Mitarbeit auf und räumt ihnen Sitz und Stimme in der ESG-Bundesversammlung ein. Sie unterstützt die Arbeit der Gemeinden durch Seminare, Fortbildungen und Serviceleistungen. Auch auf Bundesebene entscheiden die Studierenden: sie entscheiden über Perspektive und Strukturen der Arbeit, wer auf welcher Ebene die ESG vertreten soll.

ACTION NOT WAR Die EAK (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden) hat einen Gemeinschaftsstand mit der AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden), der Kef (Konferenz ev. Freiwilligendienste) und der KfF (Konferenz für Friedensarbeit in der Ev. Kirche). Markt der Möglichkeiten, Do bis Sa 10.30 bis 18.30 Uhr, Themenbereich 6 „Frieden, Nachhaltigkeit, Wirtschaft“, thematisches Stichwort „Gewalt überwinden – Frieden schaffen“. Zelthalle 8, Stand D16.

ACTION NOT WAR Die ESG hat einen Doppelstand mit dem Studienbegleitprogramm (STUBE) für ausländische Studierende. Do bis Sa 10.30 - 18.30 Uhr, Themenbereich 1 „Theologie und Spiritualität“, Zelthalle 2, Stände B07 + B09. Dort gibt's auch die Protest-Zeitung.

ACTION NOT WAR Fr. 5.6. 11 - 12.30 Uhr Südkorea – kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Rudi Friedrich (Connection) und Seungho Park, World Without War, Südkorea. Themenzelte 5, Cannstatter Wasen

www.bundes-esg.de



PROTEST - Lexikon

Bojkott

Das Wort Boykott geht auf den Güterverwalter Charles Boycott zurück, der wegen seiner ungerechten Strenge gegenüber seinen irischen Pächtern in Verruf gekommen war und fortan keine Pächter mehr finden und keine Waren kaufen oder verkaufen konnte. Der Boykott im Allgemeinen ist eine einmalige Angelegenheit, die zum einen das Ziel verfolgen kann, den Gegner bloßzustellen oder ihn ökonomisch zu bestrafen, zum anderen kann sie Veränderungen oder Reformen erzielen. Einige Boykottmaßnahmen sind jedoch auf eine langfristige Änderung von Kaufgewohnheiten oder politischer Verhältnisse ausgerichtet und zielen beispielsweise darauf ab, eine Änderung im Verhalten eines Unternehmens zu erreichen. Expressive Boykotte hingegen bringen die Frustration des Boykotteurs zum Ausdruck. Wenn eine Wahl boykottiert wird, so ist der Boykott eine Form der Missbilligung.

Nasses Grab

Über das Meer kommen sie zu uns. Ihre Heimat steht in Flammen, marodierende Dschihadisten haben ihr Land besetzt als Antwort auf den Terror, mit dem der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad sein Land überzogen hat. Syrien erlebt einen unmenschlichen Bürgerkrieg: Der Islamische Staat mit seinen Kämpfern, die Freie Syrische Armee und ein Bündnis von über sechzig Oppositionsgruppen versuchen, die Herrschaft von Assad zu brechen. Von März 2011 bis März 2015 sind nach Angaben der Vereinten Nationen 220.000 Menschen getötet worden. 2,6 Millionen Syrer flohen aus ihrem Land. Ein Teil von ihnen ist in Ägypten gestrandet und sie haben versucht, sich eine neue Existenz aufzubauen.

Auch da gerieten sie unter Druck, nachdem das Militär den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mursi gestürzt hatte. In wenigen Monaten wendete sich die Stimmung gegen die syrischen Flüchtlinge. Sie waren in ein Land gekommen, das für sie den arabischen Frühling symbolisierte und nun zur Falle wurde. Fremdenhass hatte sich am Nil breit gemacht, geschürt durch TV-Moderatoren. Mutig hatten sie sich eine neue Existenz aufgebaut, betrieben Export/Import-Handel, plötzlich galten sie als Terroristen, die Unsicherheit bringen und wurden als Schmarotzer gebrandmarkt, die den Ägyptern ihre Jobs wegnehmen wollen.

Der Zeit-Reporter Wolfgang Bauer kannte einige von ihnen aus seinen Einsätzen in Homs. Nun wollte er sie zusammen mit dem tschechischen Fotografen Stanislav Krupař auf ihrer Flucht nach Europa begleiten. Die beiden hatten sich eine Legende zurecht gelegt: Sie geben sich als Englischlehrer einer Kaukasusrepublik aus, wären aufgrund großer politischer und wirtschaftlicher Probleme zur Flucht getrieben worden.

Europas Grenzen sind gut gesichert. Die europäischen Staaten finanzieren eine Organisation, die verhindern soll, dass die Flüchtlinge hierher kommen: Frontex. Sie ist privatwirtschaftlich strukturiert, ausgestattet mit Steuergeldern aus Europa.

An den „Mauern“ Europas starben bis Anfang 2014 ca. zwanzigtausend Flüchtlinge. Die meisten ertranken im Mittelmeer. Keine Seegrenze weltweit fordert mehr Menschenleben. An der innerdeutschen Grenze starben in fünfzig Jahren zweihundertfünfundvierzig Flüchtlinge. Sie wurden als Symbol der Unmenschlichkeit kritisiert. Doch wie reagiert die Öffentlichkeit der freien Welt auf die Toten, die auf ihrer Flucht aus den Krisengebieten des nahen Ostens zu uns im Mittelmeer ertranken?

Es war Papst Franziskus, der am Anfang seines Pontifikats nach Lampedusa reiste und das Elend der Flüchtlinge geblähte. Wo waren die Politiker aus dem christlichen Abendland, als der Papst für die Opfer betete? Haben die Anhänger von Pegida je die Schicksale der umgekommenen Menschen in den Blick genommen? Sie verteidigen die Werte des christlichen Abendlandes. Ist nicht die Nächstenliebe eine zentrale Botschaft des Christentums? „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“. Wie passt das zusammen?

Wolfgang Bauer und Stanislav Krupař haben sich zusammen mit den Flüchtlingen auf den Weg gemacht, haben ihr Schicksal geteilt. Bis sie von der ägyptischen Küstenwache geschnappt, ins Gefängnis geworfen und in die Türkei abgeschoben wurden. Sie habe nicht aufgegeben, haben weiter Kontakt mit ihren flüchtenden Freunden gehalten, die es glücklicherweise bis nach Schweden geschafft haben. Über dieses riskante Unternehmen hat Wolfgang Bauer eine packende Reportage geschrieben, die der Suhrkamp-Verlag veröffentlicht hat: „Über das Meer – Mit Syrem auf der Flucht nach Europa“.

Michael Seehoff

Zu viel Sex in der Schule?

Der Streit um den Bildungsplan 2016 in Baden-Württemberg

Der schon von der im März 2013 abgewählten schwarz-gelben Regierung geplante und nun von der grün-roten Regierung Baden-Württembergs erstellte „Bildungsplan 2016“ sorgt bereits Monate, nein sogar Jahre vor seiner geplanten Einführung im Herbst 2016 gehörig für Aufregung. Und dies nicht aufgrund der hoch ambitionierten Absicht dieser Regierung, erstmals einen nicht nur für die separiert weiterführenden Schularten – Haupt- bzw. Werkrealschule und Realschule – jeweils gültigen, sondern zugleich für die alle Bildungsabschlüsse integrierende sogenannte Gemeinschaftsschule tauglichen und insofern „gemeinsamen“ Bildungsplan erstellen zu lassen – und daneben auch noch einen anschlussfähigen Plan für die Grundschule sowie einen eigenständigen, aber mit dem gemeinsamen Plan horizontal und vertikal abgestimmten Bildungsplan für das (achtjährige) Gymnasium. Einfacher ausgedrückt: es geht um einen Plan, der in allen Fächern und zu jedem Zeitpunkt allen Schülerinnen und Schülern den Wechsel zwischen Schularten und Bildungsgängen und damit alle Bildungschancen offen hält. Bestehende Hürden zwischen den Schularten und den Bildungsgängen werden weitgehend abgebaut, alle weiterführenden Schularten unterrichten dieselben Fächer in nahezu derselben Stundenzahl. Und das ist bundesweit einzigartig.

Erregung ...

Doch was Teile der Öffentlichkeit so sehr erregte, dass eine Petition und zwei Gegenpetitionen entstanden, waren zwei Fragen ideologischer Natur, nämlich: Darf eine Landesregierung verbindliche, über alle Fächer hinweg gültige, allgemeine Erziehungs- und Bildungsziele formulieren – und muss nicht insbesondere bei den aktuellen Bildungszielen das (christliche) Gewissen anschlagen? Dabei zu beachten, dass die zweite Frage so lange unentscheidbar ist, wie man nicht bemerkt, dass schon die erste Frage falsch gestellt ist. Denn wer dem Staat etwa das Recht bestreiten wollte, allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele zu benennen, rührte damit an Grundfesten des demokratischen, werteorientierten Verfassungsstaates, der von seinen normativen Grundlagen – dem Grundgesetz und den Landesverfassungen – die öffentliche Bildungsverantwortung und damit die Benennung von allgemeinen Bildungs- und Erziehungszielen ausdrücklich auferlegt bekommt. Was aber Grundgesetz und Landesverfassung an normativen Vorgaben formulieren – etwa: die Achtung der Menschenwürde, den Geist christlicher Nächstenliebe, die Liebe zu Volk und Heimat, freie Verantwortungübernahme, Erziehung zu Demokratie und Frieden, den Geist der Duldsamkeit oder die Ehrfurcht vor Gott – ist so allgemein formuliert, dass es der Auslegung jeweils im Kontext aktueller Herausforderungen für die nachwachsende Generation geradezu bedarf. Die Frage lautet also treffender: hat die aktuelle Landesregierung den „Geist“ und die Herausforderungen der Zeit erkannt und benannt und dabei seine normativen Grundlagen sachgemäß ausgelegt?

...über Bildungsziele

Nach einem langen und durch unterschiedlichste Einflussnahmen – übrigens auch der Kirchen – gekennzeichneten Prozess entstand ein Konsens über folgende Herausforderungen und entsprechende Bildungsziele: Wie ist das Überleben künftiger Generationen angesichts eines immer noch die Ressourcen verbrauchenden Lebensstils zu sichern? Wie werden wir angesichts wachsenden Globalisierung, Mobilität, Pluralisierung und Diver-

sifizierung konfliktfrei zusammenleben? Was braucht der Einzelne und was braucht die Gemeinschaft an personaler Stärkung? Die Antworten lauten: durch Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV) und Bildung für Prävention und Gesundheit (PG). Das sind allgemeine, fächer- und jahrgangsbereichende Bildungsziele oder „Leitperspektiven“, die untereinander hoch anschlussfähig und darüber hinaus affin sind zu den Basisbewegungen der letzten 30 Jahre, und zwar ausdrücklich auch: kirchlicher Basisbewegungen. Der Vollständigkeit halber seien noch die drei „themenpezifischen Leitperspektiven“ wie Medienbildung, Berufs- und Studienorientierung und Verbraucherbildung hinzugefügt. Schon die Bezeichnung dieser übergreifenden Bildungsziele als „Leitperspektiven“ zeigt an, dass es sich nicht um Unterrichtsthemen oder -einheiten handelt, die in Konkurrenz zu fachlichem Unterricht treten könnten, sondern dass fachliche Kompetenzen und

gewiesen („Das sind doch kaum ein paar Promille!“) – und gleichzeitig wird ihr unterstellt, sie wolle die Mehrheit indoktrinieren. Das Schlagwort der „sexuellen Umerziehung“ war geboren.

Perspektivenvielfalt

Wer sich ein wenig auskennt mit der Wirksamkeit von Lehr- und Bildungsplänen im Unterricht und wer vollends einen Blick in die kontinuierlich im Internet veröffentlichten Pläne wirft, wird sofort feststellen, wie absurd diese Unterstellung ist. Davon abgesehen wird auch der Bildungsplan 2016 unter dem Vorbehalt des Beutelsbacher Konsenses von 1976 stehen, der Schülerinnen und Schüler vor „Überwältigung“ durch Indoktrination ausdrücklich schützt. Der Politikdidaktiker Wolfgang Sander (Anstiftung zur Freiheit. Aufgaben und Ziele politischer Bildung in einer Welt der Differenz. ZEP: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und



Inhalte daraufhin zu prüfen sind, welche fächerübergreifenden – und damit auch: -verbindenden! – Perspektiven sie eröffnen. Ein System von Querverweisen innerhalb der einzelnen Fachpläne soll helfen, solche Perspektiven zu entdecken.

Unkenntnis auf der Tagesordnung

Was die Gemüter so besonders erregte war das Bildungsziel der wertschätzenden und darin eben auch wertebasierten Auseinandersetzung mit Vielfalt: „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ (BTV). Worin äußern sich Pluralität, Diversität und Vielfalt? Gewiss: in Meinungen, Werthaltungen, Überzeugungen, Weltsichten; in ethnischen, religiösen, sozialen, kulturellen, sprachlichen und biografischen Hintergründen und Identitäten; in psychischen und physischen Dispositionen – aber eben auch: in sexueller Identität und sexueller Orientierung sowie in unterschiedlichen Lebensformen. Zu Beginn des Protests stand die offensichtliche Fehlinformation, der kommende Bildungsplan bestünde aus nichts anderem als diesen Leitperspektiven, ja, noch schlimmer: eigentlich aus nichts anderem als „sexueller Orientierung“. Begleitet von dem wenig glaubhaften Bemühen, sich selbst von jeglichen Diskriminierungsabsichten freizusprechen, kaschierten konservative Kreise ihre Unkenntnis über die vielfältigen Varianten des „Normalen“ durch Spott über die bis dahin weithin unbekannte Abkürzung „LSBTI“, „queer“ – und drehten kurzerhand den Spieß um. Statt mit dem kürzlich verstorbenen Alt-Bundespräsidenten von Weizsäcker und der aktuellen EKD-Schrift zu realisieren, dass es „normal (ist), verschieden zu sein“ (EKD, 2014), wurde unterstellt: wer Perspektiven auf die Normalität von Vielfalt eröffne, wolle damit die Abweichung vom „Normalen“ zur Norm erheben. Das ist ein bekannter Mechanismus der Diskriminierung: die abweichende Minderheit wird auf ihre geringfügige Anzahl hin-

Entwicklungspädagogik, 28(2), 2005, S. 9) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich beim Beutelsbacher Konsens genau genommen „um einen Konsens über die Legitimität des Dissens“, oder anders: über die Notwendigkeit von Perspektivenvielfalt“ handelt. Inzwischen ist der Protest, bei dessen Höhepunkt sich aus konservativ christlichen, parteipolitischen bis hin zu rechtsradikalen Kreisen regelrecht unheilige und unappetitliche Allianzen gebildet hatten, zwar abgeklungen. Die Unterstellung, der Bildungsplan als ganzer verfolge die „Ideologie des Gender-Mainstreamings“, wird aber nach wie vor erhoben.

Und der Religionsunterricht?

Sowohl in den evangelischen, als auch in den katholischen Bildungsplänen der unterschiedlichen Schularten wird unterstrichen, wie anschlussfähig beide Fächer für aktuelle globale, gesellschaftliche und personale Herausforderungen und insofern auch für alle genannten Leitperspektiven sind. Wer aber in den ab September 2015 vollständig im Netz stehenden Plänen für den Religionsunterricht gleich welcher Religion oder Konfession nach Hinweisen auf eine „Sexualisierung“ des Religionsunterrichts suchen wird, der oder die wird – schlicht gar keinen einzigen Beleg dafür finden. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, dass die vor dem Baden-Württembergischen Landtag erfolglose Petition indirekt einen späten Sieg davongetragen hat – wüsste man nicht, dass Bildungspläne das Eine sind und die Praxis des Unterrichts ohnehin noch einmal ganz anderen Gesetzen und Faktoren unterliegt.

Gerhard Ziener
Dozent am Pädagogisch-Theologischen Zentrum Stuttgart, Mitglied der Bildungsplankommissionen Evang. Religionslehre

Den Protest vom Kopf auf die Beine stellen: Raus aus den Hallen, rauf auf die Straßen!

Aktion Sa. 6. Juni 2015 um 5 Minuten vor 12 Uhr: **Menschenkette** vom Zentrum Frieden vorbei am Landtag zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus / Stauffenbergplatz. Sammelpunkte 11:15 Uhr am Stauffenbergplatz, Charlottenplatz, Schauspielhaus, Planetarium und an der Friedenskirche. Die Friedenskette wird von 11:55 Uhr bis 12:10 Uhr geschlossen sein.

Aktion Sa., 6. Juni 2015, 14 Uhr: **Aus Stuttgart 21 klug werden: Oben bleiben!** – Große Kundgebung am Hauptbahnhof mit Franz Alt, Journalist, Martin Poguntke, Theologe, Volker Lösch, Regisseur. Musik: Capella Rebella, Rike Kohlhepp, Violine

Aktion Sa. Juni 2015, 16 Uhr: **Kundgebung** am Mahnmahl gegen Krieg und Faschismus am Stauffenbergplatz u.a. mit dem ehemaligen UNESCO-Generaldirektor Federico Mayor

Aktion Sa. 6. Juni 2015, ab 17 Uhr: **Mahnwache vor dem AFRICOM**, Stuttgart-Möhingen mit Konstantin Wecker, Theodorakis-Ensemble Lebenslaute, Lokomotive Stuttgart, Azzis Fall (Senegal)

Aktion Sa. 6. Juni 2015, 20 Uhr: **Konzert** mit Esther Bejarano und der Rap-Band Microphone-Mafia zum Thementag Israel – Palästina: Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel (KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz). Esther Bejarano spielte im Mädelchorchester in Auschwitz. In ihren Konzerten tritt sie leidenschaftlich und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Neonazismus und Ausgrenzung ein. Rupert-Mayer-Haus Stuttgart, Hospitalstraße 26 (Stadtmitte)

Aktion Sa. 6. Juni 2015, 20 Uhr: Stuttgart-Möhingen bei der Martinskirche: **Konzertlesung Konstantin Wecker und Margot Käßmann**: Entrüstet Euch! (Kultur des Friedens)

Wo gibt's diese PROTEST-Zeitung?

- o Beim Abend der Begegnung in der Innenstadt
- o Bei allen Protesten und Straßenaktionen
- o Im Weltcafe und im Welthaus an der Planie, Charlottenstraße 17
- o Markt der Möglichkeiten, U11 Neckarpark, Zelt 8: AnStifter-Stand E16, Stand E14 DFG-VK
- o Ev. Arbeitsgemeinschaft Frieden, Zelthalle 8, Stand D16.
- o Zelt der Mahnwache am Hauptbahnhof Stuttgart
- o Zentrum Frieden, Friedenskirche, Schubertstraße 12
- o Büchergilde Charlottenstraße 1, Zentrum
- o KAIROS, Rupert-Meyer-Haus 26, Innenstadt
- o Publik-Forum, Heusteigstraße 66
- o Buchhandlung Quenzer, Olgastrasse 69 C
- o DenkMacherei, Werastraße 10
- o Zentrum Studierende und Hochschulen (ZSH) der ESG, Breitscheidstr. 2a, Hörsaal M.2.02.
- o ESG, Zelthalle 2, Stände B07 + B09 und viele andere Orte

Ihr Protest?

Aktion Nehmen Sie an den gekennzeichneten Stellen ein »Protest«-Paket mit - in Kommission. Hinterlassen Sie Ihre Anschrift und / oder eine Spende. Protest erhalten Sie gegen eine Schutzgebühr von 1 Euro. Initiativen, Friedensgruppen und Stände etc. sowie die Verkaufende behalten 50 % vom Erlös. Weil Rest unsere Kosten nicht deckt, bitten wir um Spenden, denn

Aktion Wer zahlt Protest? Sie. Ihre Spende rettet uns vor noch größerem Defizit. Die AnStifter (wir sind außerordentlich gemeinnützig)
GLS-Konto 7000582701, BLZ: 430 609 67
IBAN: DE31430609677000582701, BIC GENODEM1GLS
Kennwort: Protest ist wichtig

Wer macht Protest?

Aktion Wir: Protest: Die andere Zeitung zum Kirchentag in Stuttgart. Herausgebende & Unterstützende: Die AnStifter und Offene Kirche, Evangelische Studentengemeinden in der BRD (Bundes-ESG), Leserinitiative Publik-Forum, SOFA - Stuttgart open fair, AG Asyl und ORL - Ohne Rüstung Leben, Evangelische Studentenpfarrämter in Stuttgart, Zentrum Frieden, attac, Poema - Armut und Umwelt in Amazonien, Refugees Welcome, Mahnwache gegen S21 am Hauptbahnhof, Dalut und Welthaus, Weltladen an der Planie Stuttgart, IPPNW Stuttgart, Info-Offensive für Baden-Württemberg, Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, Pro Ökumene-Initiative, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Die Humanisten Baden-Württemberg , Gentechnikfrei21, VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg, Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie - Colibri - Beiträge für eine menschenwürdige Welt, Friedenshütte Mutlangen + Begegnungszentrum, Rosa-Luxemburg-Stiftung BW, Arbeitskreis Sinti/Roma und Kirchen in BW, Pfarramt für Friedensarbeit und KDV der Ev. Landeskirche Württemberg, Ev. Arbeitsgemeinschaft für Frieden und KDV in der Ev. Landeskirche Württemberg, IGF Interreligiöse Gemeinschaft für Frieden Stuttgart, Gesellschaft Kultur des Friedens, KONTEXT:wochenzeitung, Connection e.V., Internationale Arbeit für Kriegsdienst-verweigerer und Deserteure, AMOS - Kritische Zeitschrift aus dem Ruhrgebiet, PAX CHRISTI Rottenburg-Stuttgart, KZ-Gedenkstätteninitiative Leonberg, Weißenburg - Schwul-lesbisches Zentrum, Internationaler Versöhnungsbund, Internationaler Bund (IB), Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V. Verbund Süd, Arbeitskreis Asyl Stuttgart, Allmende Stetten, Verein zur Förderung eines zukunftsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs“, K21 Kerpen, Fahrräder für Afrika e.V. Wurde wer vergessen? Sorry, keine Absicht!

Wer hält den Kopf hin?

Aktion Ich. Peter Grohmann, Kleinstverleger und AnStifter, verantwortlich im Sinne des Presserechts, Kremlnerstraße 51, D 60597 Stuttgart, T 0711 2485677, peter.grohmann@die-anstifter.de



Gestaltung, Layout, Grafik und viel mehr: Jochen Stankowski, Dresden <http://www.atelier-stankowski.de>

Druck: Pressehaus Stuttgart Druck GmbH

Fotos, Karikaturen, Texte: Alle Rechte liegen bei den AutorInnen. Wir danken herzlich für die freie Überlassung des Materials und die unentgeltliche Mitarbeit am Protest. Leider konnten wir nicht alle (Foto-)quellen verifizieren, wir bitten um Nachsicht.

Meinungsvielfalt Wir haben uns nicht um Ausgewogenheit bemüht. Die Beiträge geben aber hin und wieder auch die Meinung der Herausgeber und UnterstützerInnen wieder. Irrtum und Änderungen vorbehalten.

Anschrift der Redaktion und Protest-Lager: Die AnStifter in der DenkMacherei, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, kontakt@die-anstifter.de